

Preußische Allgemeine



Nr. 47 · 24. November 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Die Macht der Bilder

Wie die Hamas mit manipulierten und gestellten Fotos den palästinensischen Opfermythos bedient und unter leichtgläubigen deutschen Medien dankbare Abnehmer findet Seite 2



Essay Ein Plädoyer für die Freiheit der Wissenschaft Seite 3



Vertriebene Eine tragende Säule der deutschen Demokratie Seite 10

VON RENÉ NEHRING

ZEITENWENDE

Es weht ein Hauch von 1982 durchs Land

Nach dem vom Verfassungsgericht verfügten Ende der Buchhaltungstricks der Ampelregierung steht diese vor einer harten Korrektur – oder vor dem Aus

Große Reiche und politische Ideologien scheitern meistens an der gleichen Sache – am Fehlen von Geld. Das alte Rom verfiel, als es seine Soldaten nicht mehr bezahlen konnte, im Mittelalter musste der Deutsche Orden die Marienburg an seine Söldner verpfänden, als ihm das Geld ausging – und 1989/91 war der bis dahin große Teile der Welt beherrschende Kommunismus schlagartig am Ende, als nicht nur die Regale in den Warenhäusern leer waren, sondern auch die Staatskassen.

Dies ist der historische Hintergrund, vor dem die finanzpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Tagen gesehen werden müssen. Am Mittwoch vergangener Woche entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Pläne der Ampelregierung, ungenutzte Corona-Sondermittel in Höhe von 60 Milliarden Euro einfach in den „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) zu verschieben und damit für den Umbau der Volkswirtschaft zum Ziele des „Klimaschutzes“ zu verwenden, gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verstoßen. Anfang dieser Woche verkündete dann das Bundesministerium der Finanzen einen sofortigen Ausgabenstopp für alle Ressorts des Bundeskabinetts.

Doch damit nicht genug. Längst ahnen Regierungsvertreter, dass auch die von der Ampel Ende 2022 beschlossene Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes, die dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) – und damit der Regierung – ermöglichen sollte, am Bundeshaushalt vorbei bis zu 200 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufzunehmen, von dem Karlsruher Urteil betroffen sein dürfte. Denn auch hier sei nichts anderes als eine Umgehung der Schuldenbremse geplant. Mit dem Wegfall jenes Pakets, das Kanzler Olaf Scholz flapsig als „Doppelwumms“ angekündigt hatte, würden der Regierung schlagartig mehr als eine Viertelbillion Euro für ihre

hochtrabenden Pläne, die soziale Marktwirtschaft in eine klimaökologische Planwirtschaft umzubauen, fehlen.

Zu betonen ist, dass nicht das Erfolgsmodell Bundesrepublik am Ende ist, sondern die grünrote Ideologie und deren Irrglaube, mit nicht vorhandenem Geld die gigantischen Kosten ihrer zentralen Vorhaben wie Wärmewende, Abschaltung der Kernkraft und Ausbau der Erneuerbaren Energien, ungesteuerte Zuwanderung und Aufstockung des Bürgergeldes verstecken zu können. Schon vorher hatten sich grüne Verheißungen wie diejenige, dass die Energiewende jeden Bürger nur „so viel wie eine Kugel Eis“ kosten würde, als grober Unfug erwiesen.

Nicht das Land ist gescheitert, sondern die grünrote Ideologie

Am Ende ist übrigens – so sie denn zu buchhalterischem Verstand zurückkehrt – noch nicht einmal diese Bundesregierung. Ganz im Gegenteil hat die Steuerschätzung für 2024 ergeben, dass der Fiskus im kommenden Jahr erstmals mehr als eine Billion Euro einnehmen wird – soviel wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Auch in den letzten Jahren gingen die Steuereinnahmen stets nach oben.

Ob die Regierung aus all dem die richtigen Schlüsse zieht, kann und muss indes bezweifelt werden. So sprach Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nach dem Urteil des Verfassungsgerichts davon,

dass nun die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährdet sei. Dabei hat kein Politiker in den letzten Jahrzehnten der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft so sehr geschadet wie Habeck. So hat er mit der Abschaltung der letzten deutschen Atomkraftwerke (während der „Rest“ der Welt die Kernkraft ausbaut) und dem Forcieren der nach marktwirtschaftlichen Kriterien unrentablen Erneuerbaren Energien dafür gesorgt, dass deutsche Unternehmen und Verbraucher die höchsten Energiekosten der Welt zu schultern haben.

Und so würde die Umkehr auf zahlreichen Pfaden grünroter Ideologie den Bundeshaushalt schlagartig entlasten. Allein eine – immer noch mögliche – Rückkehr zur Kernkraft würde die Strompreise drastisch reduzieren und somit Habecks geplante Zuschüsse für Industriestrom überflüssig machen. Auch viele Zuschüsse für den Ausbau der Erneuerbaren Energien wären nicht mehr notwendig, da etliche Windräder und Solaranlagen nicht mehr gebraucht würden – und somit auch keine Subventionen für sie gezahlt werden müssten. Auch Einsparungen bei anderen rotgrünen Lieblingsprojekten wie dem Bürgergeld oder den Zuwendungen für NGOs brächten gewaltige Sparpotentiale. Ganz zu schweigen von den Ausgaben für Zuwanderer, von denen die meisten bekanntermaßen keinen Asylgrund und somit gar kein Aufenthaltsrecht haben.

„Scheitert Habeck, scheitert die Koalition“, schrieb nach dem KTF-Urteil des Verfassungsgerichts der „Spiegel“. Nun, da mit dem Ausgabenstopp des Finanzministeriums das Scheitern der Koalition quasi amtlich verkündet wurde, stellt sich die Frage, wie lange diese Regierung noch besteht. Dass sie bis zum Ende der Legislaturperiode durchhält, scheint angesichts der ideologischen Grundierung führender Kabinettsmitglieder kaum vorstellbar.

Vor mehr als zwanzig Jahren fand die rotgrüne Koalition unter dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder die Kraft zur Agenda 2010, die binnen kurzer Zeit unserem Land ein zuvor kaum für möglich gehaltenes Wachstum bescherte. Dass der heutige sozialdemokratische Kanzler Scholz einen ähnlichen Kraftakt stemmen wird, scheint unvorstellbar. Nicht zuletzt, da die Tricks, die gerade vom Verfassungsgericht gestoppt wurden, seine Idee waren.

Und so sieht manches in diesen Tagen eher nach 1982 aus, als die FDP nicht mehr gewillt war, die bleierne Schwere der Ära Helmut Schmidt (ebenfalls SPD) mitzutragen. Damals präsentierten die Freien Demokraten dem Koalitionspartner harte Forderungen nach einer konsequenten Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien sowie nach einer strengen Haushaltskonsolidierung. Die Konsequenzen des nun durch ein FDP-geführtes Ministerium verfügten Ausgabenstopps hören sich ganz ähnlich an.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Das Bündnis Sahara Wagenknecht entpuppt sich als linke Mogelpackung Seite 4

Kultur
Hollywood verfilmt die Romanze Napoleons mit Joséphine de Beauharnais Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Eine Chronik des Schul- und Stadtlebens im ermländischen Braunsberg Seite 18

Lebensstil
Eine herbstliche Reise auf den Spuren der Krimi-Autorin Louise Penny Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Pallywood In den sozialen Netzwerken streuen Hamas-Anhänger gezielt Fotos und Videos, die der Weltöffentlichkeit die Palästinenser als „Opfer“ und Israelis als „Täter“ im Nahostkrieg präsentieren sollen

Krieg der Bilder

Gestellte Szenen, alte Aufnahmen und der Einsatz von KI – Zahlreiche Fälschungen sind aufgefliegen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Krieg, den die palästinensische Terrororganisation Hamas mit ihrem barbarischen Gemetzel in Israel ausgelöst hat, ist auch ein Krieg der Bilder, der bislang in zwei Phasen verlief.

Zuerst inszenierten sich die „Befreiungskämpfer“ der Hamas als Herren über Leben und Tod. Dabei legten sie es gezielt darauf an, Schockbotschaften zu versenden, um Israel zu lähmen und gleichzeitig die antisemitischen Ressentiments in aller Welt zu bedienen. Dass der von unblassigen Allahu-Akbar-Rufen begleitete Blutausch der Mordkommandos ebenso wie die begeisterte Zustimmung oder gar Mitwirkung von Zivilisten in Gaza harte Konsequenzen haben würde, war für die Hamas natürlich abzusehen – und Teil ihres Kalküls. Denn damit konnte die jetzt laufende Phase Zwei beginnen, in der die Terrororganisation der Welt keine Bilder von jüdischen Leichen mehr zeigt, sondern von zerstörten Krankenhäusern und blutüberströmten Kindern in Gaza, die auf das Konto der „Besatzer“ gehen. In diesem Zusammenhang präsentiert sie etliche dreiste Manipulationen der Wirklichkeit, wie dies früher auch schon andere palästinensische Gruppierungen taten, woraufhin der US-amerikanische Historiker Richard Landes 2005 den Ausdruck „Pallywood“ prägte.

US-Historiker prägte den Begriff „Pallywood“

Die Kombination aus „Palästina“ und „Hollywood“ steht für eine zutiefst verlogene Bild- und Filmberichterstattung der palästinensischen Seite über angebliche israelische Gräueltaten, welche auf gestellten Szenen oder Fälschungen beruht, wobei in letzter Zeit auch Künstliche Intelligenz zum Einsatz kommt (siehe rechts). Landes reagierte mit seiner Wortschöpfung auf verschiedene Vorfälle, bei denen mittels manipulierten oder gezielt falsch kontextualisierten Bildmaterials Palästinenser als Opfer israelischer Gewalt hingestellt wurden. Später versuchte die palästinensische Seite zusätzlich noch, Vorfälle zu provozieren, damit es echte Tote gibt. So geschehen beispielsweise 2016, als der Vater des vierjährigen Muhammad Suroor seinen Sohn bedräng-

te, israelische Soldaten vor laufender Kamera mit Steinen zu bewerfen.

Einer der aktivsten „Pallywood“-Protagonisten von heute ist der Sänger und Influencer Saleh Aljafarawi, genannt „Gaza Joe“, dem auf Instagram inzwischen um die drei Millionen Menschen folgen. Der junge Palästinenser posiert entweder mit der Maschinenpistole in der Hand als Glaubenskrieger oder sendet dramatische Bilder aus Gaza von den Folgen der israelischen Luftschläge. Dabei fehlt es Letzteren oft an Authentizität. Allerdings werden Aljafarawi inzwischen auch Fälschungen unterstellt, die er nicht begangen hat. Manche der von ihm gezeigten Leichen sind tatsächlich Bombenopfer, und das „entlarvende“ Video von den wundersam „wiederauferstandenen“ toten Kindern, mit dem „Gaza Joe“ als Lügner überführt werden sollte, stammt von einem Facebook-Profil in Thailand.

Andererseits existieren genügend Belege dafür, dass Aljafarawi und weitere Palästinenser im Auftrag oder zumindest

mit sehr wohlwollender Duldung der Hamas die Weltöffentlichkeit hinteres Licht zu führen versuchen. Beispielsweise präsentierten „trauernde Väter“ blutbeschmierte Puppen, wie unschwer zu erkennen war, weil die Videos dilettantisch geschnitten wurden. Ebenso kursieren Bilder von der „Beerdigung“ eines Kindes im Internet, welches behände von der Bahre springt, als plötzlich ein Luftalarm ertönt.

Video von wundersam „wiederauferstandenen“ Kindern

Aufnahmen von toten oder schwer verletzten Kindern bringt die Hamas ganz besonders gern in Umlauf – wohl wissend um deren propagandistische Wirkung. Viele davon stammen nachweislich aus Syrien und entstanden zwischen 2012 und 2015. Dazu zählt auch das inzwischen millionenfach geteilte Foto eines Jungen, der durch israelische Phosphor-Bomben verbrannt worden sein soll. Hierbei handelt es sich jedoch um das Opfer eines Che-

miewaffenangriffs auf Kurden in Nordsyrien, für den der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan verantwortlich zeichnete, also derselbe Mann, der Israel nun permanent Kriegsverbrechen unterstellt.

Ungeachtet der dubiosen Natur des palästinensischen Bildmaterials wird dieses von vielen Medien hierzulande in höchst unkritischer Weise verwendet oder interpretiert. Das gilt unter anderem für die Aufnahmen der angeblich von Israel zerbombten Al-Ahli-Klinik, welche aber tatsächlich von einer Hamas-Rakete getroffen wurde. Ein anderes Beispiel ist die Märchengeschichte von dem durch israelischen Beschuss demolierten Krankenwagen, dessen Beschädigung in Wirklichkeit aus dem Zusammenstoß mit einem deutlich zu sehenden Pferd resultierte.

Das Problem hieran ist, dass so nicht nur die Glaubwürdigkeit der involvierten Medien leidet, sondern auch der propalästinensisch-antisemitische Mob auf unseren Straßen weiter aufgestachelt wird.



Auch echtes Leid meisterhaft in Szene gesetzt: Bei ihrem Ziel, israelische Gräueltaten im Nahostkrieg zur Schau zu stellen, ziehen palästinensische Fotografen wie Hassan Eslaiha alle Register

Foto: pa

JOURNALISTEN IM KRIEGSGEBIET

Palästinenser im Auftrag renommierter westlicher Medien

Sechs palästinensischen Journalisten, die hautnah vom Überall auf Israel berichteten, wird Nähe zur Hamas vorgeworfen

Embedded Journalism (eingebetteter Journalismus) ist ein Begriff, der aus dem Dritten Golfkrieg von 2003 stammt. Damals wurden US-amerikanische Militäreinheiten von zivilen Kriegsberichterstellern bis direkt aufs Schlachtfeld begleitet. Jetzt enthüllte die in New York ansässige Nichtregierungsorganisation Honest Reporting (Ehrlicher Journalismus), welche das Ziel verfolgt, „Wahrheit, Integrität und Fairness zu gewährleisten und ideologische Vorurteile im Journalismus und in den Medien zu bekämpfen, was Israel betrifft“, dass im Schlepptau der Killerkommandos der Hamas auch sechs eingebettete palästinensische Fotojournalisten operierten und zum Teil mit nach Israel vor-

drangen. Hierbei handelte es sich um Ali Mahmud, Hassan Eslaiha, Yousef Masoud, Hatem Ali, Mohammed Fayq Abu Mostafa und Yasser Qudih, die sämtlich im Gaza-Streifen leben und renommierte westliche Medien oder Nachrichtenagenturen wie die „New York Times“, AP, CNN und Reuters belieferten. Von diesen Männern stammten die ersten Bilder von den Verbrechen an israelischen Zivilisten, die am 7. Oktober um die Welt gingen, ohne dass damals jemand die Frage aufwarf, wie Reporter derart hautnah Zeuge des brutalen Geschehens werden konnten.

So schoss Mahmud beispielsweise das Foto von der fast unbekleideten, möglicherweise schon ermordeten Deutsch-Is-

raelin Shani Louk auf einem Fahrzeug der Hamas, während Abu Mostafa Aufnahmen von der widerlichen Schändung der Leiche eines israelischen Soldaten anfertigte. Die Übrigen dokumentierten unter anderem Entführungen und brennende israelische Panzer.

Niemand hatte Fragen gestellt

Später entfernten die Käufer der Bilder teilweise die Namen der sechs Palästinenser aus ihren Datenbanken und stellten die Zusammenarbeit mit diesen ein. Gleichzeitig verwies CNN mit Blick auf Eslaiha aber darauf, dass es „keinen Grund“ gebe, an dessen journalistischer Integrität zu zweifeln. Dabei hielt der Fo-

„Die Sechs unterscheiden sich nicht von Terroristen und sollten als solche behandelt werden“

Benjamin Gantz
Mitglied des Kriegskabinetts

tograf nicht nur den Überfall auf den Kibbuz Kfar Azza mit der Kamera fest, sondern ließ sich bei früherer Gelegenheit auch gemeinsam mit Yahya Sinwar ablichten. Und der ist immerhin der mutmaßliche oberste Drahtzieher des Angriffs vom 7. Oktober, De-facto-Machthaber in Gaza und die Nummer Zwei der Hamas.

Daher wirft der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den palästinensischen Journalisten jetzt vor, „Komplizen bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewesen zu sein, während das Mitglied des Kriegskabinetts Benjamin Gantz schreibt, die Sechs „unterscheiden sich nicht von Terroristen und sollten als solche behandelt werden“.

FÄLSCHUNGEN

Gezielte Manipulation mithilfe von KI

Bei der medialen Inszenierung ihres Terrors und der Leiden der Bevölkerung im Gaza-Streifen aufgrund der israelischen Gegenschläge verwendet die Hamas nicht nur reale oder gestellte Bilder, sondern ebenso solche, die mit Hilfe Künstlicher Intelligenz generiert wurden. Häufig spielen dabei Kinder eine zentrale Rolle. Denn der Sinn der Fälschungen besteht darin, massiv Emotionen zu schüren und Hass zu verbreiten. Deshalb ist es fatal, wenn sich die KI-Produkte auch in auflagenstarken und scheinbar seriösen Publikationen finden. Wie beispielsweise das Bild eines Hamas-Kämpfers mit einem Kind auf dem Arm, der vor einer riesigen Rauchwolke steht.

Dass computergenerierte Bilder in den Medien auftauchen, liegt an der zwielichtigen Rolle von Bildagenturen wie Adobe Stock und Alamy, die teilweise darauf verzichten, die KI-Schöpfungen als solche zu kennzeichnen – das zeigten jetzt Recherchen der „Neuen Zürcher Zeitung“. Dabei schreiben die Richtlinien der Agenturen eigentlich vor, die Kunden explizit darauf hinzuweisen, wenn ein Bild kein echtes Foto ist.

Der Ehrlichkeit halber sollten es die Bildagenturen generell unterlassen, KI-generiertes Material anzubieten, aber dieses hat eben zahlreiche Vorteile. Dazu zählen die vergleichsweise niedrigen Kosten für den Erwerb und die vielfach beeindruckende technische Qualität.

Da momentan noch keine wirklich verlässliche Software existiert, um KI-Fälschungen zweifelsfrei zu identifizieren, bleibt den Medienkonsumenten letztlich nur der Weg, alle Bilder aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt selbst kritisch zu analysieren. Manchmal genügt dabei schon ein wachsamer Blick wie im Falle des angeblichen Bildes eines Kindes, das seine blutende Hand nach oben reckt, um einerseits Mitleid zu erregen und andererseits Widerstandswillen zu demonstrieren. Weil die Künstliche Intelligenz hier gepatzt hat, weist die Hand sechs Finger auf.

W.K.

Für ein freies Streben nach Erkenntnis

Ein Plädoyer für die Unabhängigkeit der Wissenschaften – und gegen die seit Jahren zunehmenden Versuche in Politik und Medien, den akademischen Raum für das politische Tagesgeschäft zu vereinnahmen

VON EBERHARD STRAUB

Auf dem World Health Summit in Berlin beklagten Gesundheitsminister Karl Lauterbach und der Virologe Christian Drosten unlängst, dass während der Corona-Zeit zu viele Stimmen zu Wort gekommen wären, die von der offiziellen Linie der deutschen Gesundheitspolitik abwichen. Bei künftigen Pandemien sollten stattdessen nur noch Journalisten und Wissenschaftler zu Wort kommen, die die offizielle Linie vertreten. Dies wäre jedoch ein massiver Eingriff in die nicht nur verfassungsmäßig garantierte, sondern auch sachlich zwingend erforderliche Wissenschaftsfreiheit.

Die Freiheit der Wissenschaft setzt ein Denken ohne Autorität voraus, sich also unabhängig von staatlicher, kirchlicher oder privater Einflussnahme entwickeln und behaupten zu können. Die Universität als freie Körperschaft eigenen Rechts repräsentierte diese große Idee, in der bürgerliche Freiheit mit der Verpflichtung und dem Recht zum selbstständigen Denken unmittelbar zusammengesehen wurden. Deswegen umgab in den bürgerlich-liberalen Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg den Professor eine besondere Aura, nämlich der unangefochtene und Ehrfurcht gebietende Verfechter geistiger Freiheit zu sein.

Dieser Nimbus hat sich längst verflüchtigt. Heute ist vorzugsweise von Experten die Rede, die gar keine Professoren sein müssen, wenn es darum geht, Maßnahmen der Regierung vor Widerspruch zu sichern und deren Handeln zu rechtfertigen. Politiker berufen sich in der Wissensgesellschaft nicht so sehr auf politische Argumente, sondern auf den Rat von Wissenschaftlern und auf „die Wissenschaft“, um ihre Planungen als unvermeidlich und vernünftig erläutern sowie als alternativlos vertreten zu können.

Ein grundlegender Irrtum

Doch „die Wissenschaft“ gibt es nicht. Es gibt nur Wissenschaftler, die verschiedene Hypothesen vortragen und dafür werben, ihnen zu dem Ansehen zu verhelfen, eine unumstößliche Wahrheit zu sein. Sie brauchen Autoritäten, um dieses Ziel zu erreichen: Parteien, Regierungen, Unternehmen, Organisationen in der „Zivilgesellschaft“, wissenschaftliche Einrichtungen und nicht zuletzt die „Öffentliche Meinung“ als Lautverstärker sozial- oder systemrelevanter Wünschbarkeiten.

Die wissenschaftliche Freiheit gerät dabei in arge Bedrängnis. Denn der sogenannte Experte kann allzu leicht der Versuchung erliegen, um Einfluss zu gewinnen und gar eine ausschlaggebende öffentliche Rolle zu spielen, in die Abhängigkeit von Auftraggebern zu geraten, die ihr – unter Umständen sehr eigenwilliges – Tun und Treiben wegen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Übereinkünfte für dringend erforderlich ausgeben möchten. Handlungsfreiheit erübrigt sich dann, wenn „die Wissenschaft“ sagt, was unbedingt gemacht und auf jeden Fall unterlassen werden muss. Von Freiheit kann unter solchen Bedingungen gar keine Rede sein.

Es war schon immer bekannt, dass zwischen „der Wissenschaft“ als hehrem Ziel und den Wissenschaftlern unterschieden werden muss. Letztere sind Menschen voller Ehrgeiz, beachtet, prominent und reich zu werden. Sie verstehen sich darauf, wie Friedrich von Schiller, selbst Professor, von der Wissenschaft, statt für die Wissenschaften zu leben, das heißt, um sich herum Apparate aufzubauen, Stellen zu schaffen, Karrieren zu ermöglichen sowie mithilfe von Geld- und Ideengebern dazu in der Lage, Macht auszuüben und Konkurrenten im Wettbewerb auszuschalten.

Die Eitelkeit und Streitlust der Gelehrten sind seit der Antike berüchtigt. Es ist oftmals nicht die Suche nach Wahrheit, die Forscher



Wollen künftig unliebsame Stimmen aus dem Diskurs halten: Gesundheitsminister Lauterbach (r.) und Virologe Drosten (l.)

zu emsigem Streben verleitet, sondern die Aussicht, Macht im Zusammenhang mit den Mächtigen zu gewinnen. Statt selbstlosem, edlem Streben gibt es viele schlaue Streber, die Erfolg haben wollen. Der Erfolg ist der Ruhm des kleinen Mannes, der sich geschickt den Moden, Launen oder den Forderungen anderer anzuschmiegen weiß, die beanspruchen, die Zukunft gestalten, verkrustete Strukturen aufbrechen oder alte Zöpfe abschneiden zu müssen, um Innovationen einzuleiten und die Neuzeit zur jeweils allerneuesten Neuzeit zu überholen.

Zweifelhafte Einigkeit

Neuer Dinge begierig zu sein, in Staat, Politik und Gesellschaft, ein Trieb, den die alten Römer für verwerflich, weil schädlich für jede vernünftige Ordnung, hielten, gilt jetzt als unersetzlicher Faktor, um nicht zu erstarren sowie in der ersten Liga auf vorderen Plätzen mitspielen zu können und der Gefahr entrückt zu sein, absteigen zu müssen. Diese schlichte Metapher veranschaulicht, dass Wissenschaftler und die Wissenschaften unter gar keinen Umständen im Elfenbeinturm verharren dürfen, vielmehr, stets ihre gesellschaftlichen Aufgaben im Blick, an das allgemeine Wohl und den öffentlichen Nutzen zu denken haben.

Worin beides besteht, darüber gibt es keine einhellige Meinung. Doch wenn alles, was von Politikern und Wirtschaftsführern unternommen wird, alternativlos ist, dann sollen Experten dafür sorgen, dass in der Konsensdemokratie diese Behauptung zum Konsens wird. Wer diese von Wissenschaftlern in Verbindung mit Politikern, Behörden, Wirtschaftsverbänden und den „Qualitätsmedien“ popularisierten Überzeugung nicht teilt, gerät schnell in den Verdacht, ein Wissenschaftsleugner und Schwurbler zu sein sowie Verschwörungstheorien anzuhängen.

Solche Vorwürfe sind ein schweres Geschütz, das einschüchtert und solche unruhigen Geister disziplinieren soll, die noch immer auf ihrer geistigen Selbstständigkeit bestehen und sich eigensinnig der Verantwortungsgemeinschaft entziehen, in der ein Element sich mit dem anderen verschränkt, um mit Synergieeffekten die Funktionstüchtig-

keit unserer Werteordnung als umfassendes System einander ergänzender Subsysteme zu erhalten. Bei Bedarf suchen und finden sogenannte Experten bereitwillig Gründe, andere Experten, die sich dem politisch erforderlichen Konsens verweigern, zu diskreditieren und sie, im Einklang mit der systemrelevanten Fußballsprache, energisch auf ihre Absichtsstellung aufmerksam zu machen.

Dieses Verhalten erzeugt mehr Zweifel an der Seriosität der Wissenschaftler als die angebliche Borniertheit von unaufgeklärten Zeitgenossen, die noch alle fünf Sinne beisammenhaben und nicht sofort in Panik verfallen, sobald diese allseits verlangt wird, um soziale Gewissenhaftigkeit und ihr entsprechende Gesinnungstüchtigkeit in „unserer“ Wertegemeinschaft zu bekunden.

Den verloren gegangenen Glauben soll eine Wissenschaftsgläubigkeit mit umfassendem Autoritätsanspruch ersetzen, obgleich diese mit der Wissenschaft und ihrer Wissenschaftlichkeit gar nicht zu vereinbaren ist. Die Parteien und Politiker klammern sich an die Wissenschaft wie Ertrinkende an Planen, seit die überkommenen politischen und juristischen Ideen in ihrer Geschichtlichkeit und mit ihrer Vergänglichkeit immer weniger Halt bieten. Allerdings könnte ein Blick zurück in die Geschichte der Wissenschaften rasch darüber unterrichten, wie oft und wie leidenschaftlich Gelehrte irrten und als Irrende Kollegen deren Irrtümer vorwarfen.

Mit „der Wissenschaft“ an den Abgrund

Sämtliche sehr ernsthaften Torheiten unserer aufgeklärten Moderne sind mit wissenschaftlichen Theorien verknüpft gewesen. Der wissenschaftliche Sozialismus, der wissenschaftliche Antisemitismus, der Rassismus, die Vernichtung unwerten Lebens, Rassenhygiene, überhaupt viele fragwürdige Eingriffe in das Zusammenleben im Namen der Volksgesundheit, führen tief hinein in Verirrungen des wissenschaftlichen Geistes, der sich anmaßte, sämtliche Welträtsel lösen zu können, und mit solchen Beteuerungen unter Wissenschaftlern und ihrer wissenschaftsgläubigen Gefolgschaft erhebliche Verwirrungen anrichtete.

Ein Blick zurück in die Geschichte der Wissenschaften könnte rasch darüber unterrichten, wie oft und wie leidenschaftlich Gelehrte irrten

Allzu oft vergaßen gerade Naturwissenschaftler, dass sie meist nur den Staub sehen, den sie vor den Phänomenen aufwirbeln, aber nicht die Phänomene selbst erkennen. Die freien Wissenschaften wurden unvermeidlich in Dienst genommen, je mehr der Interventionsstaat sich seit der Französischen Revolution dazu berufen fühlte, in seinem Sinne ordnend und strukturierend in das gesamte Leben einzugreifen.

Seit jeher brauchten im Übrigen Staaten wissenschaftlich geschulte, virtuose Feinmechaniker, weil sie auf neue Waffen, Befestigungsanlagen oder Belagerungsmaschinen angewiesen sind. Heute nehmen die Verwissenschaftlichung und Technisierung der Kriege Ausmaße an, die noch vor einigen Jahrzehnten unvorstellbar waren. Im Zweiten Weltkrieg gehörten zum Beutegut der Sieger nicht nur deutsche Patente, sondern auch deutsche Forscher, die ihre Phantasie und Neugierde denen zur Verfügung zu stellen hatten, die sich ihrer Person bemächtigen und ihnen recht behagliche Lebensumstände zu bieten vermochten. Die Wissenschaften dienten nicht allein dem Zweck, den Lebensgenuss zu steigern, ohne sie wären die kriegführenden Mächte seit dem 20. Jahrhundert überhaupt nicht in der Lage gewesen, sich mit einem Horizont von Gräbern zu umgeben, weil fähig, in größter Seelenruhe Leben in größtmöglicher Zahl zu vernichten und die festen Grundlagen des Lebens für jene, die dem Tod entgehen, auf kürzere oder lange Zeit zu erschüttern.

Was Wissenschaft auszeichnet

Daran hat sich nichts geändert. Ein Wissenschaftler, der nicht mit der Waffenproduktion und mit der Vernichtung je nach der Situation politisch unwerten Lebens in Verbindung gebracht werden möchte, müsste mit der Unterstellung unpatriotischen Verhaltens rechnen, pflichtvergessen „unsere“ Wertegemeinschaft in Schwierigkeiten zu bringen sowie auf diese Weise Schurken und Verbrechern Vorteile zu verschaffen. Waffen und deren raffinierte Effizienz sind unersetzliche Mittel, von Ungeiern bedrängte Menschen vor Schrecken zu bewahren.

Es zeichnet den Wissenschaftler aus, sich dessen stets bewusst zu bleiben und für die gute Sache mutig und einfallsreich zu streiten. Seit der beginnenden Industrialisierung sahen sich die Wissenschaftler genötigt, zum Fortschritt das ihre beizutragen und sorgsam die „Lebensqualität“ zu steigern – ein löbliches Ziel und zugleich ein kämpferisches, da es nicht nur um neue Arzneien, Geräte oder Maschinen ging. Im Wettbewerb der Nationen garantiert wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft einen bevorzugten Platz in der Oberliga der Staaten.

Mühelos ließ und lässt sich alles, was mit dem Menschen und dem Leben zusammenhängt, verwissenschaftlichen. In seinem Alltag mit seinen Nöten und Unvollkommenheiten entwickelte sich beim Verbraucher, auf seine Gesundheit bedacht und auf Ruhe vor ärgerlichen Störungen, eine anspruchsvolle Erwartung, dass „die Wissenschaft“ dazu da sei, ihn vor jeder Unbill zu bewahren. Parteien, Regierungen, Verbände unterstützen ihn in dieser Haltung. Insofern sind die Wissenschaftler dauernd dazu angehalten, auf alle Wünsche angemessen zu reagieren. Doch sollten sie sich nicht nur als funktionstüchtig erweisen, sondern als bewährte und gefragte Kompetenzträger stets auch Respekt erwarten. Das macht die besondere Würde der ehemals freien Wissenschaftler aus.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils Klett-Cotta). www.eberhard-straub.de

● MELDUNGEN

Deutsche vor allem Opfer

Wiesbaden – Aus dem unlängst veröffentlichten Lagebild des Bundeskriminalamtes (BKA) für 2022 über die Häufigkeit schwerer Straftaten wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Körperverletzung und Raub geht hervor, dass im vergangenen Jahr fast 48.000 Deutsche Opfer von gewalttätigen Zuwanderern wurden. Das ist ein Anstieg um 18 Prozent gegenüber 2021. Umgekehrt registrierte das BKA über 12.000 Übergriffe auf Immigranten durch Personen mit deutschem Pass. Im Falle der versuchten und vollendeten Mord- oder Totschlagsdelikte lag das Verhältnis bei 258 zu 89. Dabei starben 38 Deutsche durch Zuwanderergewalt, während es auf der anderen Seite fünf Tote gab. An der Spitze der ausländischen Gewalttäter rangierten laut dem BKA Algerier, Marokkaner und Tunesier. Diese begingen 8,5 Prozent aller Gewaltdelikte. Am wenigsten diesbezüglich straffällig wurden die Ukrainer, obwohl sie über 35 Prozent der Immigranten stellen. **W.K.**

Sozialstaat ist zu teuer

Erfurt – Eine Insa-Umfrage ergab, dass 55 Prozent der Deutschen glauben, es sei leicht, unzulässige Sozialleistungen zu erlangen. Nur 25 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. 64,3 Prozent finden die Verteilung von Sozialhilfe und Bürgergeld seien falsch. 71 Prozent wollen keine höheren Steuern oder Abgaben zahlen, um die Sozialausgaben des Staats erhöhen zu können. Lediglich zwölf Prozent würden noch höhere Abgaben leisten wollen. 60 Prozent der Anhänger der Grünen glauben, die derzeitige Ausgestaltung des Sozialstaats sei gerecht, doch selbst unter den SPD-Anhängern halten 49 Prozent die aktuelle Verteilung für ungerecht. Bei den Anhängern der anderen Parteien liegt der Wert zwischen 60 und 85 Prozent. Den Deutschen wird der ausufernde Sozialstaat mit seiner steigenden Last zu teuer. Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent ist für Steuersenkungen. **F.B.**

Weihnachten ohne Musik

Berlin – Aus Sorge vor hohen Lizenzgebühren haben Städte und private Veranstalter in ganz Deutschland angekündigt, in diesem Jahr auf das Abspielen von Musik auf Weihnachtsmärkten zu verzichten. Hintergrund sind die teilweise drastisch höheren Forderungen der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) für Musik, die auf Straßenfesten und Weihnachtsmärkten abgespielt wird. Die Stadt Oldenburg spricht von einer Steigerung der GEMA-Gebührenrechnung um das 20-Fache, und Bayreuth hatte sogar von Forderungen berichtet, die um das 80-Fache höher lägen als vor den Corona-Maßnahmen. Die GEMA begründet die Diskrepanzen damit, dass sie eine bereits seit Jahren bestehende Gebührenordnung nun konsequent umgesetzt habe. Teilweise hat die GEMA auch Veranstaltungsflächen neu vermessen und dabei festgestellt, dass Veranstalter in der Vergangenheit zu kleine Flächen gemeldet haben. **H.M.**



Nicht alle Mitstreiter haben ausländische Namen und Migrationshintergrund: Bundespressekonferenz vom 23. Oktober mit Lukas Schoen, Amira Mohamed Ali, Sahra Wagenknecht, Christian Leye und Ralph Suikat (v.l.)

BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT

Eine linke Mogelpackung

Mitstreiter in der BSW stehen für offene Grenzen und gegen Abschiebungen

VON ROBERT MÜHLERBAUER

Die Gründung der Partei von Sahra Wagenknecht erregt weiter viel Medienaufmerksamkeit. Während ihre Ex-Partei Die Linke auf dem Parteitag in Augsburg am Wochenende ihre Wunden leckte, stiehlt die ausgetretene Ex-Linke Wagenknecht ihnen die Show.

Das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) lässt auch deshalb die Herzen vieler Mainstream-Medien höherschlagen, weil sie sich davon eine Schwächung der AfD erhoffen. „Machen Sie es, Frau Wagenknecht!“, rief ein „Spiegel“-Leitartikel ihr schon vor drei Monaten zu. Sie könne „der AfD schaden“ und damit „der Demokratie nutzen“. Der Linken-Co-Vorsitzenden Martin Schirdewan meint, wenn Wagenknechts Partei Erfolg haben wolle, müsse sie sich deutlich rechts aufstellen.

Tatsächlich zeigen Umfragen, etwa die regelmäßigen Befragungen des Insa-Instituts im Auftrag der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, dass Wagenknecht auch bei Wählern rechts der Mitte erstaunlich populär ist. Viele glauben, dass die Politikerin glaubwürdig für eine Begrenzung der Zuwanderung eintrete. Zur Asylzuwanderung sagte sie jüngst, Deutschland müsse das Signal in die Welt senden: „Wir schaffen es nicht mehr.“ Allerdings ist ihre Partei bisher nur in Umrissen vage erkennbar. Talkshow-Königin Wagenknecht ist eine Projektionsfläche für viele Wünsche.

Eher abschreckend

Das künftige Führungspersonal ihrer Partei ist vielen noch unbekannt. Es könnte auf rechtsstehende Wähler eher abschreckend wirken. Nach Wagenknechts Willen soll die Abgeordnete Amira Mohamed Ali den Vorsitz der Partei übernehmen,

weil diese „im organisatorischen Bereich deutlich besser als ich“ sei, so Wagenknecht.

Amira Mohamed Ali

Mohamed Ali an der Spitze der Wagenknecht-Partei würde aber ein Signal senden, dass diese die Zuwanderung und den Asylbewerber-Ansturm nicht wirklich begrenzen will. Die 1980 geborene Tochter eines Ägypters und einer Deutschen ist bisher keineswegs durch zuwanderungskritische Äußerungen aufgefallen, im Gegenteil. „Ich bin auf jeden Fall für offene Grenzen, und Sahra auch“, sagte sie in einem Interview 2019 mit Tilo Jung. Sie sei „generell gegen Abschiebung“. Es dürfe „keine Abschiebungen nach Afghanistan, keine Abschiebungen nach Syrien, gar nichts“ geben. Jeder Flüchtling, der Asyl beantrage, müsse in Deutschland bleiben dürfen, so Mohamed Ali.

MILITÄR

Die Bundeswehr scheint besser als gedacht

Das Bonn International Centre for Conflict Studies verglich Deutschlands Armee mit Verbündeten

„Die Bundesrepublik ist entgegen allen Behauptungen nicht verteidigungsunfähig und unterhält im Vergleich zu den meisten einsatzbereiten und kampfkraftiger eingeschätzten Streitkräften Frankreichs und Großbritanniens hinsichtlich Bewaffnung, Personalstärke, Mittelaufwand, und Einsatzbereitschaft vergleichbare Streitkräfte“, heißt es in einer Studie des Bonn International Centre for Conflict Studies. „Die Bundeswehr wurde weder kaputtgespart noch ist Deutschland nicht in der Lage, einen vergleichbaren Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten wie die beiden ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates“, heißt es darin.

Die Hauptwaffensysteme der Bundeswehr seien insgesamt sogar deutlich mo-

derner als die der beiden NATO-Partner. So besitze die Bundeswehr nicht nur die meisten, sondern mit dem Leopard 2 auch den modernsten Kampfpanzer. Im Ländervergleich verfüge Frankreich über die meisten Großwaffensysteme vor Deutschland und Großbritannien. Die deutschen Landsysteme seien demgegenüber aber deutlich jünger als die der beiden NATO-Länder. „Im Gesamtbild gehen wir deshalb davon aus, dass sich die Effizienz Deutschlands und Frankreichs bei der Bewaffnung ähnelt, während das Vereinigte Königreich – mit seinen sehr veralteten Landwaffensystemen – etwas schlechter abschneidet“, heißt es in einem Fazit.

Es gibt aber einen Punkt, der aus deutscher Sicht besorgniserregend ist und der

die derzeit von den Forschern noch als zufriedenstellend eingestufte Lage verändern könnte. Im Vergleich mit den beiden NATO-Partnern gibt Deutschland wesentlich weniger Geld für Forschung, Entwicklung und Beschaffungen aus. Großbritannien investiert demnach rund 43 Prozent des Gesamtetats in die Zukunft, während es in Deutschland nur etwas mehr als 20 Prozent sind.

Gemein sei hingegen allen drei Ländern, dass sie aufgrund der Konfliktherde in Europa die Ausrichtung ihrer Streitkräfte überdenken müssten. In der Vergangenheit sei die Truppe vor allem auf „out of area“-Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes und asymmetrische Kriege getrimmt worden. Bündnisvertei-

Sevim Dağdelen

Ebenfalls mit Wagenknecht aus der Linken ausgetreten ist Sevim Dağdelen, die seit 2005 im Bundestag sitzt und dort Außenpolitik macht. Seit Jahrzehnten engagiert sie sich in linksextremen kurdisch-türkischen Verbänden wie der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DİF). Sie unterstützt zudem offen die kurdische PKK.

Die NATO lehnt Dağdelen scharf ab und lag damit oft auf Kreml-Linie. Ihre Positionen vertritt sie häufiger in Gastbeiträgen in der linksextremen Zeitung „Junge Welt“, dem einstigen FDJ-Blatt aus DDR-Zeiten. In der wichtige Migrationsfrage hält sie wie ihre Kollegin Mohamed Ali nichts von einer Begrenzung der Asyl-Zuwanderung.

Ali Al-Dailami, Zaklin Nastić

Ebenso wenig Zaklin Nastić, die frühere Sprecherin des Hamburger Linken-Landesverbands, die mit Wagenknecht ausgetreten ist. Vor der letzten Bundestagswahl sagte Nastić: „Für uns als Linke ist es selbstverständlich, dass wir eine internationalistische, bunte Partei sind.“ Sie wolle das Asylrecht wieder so herstellen, wie es vor den Einschränkungen im Asylkompromiss 1992 war. Das würde aber faktisch heißen, dass noch sehr viel mehr Asylbewerber nach Deutschland kommen und bleiben könnten. Ähnlich sieht es der Gießener Abgeordnete Ali Al-Dailami, Sohn politischer Flüchtlinge aus dem Jemen, der Abschiebungen ablehnt.

Andrej Hunko

Knallhart linke Positionen vertritt Andrej Hunko, der zu Wagenknechts zehnköpfiger Bundestagsgruppe zählt. Der Außenpolitiker mit dem grauen Pferdeschwanz, gewählt über die Landesliste von Nordrhein-Westfalen, ist bekannt für seine Kreml-nahe Haltung. Er hat öfter für den sozialistischen Diktator in Venezuela, Nicolás Maduro, Partei ergriffen.

In der Flüchtlings- und Migrationspolitik vertritt er wie Mohamed Ali, Dağdelen und Nastić das genaue Gegenteil von AfD-Positionen. So hat Hunko Anträge gegen die Aufstockung des EU-Außengrenzschatzes durch Frontex eingebracht. Er kritisierte italienische Maßnahmen zur Bekämpfung von Schleppern und unterstützte private „Seenotrettungsorganisationen“ im Mittelmeer.

Wie all diese Positionen mit Wagenknechts angeblich eher restriktiver Zuwanderungspolitik zusammenpassen sollen, erscheint schleierhaft. Es könnte gut sein, dass das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ eine Mogelpackung wird. Sie lockt eher rechte Wähler an, die Zuwanderung begrenzen wollen, aber Wagenknechts Bundestagsverbündete stehen für eine linke Politik der offenen Türen für Asylbewerber.

Peter Entinger

IMMIGRATION

CDU und SPD streiten über Asylpolitik

Ob Abschiebungen oder Sozialleistungen: Wegner und Kiziltepe liegen komplett über Kreuz

VON HERMANN MÜLLER

Im Bundestag hat eine breite Mehrheit am 16. November einen Gesetzentwurf der Bundesregierung angenommen, mit dem Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Nach der Abstimmung sprach Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) von einem wichtigen Schritt zur Begrenzung irregulärer Immigration: „Mehr als jeder zehnte abgelehnte Asylantrag kommt aus Georgien und Moldau, die Anerkennungsquote liegt bei unter 0,3 Prozent.“ Stimmt auch noch der Bundesrat dem Gesetz zu, kann dies insbesondere dem Land Berlin Entlastung schaffen. Die deutsche Hauptstadt hat sich für Bürger Moldaus in den vergangenen Jahren zu einem Magneten entwickelt. Derzeit müssten etwa 1800 Georgier und Moldauer Berlin eigentlich verlassen, weil ihre Asylanträge abgelehnt wurden.

Die Einstufung beider ehemaligen Sowjetrepubliken als sicherere Herkunftsstaaten soll es möglich machen, Asylverfahren schneller durchzuführen und abgelehnte Antragsteller schneller in ihre Heimatländer rückzuführen. Ob Berlin diese Möglichkeit auch nutzt, ist allerdings keineswegs sicher. Nach dem Bundesaufenthaltsgesetz können die Länder nämlich in bestimmten Fällen Abschiebungen für drei Monate aussetzen. Bereits Berlins rot-grün-roter Vorgänger Senat hatte von dieser Möglichkeit weidlich Gebrauch gemacht und im Winter Abschiebungen ausgesetzt.

Massiver Missbrauch hält an

In einem Interview hatte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) Ende September diese Praxis in Frage gestellt. Wegner fragte, ob wir „uns einen Winterabschiebestopp von Oktober bis April leisten können“. Verbunden war dies mit der Ankündigung, in der Sache das Gespräch mit der SPD zu suchen.

Während sich die fachlich zuständige Innensenatorin Iris Spranger (SPD) bedeckt hielt, wies deren Parteigenossin Cansel Kiziltepe (SPD) als Integrationsministerin darauf hin, dass auch CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag etwas zum Thema Winterabschiebestopp vereinbart hätten. Im Papier heißt es tatsächlich: „Im Winter soll auf Abschiebungen



Uneins über Abschiebungen: Kai Wegner (CDU) und Cansel Kiziltepe (SPD)

Foto: pa

verzichtet werden, wenn Witterungsverhältnisse dies humanitär gebieten. Eine Trennung von Familienangehörigen soll bei Rückführungen in der Regel vermieden werden.“ Zudem hat Kiziltepe bekräftigt: „Berlin handelt humanitär, darum haben wir zu Recht einen Winterabschiebestopp.“ Auch der integrationspolitische Sprecher der Berliner SPD-Fraktion, Orkan Özdemir, meint: „Wer glaubt, das Ende des Winterabschiebestopps würde für Entspannung sorgen, irrt.“

Gerade für Berlin hat die Frage, ob die Stadt weiterhin an einem Winterabschiebestopp festhält, spürbare Auswirkungen. Schon während der Regierungszeit des mittlerweile abgewählten rot-grün-roten Senats wurde in der Stadt nämlich über Asylmissbrauch und Schleuserkriminalität im Zusammenhang mit Asylanträgen von Bürgern der Republik Moldau diskutiert. Der Sender rbb berichtete etwa 2021 über einen Vermerk von Mitarbeitern des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten,

wonach die Moldauer von „Fahrzeugen mit polnischen oder litauischen EU-Kennzeichen“ in Berlin abgesetzt werden. Weiter hieß es: Große Familien aus Moldau, die nicht selten aus zehn Personen bestehen, würden bereits am ersten Tag erhebliche Bargeldsummen ausgezahlt bekommen. In einem Brief an die seinerzeit amtierende Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linkspartei) hatte das Bundesinnenministerium zudem vor einer „problematischen Entwicklung irregulärer Migration aus der Republik Moldau“ und vor Asyl- und Leistungsmissbrauch gewarnt.

Nein zu Bezahlkarten statt Geld

Auch die nun im Bundestag beschlossene Einstufung Moldaus als sicheres Herkunftsland wird den Missbrauch des Asylrechts nicht verhindern. Selbst bei einem sehr schnellen Asylbescheid sichert allein die bisherige Praxis des Winterabschiebestopps die Möglichkeit für einen mehrmo-

natigen Aufenthalt in Berlin. Zudem ist es Asylbewerbern auch noch immer möglich, bei Ablehnung eines Asylantrags weitere Folgeanträge zu stellen. In der Diskussion um Sachleistungen beziehungsweise Bezahlkarten für Asylbewerber hatte Kiziltepe bereits im Oktober zudem verkündet, sie wolle an Bargeldauszahlungen für Asylbewerber festhalten. Wegner hielt es dagegen für denkbar, „insbesondere bei denen, die keine Bleibeperspektive haben und ausreisepflichtig“ seien, Sachleistungen auszugeben und alle Geldleistungen zurückzuführen.

Auch bei der Bewertung der Ergebnisse des Bund-Länder-Migrationsgipfels trennen die beiden Senatsmitglieder Welten. Wegner sprach von „ersten wichtigen Schritten“ und zeigte sich „wirklich zufrieden“. Von Kiziltepe war dagegen scharfe Kritik zu hören. Die Idee, statt Geld Bezahlkarten auszugeben, bewertete die SPD-Politikerin als „enorme Stigmatisierung von geflüchteten Menschen“.

SPORT

Berlin will es noch einmal wissen

Senat strebt nach Olympia-Bewerbung – Widerstand von Grünen, Linkspartei und Teilen der SPD

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) gab gemeinsam mit der Innen- und Sportsenatorin Iris Spranger (SPD) bekannt, dass Berlin sich um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2036 oder alternativ 2040 bewerben wolle. Dies hatten CDU und SPD bereits im Koalitionsvertrag festgelegt. Wegner warb für das Vorhaben mit einem ambitionierten historischen Anspruch: „Ich stelle mir das so vor: Die israelische Mannschaft zieht dann in das Olympiastadion ein, das 100 Jahre zuvor für Spiele genutzt wurde, die politisch missbraucht wurden. Das wäre ein zweiter Sieg über Nazi-Deutschland.“

Die nun vom Senat geplante Absichtserklärung gegenüber dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) lädt auch andere deutsche Städte und Regionen zur Teilnahme ein. Neben Berlin hat

bereits München seinen Hut in den Ring geworfen. Denkbar wären Bewerbungen aus Leipzig und Hamburg sowie der Region Rhein-Ruhr. Im kommenden Jahr will der DOSB auf eigene Kosten ein Ausrichterkonzept entwickeln. Ende 2024 sollen dann die Mitglieder des Verbandes abstimmen, ob und gegebenenfalls mit welchen Städten sich Deutschland für die Spiele bewerben wird.

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Thomas Bach, dämpfte mögliche Olympia-Ambitionen deutscher Standorte. Zwar würde er sich über Olympische Spiele in seiner Heimat „riesig freuen“. Doch käme Deutschland aufgrund der Einreisebeschränkungen als Reaktion auf den Ukrainekrieg als Gastgeber – zumindest derzeit – nicht infrage. „Das IOC kann Spiele nur dorthin vergeben, wo seine Regeln res-

pektiert werden“, so Bach. „Dazu gehört, dass jeder vom IOC akkreditierte Teilnehmer einreisen darf.“

Dieppen fürchtet neues „NOlympia“

Die Konkurrenz der Bewerber dürfte groß sein. Bislang bekundeten Mumbai, Kairo, Istanbul und Warschau Interesse. Bereits im Dezember 2022 hatte die AfD-Fraktion im Bundestag beantragt, das für den Sport zuständige Bundesinnenministerium solle gemeinsam mit dem DOSB die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorbereiten und eine solche Bewerbung anstreben. Seinerzeit lehnten alle anderen Parteien das Ansinnen ab.

Ein Jahr später scheint das anders auszusehen. Nun aber positionieren sich

nicht nur die Hauptstadtverbände von Grünen und Linkspartei gegen die Olympiabewerbung Berlins. Der Kreisverband Mitte der SPD erklärte unmittelbar nach der Bekanntmachung der Bewerbung durch Wegner und Spranger, dass sich die dortige Parteigliederung gegen eine Bewerbung unter Beteiligung der Hauptstadt stelle. Zur Begründung hieß es, man habe Angst vor hohen Kosten und steigenden Mieten.

Der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Dieppen (CDU) ist desillusioniert: „Wie Anfang der 90er Jahre ist wieder mit einer ‚NOlympia-Kampagne‘ zu rechnen.“ Damals bewarben sich West- und Ost-Berlin gemeinsam um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2000. Sydney erhielt dann den Zuschlag vor Peking, Manchester, Berlin und Istanbul waren chancenlos. Frank Bücker

KOLUMNE

Wokes Berlin!

VON VERA LENGSELD

Während der antisemitische Mob immer noch die Berliner Straßen unsicher macht und die Letzte Generation weiter mit ihren Schmierereien das Stadtbild verschandelt und Straßen blockiert, kümmert sich der schwarzrote Senat mit voller Kraft um die woken Themen. Mit großer Freude konnten die Berliner zur Kenntnis nehmen, dass eine schmerzhaft Lücke in der Senatsverwaltung geschlossen wurde: Queere Beschäftigte der Verwaltung gründen ein Netzwerk, um eine noch höhere Sensibilität für die queere Lebensweise zu schaffen.

An die 60 Personen sollen an der ersten Versammlung des Regenbogen-netzwerkes teilgenommen haben. Man wolle Vielfalt weiter fördern und sichtbar machen. Unterstützt wird das Netzwerk von der Finanzverwaltung, die für das Landespersonal zuständig ist. Berlin, das für lange Wartezeiten auf den Ämtern berüchtigt ist, setzt so ein unmissverständliches Zeichen, wo in Zeiten knapper Mittel die Prioritäten gesetzt werden. Finanzsenator Stefan Evers (CDU) betonte, die queeren Beschäftigten seien ein „Spiegelbild der Stadt“: „Wir haben bereits neue Akzente beim Personalmarketing gesetzt und werden in den kommenden Monaten intensiv an der Weiterentwicklung von Rekrutierung, Willkommenskultur sowie einem neuen Führungskräfteleitbild arbeiten.“

Die Initiative geht zurück auf das Diversity-Landesprogramm und auf den LSBTIQ+-Aktionsplan von 2019 der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“. Die CDU realisiert somit zum wiederholten Mal rot-rot-grüne Projekte.

Ein zweites Highlight im November war die frohe Nachricht, dass es eine positive Zwischenbilanz bei den neuen Parktoiletten gebe. Besondere Begeisterung lösten die Urinale aus, die sowohl von Frauen als auch von Männern genutzt werden können. Welch ein Erfolg!

MELDUNG

Sechs Attacken in einem Monat

Schwedt – Im Nationalpark Unteres Odertal ist eine Herde Pommernschafe innerhalb von vier Wochen sechsmal mutmaßlich von einem Wolf angegriffen worden. Nach Angaben der betroffenen Schäferin wurden bei den Angriffen im Zeitraum von Mitte Oktober bis Mitte November elf Schafe gerissen. Die Schäferin ist mit insgesamt 250 Schafen entlang der Oder zur Deichpflege auf Wanderschaft. Wie sie erklärte, ist es zu den Attacken gekommen, obwohl die Herde mit mobilen Netzzäunen doppelt umfriedet gewesen war und die Mindestanforderungen des Landes an den Wolfschutz doppelt erfüllt wurden. Kritik übte die Schäferin an den unrealistischen Vorgaben und bürokratischen Regelungen zum Schutz von Nutztieren und zur Leistung von Ausgleichszahlungen bei Wolfsrissen. Der Landesjagdverband geht davon aus, dass in Brandenburg derzeit zwischen 700 und 1000 Wölfe leben. H.M.

● MELDUNGEN

Warnung vor Flüssigerdgas

Ithaca – Der Import und die Nutzung von Flüssigerdgas (LNG) ist weitaus klimaschädlicher als das Verbrennen von Kohle zur Energieerzeugung. So lautet das Fazit einer Studie des US-amerikanischen Biogeochemikers Robert Howarth von der Cornell University in Ithaca (New York). Bezogen auf die gesamte Förder- und Lieferkette von LNG vom Fracking bis zum Transport per Tanker „liegen die Treibhausgasemissionen von Flüssigerdgas ... im schlimmsten Fall um 274 Prozent höher als die von Kohle“, so Howarth. Und für den besten Fall – wenn hochmoderne LNG-Tanker zum Einsatz kommen und nur kurze Strecken zurücklegen – berechnete der US-Wissenschaftler immer noch um 29 Prozent höhere Emissionen, wobei vor allem Methan freigesetzt wird, das als deutlich gefährlicheres Treibhausgas gilt als Kohlendioxid. Damit bringt Howarth die Bundesregierung, die stark auf LNG setzt und deswegen auch umstrittene Terminals baut, in Erklärungsnot. W.K.

Mehr Frauen an die Front

New York – Laut der „New York Times“ („NYT“) setzt das Verteidigungsministerium in Kiew weiter verstärkt auf Frauen an der Front. Aktuell liegt deren Zahl bei 43.000, etwa 40 Prozent mehr als 2021. 5000 Soldatinnen haben bereits an Kampfeinsätzen teilgenommen. Laut den von der „NYT“ zitierten ukrainischen Quellen ist der Rückgriff auf Soldatinnen notwendig, weil „Männer sich zunehmend der Wehrpflicht“ entzogen und es nicht zuletzt deshalb zu wenige männliche Kämpfer gebe. Darüber hinaus schreibt das Blatt, „die Rekrutierung von Frauen ... ist sicherlich ein Schritt in Richtung Gleichberechtigung, aber sie spiegelt auch die enormen Verluste wieder, welche der Krieg verursacht“. Letztere sind nicht zuletzt die Folge der gescheiterten Offensiven der ukrainischen Armee seit Anfang Juni. W.K.

Chinas neue Trägerklasse

Peking – Die Volksrepublik China unternimmt immer größere Anstrengungen beim Ausbau ihrer maritimen Angriffs- und Verteidigungsfähigkeit. Davon zeugt nun auch die Existenz einer neuen Werft auf der Insel Changxing bei Shanghai. Im dortigen Trockendock von mehr als 400 Metern Länge entsteht die erste Einheit einer weltweit einzigartigen Klasse von Kriegsschiffen mit der vorläufigen Typenbezeichnung 076. Hierbei handelt es sich um kombinierte Flugzeug- und Hubschrauberträger mit hochleistungsfähigen elektromagnetischen Katapulten, die für den Start von besonders schwer bewaffneten und vollgetankten Kampfdrohnen benötigt werden. Insgesamt plant die chinesische Marine die Indienstellung von drei derartigen Trägern. In Zukunft sollen diese gemeinsam mit den schon vorhandenen oder noch im Bau befindlichen vier Flugzeugträgern und acht konventionellen amphibischen Angriffsträgern der Hainan-Klasse operieren. W.K.

FRANKREICH

Der Hamas-Terror spaltet die Linke

Die Rechtspolitikerin Marine Le Pen profiliert sich mit klaren Aussagen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Es war eine große und beeindruckende Demonstration gegen Antisemitismus mit mehr als 100.000 Teilnehmern, die bei herbstlich-kühlem Wetter Mitte November vom Pariser Invalidendom ins Quartier Latin zog. Zahlreiche Spitzenpolitiker liefen mit, die Stimmung war gedrückt, zugleich feierlich. Aktuell nehmen antijüdische Übergriffe stark zu, die Polizei registrierte über tausend Straftaten seit Oktober.

Aber die Großdemonstration war wieder mal auch von Kontroversen überschattet. Da war die Frage, warum Emmanuel Macron dem „Marsch für die Republik und gegen Antisemitismus“ fernblieb. Der Präsident hatte zuvor in einem dramatischen Aufruf die Wiederkehr einer entfesselten Judenfeindschaft geißelt und an die Bürger appelliert, zu der Demo zu gehen. Er selbst kam aber nicht. „Ent-

täuschend“ fand das die Urenkelin des berühmten Hauptmann Dreyfus, die mit Macron an dem Wochenende auf einer Bühne stand. Der Landesverratsprozess gegen den jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus hatte in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts tiefsitzenden Antisemitismus in der Gesellschaft offengelegt. Macron rechtfertigte sich, dass er „noch nie“ an einer Demonstration teilgenommen habe.

Streben nach Gesellschaftsfähigkeit

Noch mehr irritierte, wie der führende linksradikale Politiker Jean-Luc Mélenchon die Demonstration boykottierte und sie sogar polemisch als Versammlung der „Freunde der bedingungslosen Unterstützung des Massakers“ (an den Palästinensern) diffamierte. Mélenchon hat es nach den blutigen Hamas-Angriffen vom 7. Oktober mit 1200 Toten auffällig vermieden, die Hamas als Terroristen zu verurteilen. Seine trotzkistische Partei La France In-

soumise (LFI, Unbeugsames Frankreich) wird von vielen der etwa sechs Millionen Muslimen in Frankreich gewählt. Zu Bildern von großen Pro-Gaza-Kundgebungen mit einem Meer an Palästina-Flaggen schrieb er: „Das ist Frankreich.“

Inzwischen aber dreht sich der Wind. Die sozialistische Ex-Umweltministerin Dephine Batho beschuldigte den 72-Jährigen, der sich gerne als linken Volkstribun inszeniert, nach dem Demo-Sonntag des Totalitarismus, Antisemitismus und Trumpismus. Das linke Parteienbündnis „Nupes“ aus LFI, Kommunisten, Sozialisten und Grünen zerfällt zunehmend. Und in Umfragen sinkt Mélenchons Stern. Nur noch 14 Prozent finden ihn gut, bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2022 kam er auf 22 Prozent.

Im Gegensatz dazu ist Marine Le Pen im Aufwind. Die 55 Jahre alte Frontfrau des rechtsgerichteten Rassemblement National (RN) hat sich nach den Hamas-Attacken glasklar auf die Seite der Israelis

gestellt. Sie kämpfte schon seit Langem gegen die Ideologie des Islamismus, betonte sie. Bei der Großdemonstration gegen den Antisemitismus lief sie neben dem jungen RN-Chef Jordan Bardella und anderen Rechtspolitikern vom Invalidendom zum Quartier Latin – sehr zum Verdross der Linken. Der Verband der jüdischen Institutionen (CRIF) war nicht begeistert über ihre Anwesenheit, aber er lud sie auch nicht aus.

Seit Jahren versucht Le Pen ihre Partei zu „entdämonisieren“, vom Ruch des Rechtsextremismus zu befreien, und sie hat sich dazu von ihrem Vater Jean-Marine Le Pen klar distanziert (der wegen seiner verharmlosenden Aussagen über die Gaskammern in Konzentrationslagern verurteilt wurde). Es dürfe in diesen Fragen keine Zweideutigkeit geben, sagt Marine Le Pen. Sie will klare Kante.

Politikbeobachter sehen dies als Chance, damit sie mehr Wähler erreicht. Die Franzosen fürchten sich in erster Linie vor Anschlägen von Islamisten (auf deren Konto fast 300 Todesopfer seit 2015 gehen), vor unkontrollierter Zuwanderung und den gärenden Integrationsproblemen. Im Oktober wurde wieder einmal ein Lehrer von einem Islamisten getötet – und viele Bürger fühlen sich wie die Juden bedroht.

„Eine Glasdecke ist explodiert“

Die Teilnahme Le Pens an der Großdemonstration gegen den Antisemitismus dürfte ein politischer Schlüsselmoment werden. „Eine Glasdecke ist explodiert“, sagte der Historiker Grégoire Kauffmann dazu in einem „Le Monde“-Interview. Der 12. November werde als „Schlüsseldatum“ in die Geschichte der Rechten eingehen und die politische Landschaft neu ordnen. Denn die RN-Führungsfigur erreicht jetzt, als „geläuterte Rechte“ mit einer gemäßigten Rhetorik, Wähler der bürgerlich-konservativen Mitte, die vorher vor der „extremen Rechten“ zurückscheuten.

Laut neuesten Umfragen würden aktuell bis zu 33 Prozent der Franzosen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl für Le Pen stimmen – fast zehn Prozentpunkte mehr als 2022. Bis zur nächsten Wahl 2027 kann noch viel passieren. Doch die politische Klasse in Paris spürt, dass die Stimmung sich ändert. Ein Wahlsieg von Le Pen wird immer mehr zu einer ganz realen Möglichkeit.



im Gegensatz zu Mélenchon und Macron nimmt sie an der proisraelischen Großdemo vom 12. November teil: Marine Le Pen

GROSSBRITANNIEN

Britische Konservative im Abstiegskampf

Die Kabinettsumbildung hilft Premier Sunak wenig – Gaza-Streit erschüttert Labour

Die britische Tory-Partei stolpert und schleppt sich dem Ende ihrer Regierungszeit zu. Die Umfragen sind so schlecht, dass eine Wahlniederlage und ein Sieg der Labour-Opposition in einem Jahr fast als sicher erscheint. Premierminister Rishi Sunak versuchte durch eine große Kabinettsumbildung vergangene Woche noch einmal Schwung zu nehmen. Überraschend holte er den ehemaligen Premier David Cameron zurück in die Politik und machte ihn zum Außenminister. Dafür wurde der Politrentner rasch zum Lord ernannt, damit er im Oberhaus einen Sitz erhält und so Kabinettsmitglied werden kann. Der 57-Jährige war im Juni 2016 nach dem Brexit-Votum zurückgetreten. Er gilt als Vertreter der politischen Mitte. Seine Rückkehr wurde zwar im Establishment beklatscht, löste aber auf dem

rechtskonservativen Parteiflügel keine Begeisterung aus.

Mit der Entlassung von Innenministerin Suella Braverman hat Sunak das Tisch Tuch zu den Parteirechten komplett zerschnitten. Er hatte Braverman, die für einen immigrationskritischen Kurs steht, in seinem Kabinett gehalten, damit sie den rechten Flügel sichere. Nun haben sie sich zerstritten. Ein Zeitungsartikel in der „Times“, in dem sie die Polizei für ihr Verhalten bei den großen propalästinensischen Demonstrationen kritisierte, führte zum Bruch. Zuvor hatte sie mit umstrittenen Äußerungen zu Obdachlosen und Warnungen vor einem „Tsunami von Flüchtlingen“ in der linken und liberalen Presse heftige Kritik auf sich gezogen.

Ein Desaster ist für die Regierung Sunak, dass ihr Asylanten-Abschiebeplan

von Obersten Gerichtshof für rechtswidrig erklärt wurde. Sie wollte illegal über den Ärmelkanal ankommende Asylbewerber direkt nach Ruanda abschieben, doch die Richter am Supreme Court erklärten, dies verstoße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte. Der Plan stammte noch aus der Zeit von Boris Johnson. Der neue Innenminister James Cleverly will durch einen neuen Vertrag mit Ruanda doch noch Abschiebungen ermöglichen. Das Publikum verliert aber langsam den Glauben daran.

Unterdessen kämpft die Labour-Partei mit eigenen Problemen. Sie wurde von einem Streit über ihre Haltung zu Israel und zur Hamas zerrissen. Parteichef Keir Starmer musste vergangene Woche eine schwere Rebellion überstehen. Entgegen der ausdrücklichen Anweisung der Partei-

spitze stimmten 56 Parlamentsabgeordnete für einen Antrag der Scottish National Party (SNP), der zu einem Waffenstillstand in Gaza zwischen Israel und der Hamas aufrief. Starmer hatte Enthaltungen gefordert. Doch fast ein Drittel seiner Abgeordneten widersetzte sich. Acht Mitglieder des Schattenkabinetts sind zurückgetreten oder wurden gefeuert, darunter Jess Phillips aus Birmingham sowie Yasmin Qureshi, Naz Shah, Helen Hayes und Afzal Khan. Viele der Pro-Palästina-Rebellen sind Muslime oder vertreten Wahlkreise mit hohem Muslim-Anteil. Bei einer propalästinensischen Großdemonstration Mitte November gingen rund 300.000 Menschen in London auf die Straße. Israelfreund Starmer hat sich den Zorn vieler Aktivisten zugezogen.

Claudia Hansen

VON PETER ENTINGER

Vorsichtiger Optimismus im Frühjahr, massive Depressionsgefahr im Herbst. So kann man die Stimmung innerhalb der deutschen Wirtschaft auf den Punkt bringen. Kurz zusammengefasst besagen die aktuellen Zahlen eines: Der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert massiv an Attraktivität. Zu diesen Ergebnissen kommt der „Supply Chain Pulse Check“, eine Studie von Deloitte in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Verband ISLA.

Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen gaben demnach an, Teile ihrer Wertschöpfungskette bereits zu großen Teilen ins Ausland verlagert zu haben. Und auch das restliche Drittel denkt darüber nach. Dies betrifft vor allem Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, den Automobilsektor oder die Industriegüterproduktion. Und der Tiefpunkt ist offenbar noch nicht erreicht. 65 Prozent der Befragten in diesen Wirtschaftszweigen erwarten demnach, dass Deutschland innerhalb der nächsten drei Jahre an Attraktivität gegenüber anderen Regionen verlieren wird.

„Das Vertrauen in den Standort Deutschland ist erschüttert“, behauptet Deloitte-Industrieexperte Florian Ploner, der die Studie mitverantwortete. Die Stimmung bei den Unternehmen habe sich in den vergangenen sechs Monaten noch mal verschlechtert. „Vor allem wegen der hohen Energiekosten gibt es in der Industrie erhebliche Schmerzen“, sagte Ploner und bilanzierte: „Wir sehen eine Deindustrialisierung.“ Zwar ist die Stimmung in anderen Industriezweigen nicht ganz so fatal wie beispielsweise im Maschinenbau oder bei den Autobauern, doch insgesamt 45 Prozent der befragten Unternehmen sind skeptisch, was die Zukunftsaussichten angeht.

In den anderen Branchen wie Chemie, Bauindustrie, Transport und Logistik glauben noch 46 Prozent, dass der Standort unverändert attraktiv bleiben wird. Allerdings gehen dort nur noch 20 Prozent davon aus, dass Deutschland im internationalen Vergleich zulegen wird. Die Gründe für die zunehmende Abwanderung liegen auf der Hand: die wichtigsten sind niedrigere Energiekosten (59 Prozent), niedrigere Löhne (53 Prozent), ein besseres Marktumfeld (51 Prozent) und weniger Bürokratie (50 Prozent).

Wenn man so weitermache wie bisher, werde Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter „nach hinten durchgereicht. Wir verlieren Unternehmen, wir verlieren Wertschöpfung“, sagte der BDI-Präsident Siegfried Rosswurm bereits vor



Bereits ausgelagert: Die Produktion des 9G-Tronic-Getriebes von Mercedes erfolgt seit Jahren in Rumänien

Foto: action press

STANDORT DEUTSCHLAND

Firmen flüchten vor dem „kranken Mann Europas“

Wegen hoher Energiepreise und einer ausufernden Bürokratie: Immer mehr deutsche Unternehmen planen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern

einem Monat. Die neueste Umfrage, an deren Erstellung auch sein Verband beteiligt war, bestätigt dies. Dabei waren die Firmenchefs in Deutschland im Frühjahr noch verhalten optimistisch. Der Strompreis stieg nicht so stark an wie befürchtet, und eine der Lehren aus dem Ukraine-Krieg oder den Lieferschwierigkeiten infolge der Corona-Pandemie war die Feststellung, dass man zukünftig wieder verstärkt vor der eigenen Haustüre produzieren müsse.

USA und Asien sind attraktiver

Nun zeigt sich: Die Maschinen- und Autobauer zieht es immer noch nach Asien und auch in die USA. In den anderen Industriezweigen flaut die Asien-Euphorie zwar ab, doch dort wächst der Trend, vor allem im osteuropäischen Ausland produ-

zieren zu lassen. Unter den EU-Ländern werden Polen, Rumänien und Tschechien besonders häufig genannt. Rosswurm fügte mit Blick auf die nicht ganz so stark gestiegenen Strompreise allerdings auch an, dass diese immer noch dreimal so hoch seien wie in anderen europäischen Ländern. „Das ist ein riesengroßer Nachteil“, sagte er und fügte mit Blick auf die bekanntermaßen ausufernde Bürokratie in Deutschland an: „Vieles dauert einfach zu lange.“

Wie schlecht es um die deutsche Wirtschaft steht, zeigt nicht nur die Deloitte-Studie, die sich mit dem Zustand der Groß-Industrie beschäftigte. Auch unter den Mittelständlern ist die Stimmung gelinde gesagt frostig. Eine in der vergangenen Woche veröffentlichte Umfrage im Auftrag der DZ Bank zeigt, wie verbreitet

der Pessimismus ist. Von den fast 1000 befragten Unternehmen sind 81 Prozent der Auffassung, dass Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat. Immerhin fast die Hälfte ist überzeugt, Deutschland sei aktuell der „kranke Mann Europas“.

Wie in der Großindustrie stöhnt auch der deutsche Mittelstand vor allem über hohe Preise und die Bürokratie. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) gab an, dass vor allem aus diesem Gründen 40 Prozent seiner Mitgliedsunternehmen daran denke, die Zahl der Beschäftigten in Deutschland zu reduzieren. Und das würde weitere Probleme nach sich ziehen. Bisher gilt die deutsche Wirtschaft zwar im internationalen Vergleich als Sorgenkind, allerdings präsentierte sich der Arbeitsmarkt als erstaunlich robust.

WASSERSTOFF

Habecks Pläne stehen auf dünnem Eis

Ob neue Leitungen gebaut oder alte Gasrohre genutzt werden können – teuer wird es auf jedem Fall

Deutschland verfügt über ein Leitungsnetz zum Transport von Erdgas, das mit einer Gesamtlänge von über 500.000 Kilometern einen oft übersehenen Pluspunkt der hiesigen Infrastruktur darstellt. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat am 14. November den Plan vorgestellt, zusätzlich noch ein Kernnetz zum Transport von Wasserstoff aufzubauen. Laut Habeck soll bis zum Jahr 2032 ein 9700 Kilometer langes Wasserstoffnetz entstehen. Dieses Kernnetz soll Häfen, Industrie, Speicher und Kraftwerke miteinander verbinden.

Nach Angaben der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber muss das Netz nicht komplett neu errichtet, sondern es könnten zu gut 60 Prozent bestehende Erdgas-Röhren genutzt werden. Über die Frage, ob das vorhandene Gasnetz auch

zum Transport von Wasserstoff geeignet ist, streiten sich die Experten. Wegen ihrer geringen Größe können Wasserstoffatome durch eine Vielzahl von Materialien diffundieren.

Nach Ansicht des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) sind die im deutschen Gasnetz verbauten Stahlrohrleitungen für den Transport von Wasserstoff geeignet, getauscht werden müssten nur einzelne Elemente. Der Verein erinnerte daran, dass bereits in der Vergangenheit dem sogenannten Stadtgas immer wieder mal Wasserstoff beigemischt wurde.

Kritischer äußerte sich im Herbst 2022 der Dekra-Chef Stan Zurkiewicz. Er sagte: „Wasserstoff ist eine hochexplosive Chemikalie. Und es ist eine Chemikalie, die die Behälter, in denen sie transportiert

wird, sehr aggressiv angreift.“ Aus Sicht des Dekra-Chefs muss das Leitungsnetz deswegen erst auf den Betrieb mit Wasserstoff umgerüstet werden. Als Alternative nannte Zurkiewicz den parallelen Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur. Beide Varianten sind mit extrem hohen Kosten verbunden.

Eine höchst explosive Chemikalie

Die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber beziffert die Kosten für das geplante Kernnetz zum Transport von reinem Wasserstoff auf 19,8 Milliarden Euro. Mit Mehrkosten von rund 45 Milliarden Euro ist nach Angaben des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. zu rechnen, um das deutsche Gasnetz insgesamt bis 2050 fit für Wasserstoff zu machen. Neben den Kosten für die Leitungs-

infrastruktur gibt es einen weiteren kritischen Punkt in der Wasserstoff-Strategie der Bundesregierung. Nach deren Vorstellungen soll Deutschland künftig sogenannten „grünen“ Wasserstoff nutzen, der mit Ökostrom produziert wird. Ein entsprechendes Pilotprojekt, bei dem Windstrom genutzt werden sollte, war ursprünglich in der Öl-Raffinerie Hemmingstedt in Schleswig-Holstein geplant. Mitte November teilte die Raffinerie Heide allerdings mit, dass sie das Projekt „Westküste 100“ abbricht.

„Ziel war es herauszufinden, inwieweit grüner Wasserstoff hier in industriellem Maßstab wirtschaftlich hergestellt werden kann. Schlussendlich war es so, dass wir keine Wirtschaftlichkeit für das Projekt gehabt haben“, so der Geschäftsführer der Raffinerie. Hermann Müller

MELDUNGEN

Deutlich mehr Insolvenzen

Wiesbaden – Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland ist nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Oktober um 22,4 Prozent gegenüber dem Oktober des Vorjahres gestiegen. Bereits im September hatte die Zahl der Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 19,5 Prozent zugenommen. Besonders hoch ist die Insolvenzhäufigkeit im Bereich Verkehr und Lagerhaltung. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mautpflicht für Lkw zum 1. Dezember warnt der Bundesverband Logistik & Verkehr vor einer Insolvenzwelle in der Branche und vor schwerwiegenden Konsequenzen für die gesamte Wirtschaft. Laut einem Beschluss des Bundestages wird zum 1. Dezember ein zusätzlicher CO₂-Aufschlag bei der Lkw-Maut eingeführt. Zum 1. Juli 2024 wird die Mautpflicht zudem auf kleinere Transporter ab 3,5 Tonnen ausgeweitet. Der Bund erwartet bei der Maut von 2024 bis 2027 Mehreinnahmen in Höhe von 30,5 Milliarden Euro. H.M.

Bauern gegen EU-Satelliten

Landsberg – Die in der Interessenvertretung bäuerlicher Familienbetriebe namens „Freie Bauern“ organisierten Landwirte klagen gegen die Pflicht zur Verwendung einer von der Europäischen Union vorgeschriebenen Kontroll-App. Mit der Software sollen die Betriebe nachweisen, dass sie die Förderrichtlinien der EU einhalten und keinen Subventionsbetrug begehen. Ein Verdacht auf Betrug liegt vor, wenn die Satelliten zur Überwachung der Felder aus dem Weltraum den Anbau nicht zulässiger Feldfrüchte melden. Dann müssen die Bauern vor Ort Bilder anfertigen und über die App hochladen, um sich zu entlasten. Allerdings macht die KI-gestützte Technik Fehler, weswegen die Landwirte einen erheblichen Mehraufwand haben – und das meist gerade während der Erntezeit. Mit der Klage wollen die „Freien Bauern“ ein Zeichen gegen die als übergriffig empfundene EU-Bürokratie setzen. W.K.

Bayer unter starkem Druck

Leverkusen – Der Pharma- und Chemiekonzern Bayer verzeichnete im dritten Quartal dieses Jahres Verluste von 4,6 Milliarden Euro und plant eine „erhebliche“ Reduzierung der Belegschaft. Bis Ende 2024 sollen auch „mehrere Führungsebenen“ wegfallen, um die Koordinationsprozesse innerhalb des Unternehmens zu vereinfachen. Ursache der Einbußen sind Probleme in der Agrarsparte, die aus den Umsatz- und Preiseinbrüchen bei Herbiziden resultieren. Belastet wird die Bilanz auch durch Kostensteigerungen infolge der Inflation und juristischen Problemen des Konzerns aufgrund des möglicherweise krebserregenden Produktes Glyphosat. Investoren drängen mittlerweile auf die Aufspaltung von Bayer in mindestens zwei Teile, nämlich eine Agrar- und eine Gesundheitssparte. Diese Möglichkeit wird laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden William Anderson derzeit geprüft. W.K.

KOMMENTAR

Evangelische Amtskirche
in der Dauerkrise

JOHANNES EISLEBEN

Die EKD-Vorsitzende Annette Kurschus ist am Montag wegen Vorwürfen zurückgetreten, sie habe in ihrer Zeit als Pfarrerin von gegen Minderjährige gerichteten sexuellen Übergriffen eines mit ihr befreundeten Angestellten der Kirche gewusst, ohne entsprechend zu handeln. Anstatt ein Vergehen einzuräumen, beteuerte sie bei ihrer Rücktrittsansprache allerdings, sie sei „mit sich im Reinen“, da sie zwar von der homosexuellen Orientierung und dem Ehebruch des Täters, nicht aber von dessen Sexualtaten gewusst habe, obwohl dies Zeugen beteuerten. Was sie nun wirklich gewusst hat, wissen wir nicht, doch ist die Empörung groß.

Zu Recht. Denn die Funktion der Kirche ist die „Vermittlung der Christusgemeinschaft des einzelnen [Christen] durch kirchliche Verkündigung in Wort und Sakrament“ (RGG, 4. Auflage), wobei die individuelle Heilsaneignung Sinn und Zweck des Christentums bleiben und der Einzelne nicht der Kirche nachgeordnet ist.

Weil die wichtigste Funktion der Kirche Heilsvermittlung ist, empfinden Mitglieder und Beobachter der Kirche es als unerträglich, wenn hier sexueller Missbrauch stattfindet oder geduldet wird. Wahrscheinlich ist zumindest in der evangelischen Kirche, die kein Zölibat kennt, die Missbrauchsquote nicht höher als in anderen Institutionen, die Schwache oder Abhängige, die sich aus Tätersicht als Opfer sexuellen Missbrauchs besonders gut eignen, betreuen. Dennoch sind sexueller Missbrauch oder Sexualgewalt im Umfeld der amtlichen Heilsvermittlung besonders abartig. Daher ist es nachvollziehbar, dass Frau Kurschus zurücktreten musste und dass ihre Rücktrittsansprache ohne jegliches Bekenntnis eigener Fehlleistungen als unwürdig bewertet wird.

Warum sich nichts ändern wird

Doch beobachten wir ein viel umfassenderes Unwohlsein an unseren Amtskirchen, das sich auch bohrend bemerkbar

machen würde, wenn es in der Kirche keine Sexualstraftäter gäbe.

Denn für Kurschus – und dies gilt für fast alle Kirchenfunktionäre in den Landeskirchen und der EKD auch – steht nicht die Heilsvermittlung, sondern die Vermittlung politischer Botschaften des heutigen postmodernen Kollektivismus im Vordergrund: 1. sogenannte Klimaretung durch wirtschaftliche Selbstzerstörung, 2. Ausrufung einer Pseudopandemie mit Zwang zur „Impfung“ sowie Verurteilung und Aussonderung Ungeimpfter aus der Kirche, 3. Migration bis zur „Selbstaufgabe“ (Kurschus) oder 4. die Befürwortung von Abtreibung und anderen Formen des legalisierten Tötens wie der Sterbehilfe. Beispielsweise befürwortete Kurschus die „Impfung“ im Winter 2021 als alternativlos, nachdem wir damals schon mehr als ein Jahr lang Herdenimmunität gegen SARS-CoV-2 hatten.

Die Kirchenleitungen wollen nicht mehr primär den Glauben an den dreifaltigen Gott verkündigen oder dem Einzelnen Trost und Zugang zum Heil spenden. Vielmehr sehen sie sich als staatstragende, aktivistische Institutionen, die säkulare, pseudo-religiöse Heilsversprechen verbreiten. Sie sind dadurch Teil eines nicht mehr der *res publica*, sondern den Spezialinteressen einer kleinen Minderheit dienenden Staatsapparates. Dieser richtet sich gegen die Interessen der allermeisten Bürger, indem er die technischen, wirtschaftlichen und demographisch-kulturellen Wurzeln unseres Wohlstands zerstört. Dabei geht es nicht im Geringsten um Moral, denn die Ziele des postmodernen Kollektivismus richten sich gegen das friedliche Zusammenleben der Menschen, ja gegen das Leben selbst. Vielmehr sehen wir, wie eine Gesellschaft entsteht, in der Freiheit und Menschenwürde als Rendite- und Machthindernisse beiseitegeräumt werden.

Die evangelische Kirche ist an dieser Transformation federführend beteiligt, und daran wird der Rücktritt von Frau Kurschus nichts ändern.



Zurückgetreten:
EKD-Ratsvorsitzende
Annette Kurschus

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2504 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF33 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2501 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Wirft Nichtregierungsorganisationen die Unterstützung von Schlepperbanden vor: Fabrice Leggeri (M.), Frontex-Direktor von 2015 bis 2022, an der polnisch-weißrussischen Grenze
Foto: action press

KOLUMNE

Über den Sinn von Grenzen

FLORIAN STUMFALL

Eine der bizarrsten Maßnahmen aus dem Bundesinnenministerium steht sinnbildlich für die Arbeitsweise der gesamten Bundesregierung. Ministerin Nancy Faeser hatte mit großem Aplomb angekündigt, sie werde die Ausweisung illegaler Immigranten erheblich steigern, so die Mitteilung, die mit allerlei Prozentzahlen ausgeschmückt war. Als man aber die absoluten Werte ausrechnete, erwies sich, dass nach Faesers Plan ganze 600 Personen zusätzlich ausgewiesen würden – und zwar jährlich. Dem steht eine tägliche illegale Zuwanderung von 900 bis 1000 Migranten gegenüber – ein Stück aus dem Tollhaus. Die naheliegende Frage, ob es sich um Unfähigkeit oder Absicht handelt, bleibt unbeantwortet.

Dabei gibt es innerhalb Europas auch Gegenbeispiele, eines ausgerechnet aus Skandinavien, wo man allzu lange in der Einwanderungsfrage völlige Regellosigkeit walten lassen, die seinerzeit als eine höhere Form der Menschlichkeit ausgegeben wurde. Doch seit man in Schweden das Militär gegen hochkriminelle nahöstliche Sippen einsetzen müssen, fand dort ein Umdenken statt. Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island nämlich haben sich auf eine engere Zusammenarbeit geeinigt, um Rückführungen von Illegalen zu erleichtern.

Davon ist man in Berlin weit entfernt. Faeser will im Gegenteil zwar die Asylverfahren beschleunigen, aber dadurch, dass man die Sicherheitsüberprüfungen zurückfährt. So soll es weniger Kontrollen der Ausweise geben – so vorhanden –, doch Smartphones zur Überprüfung der Nationalität werden nicht mehr herangezogen, und das Schengener Informationssystem wird nicht mehr befragt. Die Folge davon ist nicht eine beschleunigte Heimführung, sondern eine Erleichterung im Sinne des Verbleibens der Immigranten, gleich, welches Risiko sie für die deutsche Gesellschaft darstellen mögen.

Frontex sieht hilflos zu

Diese Berliner Immigrationspolitik wird durch das völlige Versagen der entsprechenden Einrichtungen und vertraglichen Vereinbarungen innerhalb der EU, des Schengen-Raumes und der assoziierten Länder begünstigt. So hätte Frontex, die „Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache“ in den 19 Jahren des Be-

stehens Gelegenheit genug für den Nachweis der Tauglichkeit und des Erfolges finden können. Das zeigt ein Vorwurf, den der damalige Frontex-Chef Fabrice Leggeri bereits 2017 erhoben hat und der dahin ging, dass Hilfsorganisationen Schlepperbanden unterstützten. Was er nicht dazu sagte, aber durch seine Klage indirekt bestätigte, war, dass Frontex dabei hilflos zusieht.

Das rechtliche Regelwerk der EU, die Zuwanderung betreffend, ist maßgeblich gekennzeichnet durch das Schengener Abkommen und den Vertrag von Dublin. Das

Grenzen ersatzlos
zu tilgen, führt
in die Anarchie

Schengener Übereinkommen schreibt für Bürger eines der Teilnehmerstaaten das Recht der Reisefreiheit im Vertragsgebiet fest. Diese Regelung dient der Vereinfachung des Personen- und Warenverkehrs, bietet aber auch Migranten, anerkannten wie illegalen, zahlreiche Schlupfwinkel. Denn wer sich einmal durch die Wirkungslosigkeit von Frontex auf europäischem Boden befindet, hat alle Möglichkeiten unterzutauchen oder aber an verschiedenen Stellen Hilfgelder zu beziehen.

Hier kommt die Dublin-Verordnung ins Spiel. Sie regelt, dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in dem ein Immigrant zum ersten Mal das Vertragsgebiet betreten hat. Das bedeutet, dass für die weit überwiegende Zahl der Fälle die Mittelmeeranrainer zuständig wären. Doch das ist reine Theorie. Deutschland nämlich ist ausschließlich von sicheren Drittländern umgeben, so dass keiner der Zuwanderer, die auf dem Landweg kommen, einen Anspruch auf Asyl erheben könnte. Tatsächlich aber ist die Wirklichkeit von einem durchgängigen Versagen sowohl der Frontex, als auch des Schengen- sowie Dublin-Abkommens gekennzeichnet.

Zudem herrscht ein absolutes Chaos in dem Sinne, dass es über den Begriff des Asyls verschiedene Auffassungen gibt. Die in Deutschland gültige Lesart steht im Grundgesetz, Artikel 16a: „1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. 2) Auf Ab-

satz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittland einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“

Ebenso populär wie gefährlich

Daraus folgt, dass es sich beim Asylrecht nicht um ein elementares und bedingungsloses Menschenrecht handelt, es vielmehr von Voraussetzungen wie der persönlichen Verfolgung abhängig ist. Demgegenüber ist in Theorie und Praxis der EU das Bemühen festzustellen, das Asylrecht als unbedingt und an keine Voraussetzung gebunden zu verstehen. Das führt dann geradewegs zu dem sogenannten Grundrecht auf Migration, das heißt, Einwanderung in das Land der Wahl, wie es von den Vereinten Nationen bereits festgeschrieben worden ist. Auch die EU (Verordnung Nr. 604/2013) nennt als Ziel ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ (GEAS), in welchem der „Grundsatz der Nichtzurückweisung“ gilt.

Wie nicht anders zu erwarten, läuft die Politik der EU auf eine Gleichschaltung der Migrationspolitik hinaus, in welcher der überdehnte Asyl-Begriff dazu führt, dass die eigentlich Berechtigten ihren Status gegenüber solchen verlieren, die grundlos Anspruch erheben.

Dies alles geschieht unter dem Fanal, man müsse die Grenzen niederreißen. Das ist ebenso populär wie gefährlich. Grenzen nämlich schützen und schaffen Struktur und Sicherheit; sie ermöglichen Eigentum; sie sind der Ausdruck von Rechtsansprüchen und für eine friedliche Ordnung daher unerlässlich; sie definieren kulturelle Räume; sie ermöglichen das Maß und die Mitte als Orientierungspunkte des Lebens; wer glaubt, man könne Grenzen einfach niederreißen, leugnet oder kennt nicht die Gefahr des Chaos. Wo Grenzen hinderlich fürs Gedeihen sind, mag man ihre Qualität, das heißt, ihre Durchlässigkeit ändern. Sie aber ersatzlos zu tilgen, führt in die Anarchie. Die Ansätze dazu aber sind in der europäischen Migrationspolitik mehr als deutlich zu erkennen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Napoleon in Love

Pendler zwischen heißer Liebe und blutigen Schlachten – Ridley Scotts Historiendrama über den französischen Kriegsherrn

VON HARALD TEWS

Blücher lässt mal wieder auf sich warten. Ganze fünf Stunden oder 19 Kilometer, so klagt der Herzog von Wellington, braucht der preußische Generalfeldmarschall noch bis zum Schlachtfeld von Waterloo. Des Herzogs angeblichen Spruch „Ich wollte, es wäre Nacht, oder die Preußen kämen“ vermisst man jedoch in Ridley Scotts „Napoleon“-Epos, das seit dem 23. November in den Kinos läuft.

Davon abgesehen vermisst man in diesem als Napoleon-Biographie getarnten Historienmärchen wenig. Alle bekannten Zutaten sind da: Napoleon bei der Erstürmung von Toulon, vor den Pyramiden in Ägypten, beim Staatsstreich des 18. Brumaire, bei der eigenen Kaiserkrönung in Paris, in Austerlitz mit dem österreichischen Kaiser, im ostpreussischen Tilsit mit dem russischen Zaren, beim Brand in Moskau, auf Elba in der ersten Verbannung, bei Waterloo und auf St. Helena bei der letzten Verbannung.

Mit dem reisefreudigen Napoleon wird man in diesem Film irgendwie selbst zum Weltenbummler, wobei Regisseur Scott den Reiseführer spielt. Es ist wie das Pauschalangebot eines Touristikunternehmens für historische Reisen: Hier wird mal schnell in Austerlitz ausgestiegen, um zu erleben, wie eine von Napoleons Kanonenkugeln getroffene Reiterarmee mit Sack und Pack zwischen den Eisschollen in einem See untergeht. Das Ganze in Zeitlupe mit zerfließendem Blut. Der Tod hat seine eigene Ästhetik. Dann geht es weiter zur nächsten Schlachtenstation nach Borodino vor Moskau und so fort.

Um das Ganze erträglich zu machen, wird man zwischendurch mit einem romantischen Schmachtfetzen berieselt: der Liebesromanze Napoleons mit Joséphine de Beauharnais, wobei unser Reise-



Er setzt im Film dem Ganzen die Krone auf: Wie im Gemälde von Jacques-Louis David von 1806–1807 (o. l., Ausschnitt) krönt Napoleon Bonaparte seine Joséphine zur Kaiserin

führer aus dem Off aus dem Briefwechsel der beiden Turteltäubchen zitiert. Mit Joséphine bekommt dieser Napoleon eine leicht feministische Note. Vanessa Kirby verkörpert sie als selbstbewusste Frau, die ihrem Geliebten ins Gesicht bläst: „Ohne mich wärst du nichts.“

Machte also Frauenpower und nicht siegreiche Schlachten Napoleon zum Kaiser der Franzosen? Woher das Charisma kam, das den „korsischen Rüpel“ kurzfristig zum Herrscher von fast ganz Europa

machte, wird auch im Film nicht ganz klar. Denn wäre Napoleon tatsächlich so maulfeil, wortkarg und heiser gewesen, wie ihn Hollywoodstar Joaquin Phoenix im Film spielt, dann wäre er wohl gleich auf Korsika auf der Strecke geblieben.

Doch Regisseur Scott, der einst mit „Alien“ und „Blade Runner“ Meilensteine des Science-Fiction-Films geschaffen hat und mit „Gladiator“ einem antiken Stoff Leben eingehaucht hat, ist für eigenwilliges Filmschaffen bekannt. Sein „Napole-

on“ ist eben eine anglophile Version: weniger südländisch impulsiv als britisch abwartend. Das hat durchaus seinen Reiz.

Den größten Reiz bezieht der Film dennoch aus den Schlachtengemälden, die wie opulente Reenactment-Inszenierungen wirken mit Hunderten von Statisten, die dazu noch digital vervielfältigt sind. Manches erscheint auch als „Lebendige Bilder“ von Historienmalern wie jener von Jacques-Louis David gemalten Szene der Kaiserkrönung. Nur wird der

Film dadurch nicht so lebendig, wie es Scott einst mit seinem innovativen „Gladiator“ gelungen ist. Vieles bleibt starr.

Vielleicht ändert sich das in der Fassung, die der 85-jährige Scott für den Streaminganbieter Apple TV+ anfertigt. In der Kinoversion kommt Blücher erst nach zweieinhalb Stunden, doch in der TV-Fassung werden daraus viereinhalb Stunden. Dort wird der Film zur endgültigen Love-Story, in der Napoleons Beziehung zu Joséphine den Mittelpunkt bilden soll.

TV-KRITIK

Muttstein wehrt sich

Spannung zur Adventszeit – Der ARD-Sechsteiler „Schnee“ ist Ökokrimi und Mysterythriller zugleich

Luftveränderung für die asthmakranke Tochter Alma soll es sein. Frische Bergluft, damit das Kind wieder frei atmen kann. Aber was die Wiener Ärztin Lucia (Brigitte Hobmeier) und ihre Familie in dem Geburtsort von Ehemann Matthi (Robert Stadlober) in den Alpen vorfinden, sind Düsternis und Enge.

Mit dem Sechsteiler „Schnee“ (Mittwoch, 29. November ab 20.15 Uhr und Freitag, 1. Dezember, ab 22.20 Uhr) liefert „Das Erste“ einen Öko-Krimi mit Mystery-Elementen, der von der ersten Folge an einen magischen Sog entwickelt. Das Dorf Rotten scheint unter einer andauernden Nebeldecke zu nisten, die alles Licht verschluckt. Rinnsale laufen quer durch den Ort und verweisen auf die Bedrohung durch den vermeintlichen Klimawandel.

Schnee liegt längst nur noch hoch oben auf den Gipfeln, die Existenz der Gastwirte im Ort ist bedroht. Eine neue Gondel soll deshalb installiert werden, die das Dorf mit den Gletschern verbindet. Dafür muss der Bergrücken des Muttstein gesprengt werden. Matthis Vater, der einflussreichste Gastwirt am Ort, hat die Sprengsätze schon legen lassen, aber dann kommt alles anders. Alma, das von

Luftnot gepeinigtes Kind, hat eine nächtliche Erscheinung. Dann gibt es den Fluch jener verwirrten Alten im Ort, die den Untergang des Ortes voraussagt. All das Unheimliche spiegelt sich im madonnenhaften Gesicht der Ärztin, die sich zwischen realen Gefährdungen und geheimnisvollen Andeutungen ihren Weg suchen

muss. Denn die Zeichen mehren sich: Was hat es mit dem Schimmel in der Hausecke auf sich, der trotz heftigsten Schrubbens nicht verschwinden mag?

Was hat es darüber hinaus mit dem Wolf auf sich, der häufig auftaucht? Und was vor allem mit der in einer Gletscherspalte gefundenen Leiche einer jungen

Frau, die jahrelang spurlos verschwunden war? Von Panik geschüttelt, will Lucia zurück nach Wien, aber ihre Tochter greift ihr ins Steuer. Sie müsse den Muttstein beschützen, sonst müssten alle sterben, prophezeit die Zehnjährige und wirkt wie besessen. Wenig später die dramatische Wende: Alma ist verschwunden.

Lucia begibt sich auf die Suche nach ihrem Kind und hat dabei alle und alles gegen sich: Ihren Mann, der unter der Fuchtel seiner Mutter steht und sich einer früheren Liebe zugewandt hat. Ihre Schwiegereltern, die ein dunkles Geheimnis zusammenschweißt. Vor allem aber die Berge.

Was den in 3000 Metern Höhe in den Südtiroler Dolomiten gedrehten Film heraushebt, sind die Naturaufnahmen. Das Bergdorf scheint unter einer düsteren Dunstglocke zu liegen, und der Muttstein bietet alles auf, um die Menschen, die ihn zerstören wollen, zu vernichten. Was Lucia auf sich nimmt, ist die klassische Heldenreise, in der sie Widerstände überwinden muss, um einem Geheimnis auf die Spur zu kommen. Spannender kann Fernsehen in der dunkelsten Zeit des Jahres nicht sein.

Anne Martin



Noch intakt: Lucia (Brigitte Hobmeier) am Muttstein, der gesprengt werden soll

● MELDUNGEN

Auf zu Loriots Mops-Hunden

Brandenburg an der Havel – Zum 100. Geburtstag des preussischen Humoristen Vicco von Bülow alias Lorient (siehe PAZ vom 3. November) hat die Touristinformation seiner Geburtsstadt die Stadtführung „Auf den Spuren von Vicco von Bülow“ neu in ihr Programm aufgenommen. Die Spurensuche beginnt am Standesamt, wo Vicco von Bülow amtlich registriert wurde, führt zu seiner Taufkirche St. Gotthardt und schließlich zum Dom. Als hier 1985 die erste Lorient-Ausstellung der DDR stattfand, entstand seine berühmte „Bundestagsrede“ aus nichtssagenden Floskeln. Später wurde der Turm mithilfe der Vicco-von-Bülow-Stiftung saniert. Die Frage: Warum „ein Leben ohne Mops möglich, aber sinnlos ist“, beantworten die im Stadtgebiet „ausgewilderten“ Waldmöpfe aus Bronze. Stadtführungen finden ab Dezember ein Jahr lang jeden ersten Sonnabend im Monat statt, Dauer zwei Stunden, Kosten: Erwachsene 12 Euro, Kinder bis acht Jahre frei. Anmeldung per E-Mail: touristinfo@stg-brandenburg.de oder per Telefon: (03381) 796360. H. Sch.

VON MANFRED KITTEL

Vor einigen Wochen hat der renommierte bayrisch-sächsische Politikprofessor Werner Patzelt in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* auf Seite 1 einen sehr nachdenklichen Artikel veröffentlicht zu dem Thema, dass viele Deutsche zunehmend das Vertrauen in Parteien und Demokratie verlören. Das ist besorgniserregend. Klar ist aber auch, dass für die Krise der Demokratie heute niemand – mehr – die Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen verantwortlich macht.

Das war nicht immer so. Und der 75. Geburtstag der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), einer der großen und wichtigsten Landsmannschaften der Vertriebenen aus den historischen deutschen Staats- und Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa, ist ein sehr guter Anlass, sich noch einmal gründlicher damit auseinanderzusetzen. Damit, dass die Vertriebenenverbände lange immer wieder als eine Belastung für unsere Demokratie hingestellt worden sind, als Revanchisten, als Versöhnungsfeinde, als Fußkranke deutscher Vergangenheitsbewältigung, ja als mindestens halbe Rechtsradikale. Ich muss sagen, ich habe solche Zuschreibungen immer für ein ideologisches Zerrbild gehalten.

Ideologisches Zerrbild

In Wirklichkeit haben die meisten Vertriebenenverbände unserer Demokratie nicht nur nicht geschadet, sie haben ihr sogar – im Gegenteil – ganz erheblich zum Vorteil gereicht. Ich meine mit „Vertriebenenverbände“ dabei nicht nur die Organisationen selbst, als Ganzes, sondern auch ihre führenden Vertreter und deren politisches Agieren in den Parteien und in den Institutionen unseres demokratischen Gemeinwesens. Bekanntlich gab es leider auch einige radikale Irrläufer, aber die wären ein Thema für sich und bestätigen letztlich nur die Regel: Gerade in den Gründerjahren unserer Bonner Republik waren die Landsmannschaften nicht nur irgendein stabilisierender Faktor der Demokratie, sie waren viel mehr: Sie waren einer ihrer ganz festen Anker. Und wären sie das nicht gewesen als Vertreter eines Fünftels unserer Bevölkerung – ich weiß wirklich nicht, wie diese Bundesrepublik sich dann überhaupt hätte entwickeln können. So, die Katze haben wir damit aus dem Sack gelassen. Ich will das aber gerne auch noch etwas näher erläutern.

Wegweisend war zunächst schon einmal, dass viele tüchtige Vertriebene sehr bald nach ihrer Ankunft im Westen in die „lizenzierten“ demokratischen Parteien eingetreten sind. Und auch in der eigenständigen Vertriebenenpartei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) haben sie ab 1950 in entscheidenden Fragen eine konstruktive Rolle gespielt. Hinzu kam der zehnjährige, zutiefst demokratische Dualismus zwischen dem eher sozialpolitisch orientierten Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) und der eher heimatpolitisch fokussierten Dachorganisation der Landsmannschaften, dem Verband der Landsmannschaften (VdL). Dabei ging es immer auch darum, ob CDU/CSU, BHE oder SPD in den Verbänden das Sagen haben würden. Diese bundesdeutsche Demokratie, vergessen wir das nicht, war zuvor erst eine Parteiendemokratie.

Werfen wir deshalb zunächst einen Blick auf die Rolle der Vertriebenen in den großen demokratischen (Volks-)Parteien. Im Rahmen eines komprimierten Vortrags kann das natürlich nur ein Blick aus der bundespolitischen Adlerperspektive sein, vor allem auf die großen Landsmannschaften und die Spitzenverbände der Vertriebenen gerichtet. Was sehen wir da in den Gründerjahren der zweiten deutschen Demokratie? Zunächst fällt sofort auf, dass wir besonders viel sehen in CDU und CSU, die ja auch die führenden



Frühes Bekenntnis zur Heimat und zur Demokratie: Vertreter der unlängst zuvor gegründeten ostdeutschen Landsmannschaften verkünden 1950 auf einer Kundgebung vor dem Neuen Schloss in Stuttgart anlässlich der Bundestagung der vertriebenen Deutschen den Verzicht auf Rache und Gewalt
Foto: Ullstein

Eine tragende Säule der deutschen Demokratie

Im Herbst 1948 wurde die Landsmannschaft Ostpreußen gegründet. Zusammen mit den anderen Verbänden der Heimatvertriebenen agierte sie stets als konstruktive politische Kraft. Eine Würdigung

Staatsgründungsparteien dieser Bundesrepublik waren.

Vertriebene in den Parteien

Wir sehen etwa bei den Schlesiern den Volkswirt Walter Rinke aus Kattowitz, nach der Vertreibung Anfang der 1950er Jahre längere Zeit erster Vorsitzender der Landsmannschaft. Rinke kam aus der katholischen Zentrumstradition und ging in seiner neuen bayerischen Heimat dann logischerweise zur CSU. Bei den Sudetendeutschen galt Ähnliches etwa für einen Hans Schütz, im Bundestag für das Allgäu ab 1949. Bei den Ostpreußen ist natürlich Ottomar Schreiber zu nennen, der erste Sprecher der Landsmannschaft. „Unter den Mauern der Marienburg geboren“ war Schreiber später ins Memelland gegangen und hatte dort der Volkspartei angehört. Die stand politisch-programmatisch der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) Gustav Stresemanns im Reich nahe. Schreiber wird nach dem Krieg, 1950, Staatssekretär im CDUgeführten Bundesvertriebenenministerium.

Wichtig auch der Deutsch-Balte Georg Baron von Manteuffel-Szoegge, 1950 bis 1953 Präsident des Hauptamtes für Soforthilfe (Lastenausgleich), dann für die CSU im Bundestag. Ab 1954 stand Manteuffel auch dem Verband der Landsmannschaften vor. In dieser Funktion war der Protestant der große Gegenspieler eines CDU-Kollegen in der gemeinsamen Bundestagsfraktion, des knorrigen – katholischen – Ostpreußen Linus Kather. Der Erländer, CDU-Bundestagsabgeordneter ab 1949, führte seit dieser Zeit auch den Zentralverband der vertriebenen Deutschen.

Kather und Manteuffel hatten nicht nur ein anderes Gesangbuch, sie waren sich auch sonst oft spinnefeind. Trotzdem haben die beiden, zusammen mit anderen CDU/CSU-Politikern der ersten Stunde von Rinke bis Schütz, ein gemeinsames großes Verdienst: Sie haben durch ihr Engagement in den Regierungsparteien als Repräsentanten der organisierten Vertriebenen ein Zeichen gesetzt, ein Zeichen in die Reihen ihrer vielen Millionen Mitglieder hinein: Diese zweite deutsche Demokratie ist auch unsere Republik, und es lohnt sich, in ihr an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ganz so wie es das Grundgesetz nach den Erfahrungen der sprichwörtlichen Weimarer „Parteienprüderie“ als Aufgabe der Parteien ausdrücklich beschrieben hatte.

Engagement in CDU/CSU

Es lohnt sich – obwohl beim wichtigsten sozialpolitischen Projekt der jungen Bundesrepublik, beim Lastenausgleich, längst nicht alle Wünsche der Heimatvertriebenen in Erfüllung gingen. Es lohnt sich, weil Kather dem Bundeskanzler immerhin in zwölfter Stunde bei den Entscheidungen des Bundestages zum Ausgleichsgesetz im Mai 1952 noch einen zusätzlichen Milliardenbetrag hatte abringen können.

Das war umso höher einzuschätzen, als es sich bei den Vertriebenen eben nun einmal nur um eine Minderheit der Bevölkerung handelte. Eine Minderheit, 20 Prozent höchstens, die sich definitiv auch nicht mehr wesentlich vergrößern konnte, obwohl es in der Demokratie eigentlich zu den Grundprinzipien gehört, dass die Minderheiten von heute die Mehrheiten

von morgen sein können – und umgekehrt.

Ein Soziologe hat die konstruktive Haltung der Vertriebenen in einem frühen Standardwerk zur Integration einmal sehr gewürdigt: als eine „sittliche Leistung sozialer Selbstbeherrschung“. Trotz aller Entwurzelung, die mit dem Schicksal der Vertreibung verbunden war, hätten Ostpreußen oder Sudetendeutsche nicht „den Desperado als Führertyp ... aufkommen“ lassen. Bei der Auswahl der politischen Führung habe es vielmehr einen „konservativen Zug“ gegeben.

Aber welche Rolle spielten die Vertriebenen damals eigentlich in der wichtigsten Oppositionspartei im Bund, in der SPD? Die frühe Sozialdemokratie verfügte durchaus über prägende ostdeutsche Gestalten, man denke nur daran, dass sogar ihr erster Nachkriegsvorsitzender, Kurt Schumacher, ein Westpreuße aus Kulm an der Weichsel war, oder an den ersten Bundestagspräsidenten Paul Löbe aus dem schlesischen Liegnitz, oder an den ebenfalls schlesischen evangelischen Pfarrer Heinrich Albertz, Flüchtlings- und Sozialminister in Niedersachsen.

Trotz Schumacher hatte die SPD-Führung allerdings im Verhältnis zu den Ostdeutschen gleich anfangs schwere Fehler gemacht. Sie hatte erstens noch zu Besatzungszeiten vor 1949 nicht dafür stimmen wollen, das Vereinigungsverbot gegen die Vertriebenen aufzuheben – was die CDU ausdrücklich und clevererweise gefordert hatte. Und danach hatte die SPD, zweitens, hin- und hergeschwankt, ob man die eigenen Genossen zum Beitritt in die entstehenden Vertriebenenorganisationen auffordern sollte oder

nicht. Manche SPD-Parteibeirke hatten sogar ausdrücklich empfohlen, nicht einzutreten. Das folgende Nein der SPD zu eigenen Flüchtlingsstimmkreisen bei der ersten Bundestagswahl machte die Sache nicht besser.

Fehler der SPD

Erst Mitte der 1950er Jahre sind die Karten wieder neu gemischt worden. Der Niedergang der Vertriebenenpartei BHE ließ damals ein Vakuum entstehen, das politisch gefüllt werden wollte. Dafür stehen vor allem die Namen des ostpreußischen SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs, Vorsitzender des Vertriebenenausschusses beim SPD-Parteivorstand, und natürlich von Wenzel Jaksch, des tapferen Böhmen und führenden Kopfs der sudetendeutsch-sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde. Mit Jaksch und Rehs schoben sich SPD-Politiker nach vorne, die auch selbst in den Vertriebenenverbänden und ab 1958 im neuen Bund der Vertriebenen (BdV) aktiv waren und dort Funktionen übernahmen. Ausgerechnet in den schwierigen 1960er Jahren wurden Jaksch und Rehs sogar zu BdV-Präsidenten gewählt – nachdem der Gründungspräsident von der CDU gekommen war.

Dem Ringen zwischen SPD- und CDU-nahen Kräften im BdV war in den 50er Jahren eine lange Phase vorausgegangen, in welcher der Hauptgegner der Unionspolitiker noch ein ganz anderer war, nämlich der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Der war 1950 maßgeblich vom Ostpreußen Alfred Gille, bald darauf auch Sprecher der LO, und von dem Posener Waldemar Kraft

aus der Taufe gehoben worden. Der BHE wurde auch deshalb gegründet, weil die gewaltigen sozialen Probleme der Vertriebenenintegration von den bestehenden Parteien nicht schnell genug gelöst worden waren, sei es die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot oder das Thema Lastenausgleich.

Der BHE hatte nur von Anfang an ein Grundgebrechen: Er kam an das kirchlich-katholische Drittel der Heimatvertriebenen nur schwer heran. Dort hatten sich die meisten bereits in der CDU oder der CSU engagiert, nachdem eigene Vertriebenenparteien bis 1949 verboten gewesen waren. Der BHE entwickelte sich deshalb notgedrungen in den meisten Regionen zu einer sehr stark protestantischen Partei. Und nicht zuletzt wegen seines katholischen Defizits ging der BHE außerdem bald dazu über, einheimisch-westdeutsches Wählerklientel anzusprechen: die qua Entnazifizierung „Entrechteten“, wie es hieß, und die von Fliegerbomben im Krieg Geschädigten. Dieser Kurs führte aber unweigerlich dazu, dass das Profil des BHE allzu früh ausfranzte, weil er Vertriebeneninteressen teilweise nicht mehr eindeutig genug vertreten konnte.

In der Zeit vorher, nach dem Einzug des BHE in den Bundestag 1953, hatten lange erst einmal fast alle Landesvorsitzenden von Kathers „Zentralverband“, aber auch die Sprecher der „Oder-Neiße-Landsmannschaften“ (Ostpreußen, Pommern, Schlesien) dem BHE angehört. Das war in einer Phase, als das konkrete Agieren dieses BHE innerhalb des parlamentarischen Systems für die Stabilität der bundesdeutschen Demokratie besonders wichtig wurde. Gerade in den Bundesländern, die sehr viele Vertriebene aufgenommen hatten, konnte der BHE in den ganzen 50er Jahren, und teilweise noch darüber hinaus, das Zünglein an der Waage spielen.

Eines der prominentesten BHE-Mitglieder war der besagte Waldemar Kraft, 1950 bis 1953 Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, dann Bundesminister für besondere Aufgaben, etwa Wasserversorgung und -energie – deshalb übrigens gerne als „Wasserkraft-Minister“ verspottet. Ebendieser Kraft spielte bei der Kompromissfindung zwischen Bundesrat und Bundestag zum Lastenausgleichsgesetz im Sommer 1952 eine konstruktive Rolle. Trotz vieler Vorbehalte gegenüber dem letztlich halbherzigen Projekt hat Kraft sich ihm nicht frontal in den Weg gestellt. Sein realpolitisches Kalkül war es, dass bei den „gegenwärtigen Machtverhältnissen im Bundestag“ ein besseres Gesetz derzeit einfach keine Chance haben würde. Es war ein Akt demokratischer Reife.

Statt sich zu verweigern, wenn die eigenen Ziele nicht hundertprozentig durchsetzbar waren, ging der BHE auch in den Ländern Kompromisse und Koalitionen ein – sowohl mit CDU und CSU wie mit der SPD. Das war für die Bildung parlamentarischer Mehrheiten oft außerordentlich hilfreich. Und es prägte die politische Kultur mehrerer Bundesländer auf lange Zeit. In Hessen verhalf der BHE 1954 bis 1966 der SPD zur Regierungsmehrheit, in Bayern zunächst zwar auch der SPD in einer sogenannten Viererkoalition, dann aber von 1957 bis 1962 der CSU. Und als die Vertriebenenpartei in den 60er Jahren allmählich zerfiel, da dockten ihre politischen Repräsentanten in Bayern meist auch gleich bei der CSU an – man denke nur an den späteren Sudetensprecher Walter Becher. In Hessen gingen viele zur dort bereits vorherrschenden SPD, etwa der zeitweilige BHE-Vorsitzende Frank Seiboth, der ab 1967 dann für etliche Jahre Agrarstaatssekretär in Wiesbaden war.

Integration von Ex-Parteigenossen

Der BHE war aber nicht nur wegen seines Koalitionsverhaltens wichtig für die Stabilität der bundesdeutschen Demokratie, er war es auch noch aus einem anderen Grund. Der ist allerdings sehr viel ambiva-

lenter. Ich meine den BHE in seiner Funktion als Resozialisierungsagentur ehemaliger Parteigenossen der NSDAP. Wer vom BHE redet, kann über die nationalsozialistischen Biographieanteile vieler führender BHE-Politiker, die oft gleichzeitig in Vertriebenenverbänden Ämter und Würden hatten, in der Tat nicht schweigen. Der erwähnte Seiboth etwa, lange Jahre auch Landesobmann bei den Sudetendeutschen, war im „Dritten Reich“ einige Jahre Gauschulungsleiter im Sudentengebiet gewesen. Und Kraft hatte von 1940 an mehrere Jahre lang als Geschäftsführer der „Reichsgesellschaft für Landbewirtschaftung in den eingegliederten Ostgebieten mbH“ („Reichsland“) in Berlin gewirkt, zuständig auch für die Enteignung polnischen Grundbesitzes.

Der BHE war sogar seinem eigenen Selbstverständnis nach eine Partei, wie es hieß, „auch der ehemaligen Nazis“ – der „ehemaligen“ nota bene. Gleichzeitig lehnte es der BHE aber ausdrücklich ab, eine Partei derjenigen zu sein, „die heute noch Nazis sind“. Dennoch: Aus der Rückschau wirkt es sicherlich verstörend, wenn Personen ein politisches Mandat in der Bundesrepublik begleiteten, die vordem ziemlich exponierte NS-Akteure gewesen waren. Andererseits kann man sich fragen, was es für den demokratischen Neuaufbau bedeutet hätte, wenn man das Millionenheer der Mitläufer und der zumindest nicht schwerer, durch Beteiligung an Gewaltverbrechen Belasteten komplett ausgegrenzt hätte. In welche definitiv rechtsradikalen Parteien wären die Ausgegrenzten sonst wohl massenweise abgewandert? Oder hätte man etwa Millionen Menschen womöglich über Jahrzehnte das Wahlrecht vorenthalten sollen?

Die Frage war letztlich immer nur, bei welchem Grad an individueller Belastung genau eine Grenze gezogen werden musste. Da hat es angesichts der Vielzahl der Fälle leider auch schwere Fehler gegeben. Aber die Grenzziehung war eben in vielen, vielen Einzelfällen auch außerordentlich mühsam. Biographien in einer Diktatur lassen sich oft nicht leicht auf einen Nenner bringen. Und es war ein Segen für die junge deutsche Demokratie, dass der glasklare Nazi-Gegner und erste Bundeskanzler Konrad Adenauer das noch wusste.

Schädlicher Verbandsdualismus

Adenauer hat allerdings auch einmal beklagt, dass es bei den Vertriebenen bis 1958/59, als endlich der BdV gegründet wurde, nicht die eine Telefonnummer gab, mit der man alles regeln konnte. Vielleicht zu Recht. Denn im Grunde haben sich die Ostvertriebenen mit ihrem zehnjährigen Verbandsdualismus in den Gründerjahren der Republik am meisten selbst geschadet. Gerade in den Jahren entscheidender Novellierungen des Lastenausgleichs zwischen 1952 und 1957 waren wegen des Richtungsstreits zwischen ZvD und VdL die politischen Voraussetzungen nicht so beschaffen, dass die Vertriebenen hinreichend großen Druck im Kessel der Demokratie hätten erzeugen können.

Sozialpolitisch gesehen kann man also sagen, dass die Vertriebenen vielleicht eher unbeabsichtigt zur Stabilität der bundesdeutschen Demokratie beigetragen beziehungsweise den Staatshaushalt nicht stärker beansprucht haben. In der Außen- und Europapolitik sehe ich dagegen einen sehr bewussten und aktiven Beitrag. Erwähnt sei nur, wie die Vertriebenenverbände trotz mancher Bedenken letztlich Adenauers Kurs der Westbindung, der EWG- und der NATO-Politik, mitgetragen haben, Mitte der 50er Jahre, als das weiter links bei Gewerkschaften oder der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) noch keineswegs so selbstverständlich war. Hilfreich waren dabei die ebenso tief-sitzenden wie vernünftigen antikommunistischen Grundüberzeugungen der Vertriebenen nach den Erfahrungen mit der Roten Armee 1945/46. Hilfreich war auch die Idee des christlich-europäischen Abendlandes, von besonders schlaun-



Sprach während der Ostpreußischen Landesvertretung am 12. November in Wuppertal über die Leistungen der Vertriebenen: Der Historiker Manfred Kittel Foto: PAZ

„Intellektuellen“ heute gerne mal verspottet. Hilfreich war vor allem aber auch die politische Vaterfigur des charismatischen Adenauer, der infolge eines Autounfalls im Jahre 1917 in etwa so aussah, wie man sich einen alten Indianerhäuptling vorstellte.

Die Vertriebenen hatten außerdem bereits sehr früh, 1950, in der Stuttgarter Charta ihr vielleicht wichtigstes politisches Bekenntnis überhaupt abgelegt. Sie versprachen nicht mehr und nicht weniger, als selbst bei der Durchsetzung ihres wichtigsten politischen Ziels, der Rückkehr in die Heimat, nie und nimmer Gewalt anwenden zu wollen: ein urdemokratisches Bekenntnis zum friedlichen Konfliktaustrag! Und eben alles andere als selbstverständlich, wenn man weiß, wie bis dahin noch nach jedem Krieg der Verlierer auf Rache und Vergeltung gesetzt hatte. Bereits in den frühen 1960er Jahren kamen außerdem ähnlich zukunftsweisende Erklärungen hinzu, etwa die der Ostdeutschen Landesvertretungen vom 22. März 1964. Hier wurde den polnischen Neusiedlern in den Oder-Neiße-Gebieten – bereits 1964 – die „Freiheit“ zugesichert, „im Lande zu bleiben“, auch für den Fall der Rückkehr von Ostdeutschen in die alte Heimat. Das heißt: auf keinen Fall neue Vertreibungen. Und war nicht genau das der entscheidende Punkt?

Charta der Heimatvertriebenen

Ich habe auch deshalb nie so ganz die Aufregung verstanden, die manchmal bis heute in Debatten um die Geschichte der Ostverträge Anfang der 1970er Jahre zu spüren ist. Das Prinzip des Gewaltverzichts, in den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag schließlich bekräftigt, stand doch auch für die Vertriebenenverbände längst völlig außer Zweifel. Etwas anderes war allerdings die Frage der förmlichen Anerkennung der Grenzen, der 1945 gewaltsam veränderten Grenzen. Wie konnte eine Wiederherstellung des alten Rechtszustandes mit friedlichen Mitteln erfolgen, selbst langfristig und nach dem erfolgten Fall des Kommunismus? Hätte es dazu nicht mindestens der massiven Unterstützung seitens der westlichen Verbündeten bedurft? Die gab es aber nicht, weil man von Washington bis Paris in der Oder-Neiße-Grenze weithin den Preis sah, den Deutschland für Adolf Hitlers Krieg zu zahlen habe.

Wie immer man die Ostverträge heute auch einordnen mag, es war bestimmt nicht „undemokratisch“, sie in der allzu hastig ausgehandelten Form abzulehnen, in der sie 1972 auf dem Tisch lagen. Schon wegen der unzureichenden Gegenleistungen für die in der Heimat Verbliebenen. Hätte die Meinungsfreiheit des Grundgesetzes bei den Ostverträgen etwa aufhören, Opposition illegitim sein sollen? Nein,

spätestens die Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben doch auch noch einmal dem letzten Kritiker demonstriert, auf welch festem völkerrechtlichen Boden BdV und Landsmannschaften mindestens mit einem Teil ihrer Kritik standen. Dazu kommt noch ein – wenn man so will – emotionaler Gesichtspunkt. Vielleicht hat ihn niemand so gut auf den Punkt gebracht – und das mag manchen überraschen – wie die ostpreußische „Zeit“-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff im September 1964: Man könne sich mit dem Verlust abfinden, ein Leben lang trauern, ohne auch nur einen Stein aufzuheben „gegen den, der die Heimat raubte“, so die Gräfin. Abfinden also ja, aber: Man dürfe den Vertriebenen dann nicht auch noch zumuten, diesen Verzicht auszusprechen. „Das wäre so“, ich zitiere Dönhoff, „als verlangte man von ihnen, ihre Toten zu verraten.“

So gesehen blieb der Protest der Vertriebenen gegen die neue Ostpolitik mit ein paar mittelgroßen Demonstrationen auf dem Bonner Marktplatz und einem kämpferischen Franz Josef Strauß als Redner doch mehr als gemäßigt. Bereits in den sozialpolitischen Konflikten der 1950er Jahre waren ihre Verbände nicht den Sirenenklängen des von Ost-Berlin aus gesteuerten Westdeutschen Flüchtlingskongresses gefolgt. Jetzt, in den nationalpolitischen Debatten der 70er Jahre, blieben sie weiterhin fest im demokratischen Parteienspektrum verankert. Gewiss, in zunehmender Distanz zur SPD, aber dafür in immer größerer Nähe zu den Unionsparteien. Zur NPD verirrt sich eigentlich vor allem nur ein einstmals sehr Prominenter: der in die Jahre gekommene Kather. Der hoffte 1969 vergeblich, auf diesem Wege vielleicht noch einmal Alterspräsident des Deutschen Bundestages werden zu können.

Beiträge zur Völkerverständigung

Mit den Ostverträgen hatte nicht nur die Bonner Demokratie ihren bis dahin schwersten Härtestest bestanden, sondern auch die Vertriebenenverbände. Und die Landsmannschaft Ostpreußen hatte daran in den Jahren von Rehs bis Ottfried Hennig einen maßgeblichen Anteil. Auch in der neuen Bundesrepublik, nach der Vereinigung mit den Ländern im historischen Mitteldeutschland 1990, sollte sich daran nichts ändern. Gewiss, manche hatten Mühe, sich mit den Zwei-plus-Vier-Verträgen und dem deutsch-polnischen Grenzvertrag 1990 abzufinden. Aber auch unter denen haben doch viele Tausende Jahr für Jahr die Chancen genutzt, die uns der Sieg über den Kommunismus in Europa geschenkt hat.

In Strömen sind sie über Oder, Neiße und Böhmerwald gereist und haben in

tagtäglichen zwischenmenschlichen Kontakten mehr für die Völkerverständigung getan als manch einer, der in westdeutschen Sonntagsreden fast nur über besondere Nazi-Schuld im Osten geredet, aber seinen Urlaub weiterhin am liebsten in der Toskana verbracht hat. Um es klar zu sagen: Es ist auch ein Verdienst dieser ausdauernden verständigungspolitischen Arbeit an den Graswurzeln, wenn heute die demokratische politische Vernunft in den westlichen Teilen Polens, in den früheren Vertreibungsgebieten, signifikant höher ist als in östlicheren Regionen. Es ist ein Verdienst der vielen Heimatkreise und Landesgruppen der Landsmannschaften oder von Häusern wie dem Ostpreußischen Kulturzentrum in Ellingen mit ihren vielfältigsten partnerschaftlichen Aktivitäten bis hin zur Unterstützung von Kinder- und Altenheimen in der Wurzelheimat.

Aber noch aus einem weiteren, für mich zentralen Grund waren und sind die Landsmannschaften für die Stabilität der deutschen Demokratie so wichtig: Demokratie ist ja mit die anspruchsvollste Regierungsform, die man sich überhaupt vorstellen kann. Mehr als alle anderen hängt sie davon ab, dass die Bürger sich positiv mit ihr identifizieren und dass es in ihren Staatsnationen auch eine verbindende kulturelle Identität gibt.

Dazu gehört in der Bundesrepublik von Anfang an, dass wir uns als bewussten Gegenentwurf zur gottlosen Nazi-Diktatur verstanden haben – inklusive einer entsprechenden Erinnerungskultur. Dazu gehört allerdings genauso, was Golo Mann schon vor Langem in seiner „Deutschen Geschichte des XIX. und XX. Jahrhunderts“ unterstrichen hat. Ich zitiere ihn: Die deutsche Nation wird gerade nach der durchlebten Kette von Katastrophen „ohne ein gesundes Maß von Heimatliebe und Nationalbewusstsein auf die Dauer nicht auskommen“.

Wahrer der kulturellen Identität

Ihr dieses Maß wiederzugeben, hat schon immer zu den wichtigsten Zielen der Vertriebenenverbände gehört. Nicht zuletzt indem sie immer wieder daran erinnern, wie viel in sieben, acht Jahrhunderten deutscher Geschichte im östlichen Europa vor 1933 wirtschaftlich und kulturell auch positiv geleistet worden ist. Für diese Geschichte müssen wir uns wahrlich nicht schämen. Auch sie ist Teil der historischen Identität unserer deutschen Demokratie. Und übrigens gehört das Thema natürlich dann auch zu dem, was der Ampel-Koalitionsvertrag in seiner Poesie als „Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft“ bezeichnet. Nur: Kann man, wenn man das ernst meint, gleichzeitig die Fördermittel nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz noch weiter kürzen?

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viel die Landsmannschaften seit nunmehr 75 Jahren zur Stabilität unserer bundesdeutschen Demokratie beitragen, dann kann man für die Zukunft eigentlich nur eines wünschen. Und diesen Wunsch möchte ich abschließend gerne an die Landsmannschaft Ostpreußen richten: Bleiben Sie – auch in der zweiten und dritten Bekenntnisgeneration – so wie sie sind, lassen Sie sich das Denken auch weiterhin nicht von „woken“ Pseudo-Eliten abnehmen, die uns mit Hilfe bestimmter Medien vorschreiben wollen, wie wir zu schreiben und zu reden, was wir zu denken oder wie wir der Vertreibung zu gedenken haben. Bleiben Sie stattdessen bitte beides: Säule der deutschen Demokratie und Lordsiegelbewahrer der kulturellen Identität unseres Landes.

● Prof. Dr. Manfred Kittel ist Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Der Text ist die leicht bearbeitete Rede zum Gedenakt anlässlich des 75. Jahrestags der Landsmannschaft Ostpreußen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer glaubt, dass der von mancherlei linksgrünen Wirrköpfen hierzulande verbreitete Unsinn der Gipfel weltfremder Dummheit ist, der sollte seinen Blick auf die Vereinigten Staaten von Amerika richten, also das Mutterland und Epizentrum des sogenannten Wokismus. Diese hysterisch übersteigerte, weil in der Regel vollkommen tatsachenblinde Sucht, ohne Rücksicht auf Verluste oder den gesunden Menschenverstand immer und überall nach angeblicher Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit von Diskriminierung jeglicher Art zu streben, entstand in den USA. Und dort hat sich der Wokismus inzwischen auch zu einem regelrechten Krebsgeschwür entwickelt, das den Staatsapparat, die Wirtschaft und die Wissenschaftsszene von innen heraus zerfrisst. Dazu einige typische Beispiele.

Obwohl auf allen Ebenen Geld fehlt und die öffentliche Verschuldung aktuell bereits bei über 33 Billionen Dollar liegt, werden ständig wachsende Summen für bizarre Projekte vergeudet, deren praktischer Nutzen gegen Null geht. Das gilt etwa für das 400-Millionen-Dollar-Programm des Außenministeriums zur „Förderung inklusiver, verantwortungsvoller, digitaler Technologieentwicklung für Frauen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer- und Intersex-Gemeinschaften sowie andere Randgruppen“ – aber nicht in Amerika, sondern in Afrika. Ebenso vergeudet ist die Milliarde, welche Präsident Joe Bidens Verkehrsminister Peter Buttigieg ausgeben will, um die vermeintlich rassistischen Stadtplanungen der Vergangenheit zu korrigieren und den Rassismus, der in die US-Autostraßen „physisch eingebaut“ sei, aus der Welt zu schaffen.

Falsch „Äähmm ...“ gesagt? Raus!

Gleichermaßen auf der woken Welle schwimmen viele demokratische Bundesstaaten und Städte. So sponsert Hawaii das ebenso dubiose wie inhaltsleere „Küstenlinien-Gerechtigkeitsprogramm“ mit 2,5 Millionen Dollar. Und die Stadt New York stellt fünf Millionen für das Universal-Hip-Hop-Museum zur Verfügung, das dem von Schwarzen begründeten Musikstil ein Denkmal setzen soll – allerdings ist das bereits die dritte Einrichtung dieser Art in der Metropole am Hudson River.

Ein ähnlicher Geist regiert in großen Unternehmen wie Amazon und Google. Die beiden bezuschussen die Transgender-Behandlungen ihrer Mitarbeiter inzwischen mit erheblichen Summen. Des Weiteren erlauben Fluglinien wie Virgin Atlantic männlichen Mitarbeitern jetzt, im Dienst einen Rock zu tragen, wenn sie dies wollen. Ebenfalls äußerst woke zeigte sich die New Yorker Signature Bank, welche unter anderem die Verwendung bizar-



Studieren im Hort des „Wokismus“: Hochschüler der University of Southern California

Foto: imago/USA TODAY Network

VEREINIGTE STAATEN

Im Mutterland des woken Irrsinns

Ob Gesellschaft, Politik, Medien, Schulen oder Kultur- und Wissenschaftsbetrieb: Die linke Ideologie des „Wokismus“ hat sich wie ein Krebsgeschwür durch die gesamten USA gefressen

rer „geschlechtsneutraler“ Pronomen während der Arbeit forcierte.

Die größten Auswüchse des Wokismus findet man im Wissenschaftsbetrieb der Vereinigten Staaten, wo schon seit Längerem ein Meinungsklima herrscht, in dem Konservative kaum noch zu Wort kommen und eine nachgerade militante Intoleranz herrscht. So musste kürzlich ein chinesischstämmiger Professor an der Marshall School of Business der renommierten privaten University of Southern California seinen Hut nehmen, weil er die chinesische Form des „Äähmm“ verwendet hatte, die wie „Naaa ... geeee ...“ klingt, woraufhin man ihn der Verächtlichmachung von Schwarzen bezichtigte.

Angesichts dieser Zustände kann kaum verwundern, dass der Anteil konservativer Professoren in den Politikwissenschaften inzwischen bei zwei Prozent liegt, während diese Quote bei Philosophie- und Geschichtswissenschaften nicht mehr als vier und sieben Prozent

erreicht. Daher können sich die Wokisten inzwischen fast ungehindert austoben und in den angesehensten Fachzeitschriften Artikel mit Titeln wie „Zehn einfache Regeln für den Aufbau eines antirassistischen Labors“ publizieren. Oder im altherwürdigen „New England Journal of Medicine“ die Forderung vorbringen, das Geschlecht auf den Geburtsurkunden der Amerikaner wegzulassen, da diese Angabe „keinen klinischen Nutzen“ biete.

Uferlose Absurditäten

Selbst eine scheinbar so politikferne Disziplin wie die Ornithologie sieht sich heutzutage veranlasst, „Voreingenommenheit in der Wissenschaft zu beseitigen“, so Judith Scarl, die Geschäftsführerin der American Ornithological Society (AOS). Deshalb sollen 80 Vogelspezies künftig anders heißen, weil sie nach Sklavenhaltern oder Kolonialisten getauft wurden. Also trillert der kleine Singvogel McCown's Longspur demnächst nicht

mehr unter dem Namen eines angeblich rassistischen Generals der Südstaatenarmee, sondern als „politisch korrekter“ Thick-billed Longspur.

Allerdings riefen solche Auswüchse nun doch einige Kritiker auf den Plan. Zu diesen zählen die drei Geisteswissenschaftler Helen Pluckrose, James Lindsay und Peter Boghossian. Sie schrieben 20 absichtlich absurde Artikel mit stramm wokenem Vokabular und reichten sie bei angesehenen Fachjournalen ein. Davon wurden immerhin sieben angenommen und nur sechs aus inhaltlichen Gründen komplett abgelehnt. Beispielsweise druckte die Zeitschrift „Gender, Place, and Culture“ den Aufsatz „Menschliche Reaktionen auf die Vergewaltigungskultur und Queere Performativität in städtischen Hundeparks in Portland, Oregon“.

In einem weiteren publizierten Text wurde gegen die „Abendländische Astronomie“ polemisiert und verlangt, andere Mittel zu nutzen, um „alternatives Wis-

sen über die Sterne zu erlangen“. Dazu gehörten „interpretative Tänze“ zum Nachvollziehen der Bewegung der Himmelskörper und die „moderne feministische Analyse mythologischer Narrative der Sterne“.

Den Vogel schossen die Drei indes mit einer längeren Passage aus Hitlers „Mein Kampf“ ab, welche sie in die verquaste Fachsprache der Frauen- und Genderforschung „übersetzten“. Hier sahen die Herausgeber ebenfalls keinen Grund, das Elabrat im Zuge der üblichen wissenschaftlichen „Qualitätskontrolle“ zurückzuweisen.

Manchmal braucht es aber auch gar keinen solchen Spiegel zum Vorhalten, um am Ende der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen und die eine oder andere woke Illusion zum Platzen zu bringen. So obsiegte die Realität im Falle der Signature Bank: Diese wurde im März wegen ihres Finanzgebarens von den Regulierungsbehörden geschlossen.

GROSSBRITANNIEN

Kinderschützer auf privater Pädophilenjagd

Sie lassen pro Jahr rund 1500 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch auffliegen – Britische Polizei äußert sich reserviert

Sie heißen „Fleetwood Enforcers“, „Guardian Angels“, „Stop Stings“, „Children's Voices“, „Groom Resisters Scotland“, „Soul Survivors“ oder „Trap Group“ und haben allesamt nur ein Ziel: Pädophile zu stellen und hinter Gitter zu bringen. Hinter den Namen verbergen sich private Kinderschutzgruppen in Großbritannien, welche aktiv geworden sind, weil der chronisch überlasteten und unterfinanzierten Polizei oftmals die Möglichkeiten oder der Wille zur Verfolgung der Kriminellen fehlen.

Dabei zeigen Untersuchungen wie die des Internet Watch Forum (IWF), dass sich die Zahl der online gestellten Fotos

und Videos von zu sexuellen Handlungen genötigten Kindern in den vergangenen drei Jahren mehr als verzehnfacht hat. Dennoch kritisiert die Polizei die Kinderschützer. So äußerte der stellvertretende Polizeipräsident von Bedfordshire, Dan Vajzovic, gegenüber der BBC: „Insgesamt ist die Aktivität dieser Gruppen nicht positiv.“ Das begründete er unter anderem damit, dass die privaten Initiativen Polizeiresourcen beanspruchten, die man für die Verfolgung „wichtigerer Straftaten“ benötige.

Allerdings hat der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs 2020 ein richtungweisendes Urteil gefällt, demzu-

folge das Vorgehen der Pädophilenjäger rechtmäßig sei und die von diesen gesammelten Beweise in Strafprozessen verwendet werden dürften, denn der Schutz von Kindern habe Vorrang vor den Interessen von Kriminellen. Als Kläger trat damals ein gewisser Mark Sutherland auf, der den „Groom Resisters Scotland“ in die Falle gegangen war und nicht ins Gefängnis wollte.

Zu den spektakulärsten Erfolgen der britischen Kinderschützer zählt die Bloßstellung des prominenten „Drag-Künstlers“ und Organisators von zahlreichen LGBTQ-Veranstaltungen, Andrew Way alias Miss Gin. Dieser hatte sexuali-

sierte Nachrichten an eine Person geschickt, die er für einen 14-jährigen Jungen hielt, war dabei aber an Aktivistinnen geraten, welche sein Treiben live auf Facebook zeigten. Way erhielt jetzt 34 Monate Haft.

Insgesamt stellen die Aktivisten pro Jahr um die 1500 Pädophile. 2023 wurden bislang aber nur rund 150 davon verhaftet und angeklagt. Das heißt, längst nicht alle Anzeigen führen auch zu einer strafrechtlichen Verfolgung, was ebenfalls an den begrenzten staatlichen Kapazitäten liegt. So vergeht stets sehr viel Zeit, bis die Verfahren eröffnet werden, weil die Sammlung der Beweise beziehungsweise die

Auswertung der von den Ermittlern gesicherten Daten auf den Rechnern und Mobiltelefonen der Verdächtigen bis zu drei Jahre dauert.

Außerdem gelingt es etlichen Beschuldigten, der Justiz zu entkommen, indem sie geltend machen, dass sie von den Pädophilenjägern physisch attackiert wurden oder infolge von deren Enthüllungen suizidgefährdet seien. Aus all diesen Gründen zeigt sich die Geschäftsführerin des IWF, Susie Hargreaves, wenig optimistisch, was die Zukunft der Bekämpfung der Pädophilie in Großbritannien betrifft: „Man kann den Geist nicht zurück in die Flasche drängen.“ W.K.



WUPPERTAL

Ostpreußen lebt auch in stürmischen Zeiten

Jahrestagung der Ostpreußischen Landesvertretung und Gedenkstunde zum 75. Jahrestag der Gründung der LO

VON RENÉ NEHRING

Vor mehr als 75 Jahren gründeten heimatverbundene Ostpreußen einen Interessenverband für die aus ihrer Heimat geflohenen und vertriebenen Landsleute – die Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Aus diesem Anlass verband die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) ihre diesjährige Tagung mit einer Gedenkstunde zur Würdigung der nunmehr ein Dreivierteljahrhundert währenden Arbeit für Ostpreußen.

Zunächst kamen die Delegierten am Sonnabend, dem 11. November, im Internationalen Evangelischen Tagungszentrum Wuppertal zu ihrer üblichen Arbeitssitzung zusammen. Zunächst überbrachte Heinrich Hoch, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Erm-land und Masuren, die Grüße der Landsleute aus dem südlichen Ostpreußen. Im Anschluss daran wurde der frühere LO-Landesvorsitzende von NRW, Dr. Dr. Ehrenfried Matthiak mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft geehrt.

Im folgenden Bericht des Sprechers Stephan Grigat blickte dieser auf ein durchwachsendes Jahr zurück. Durchwachsen deshalb, weil der Ukrainekrieg nach wie vor das Verhältnis zu Russland und somit auch zu den Gebietskörperschaften im nördlichen Ostpreußen belastet. Dagegen gab es einige sehr erfolgreich verlaufene Veranstaltungen im südlichen Ost-



Rückblick auf ein ereignisreiches Veranstaltungsjahr sowie auf 75 Jahre Verbandsarbeit für Ostpreußen und seine Menschen: LO-Sprecher Stephan Grigat Foto: PAZ

preußen, im Memelland und auch in der Bundesrepublik. Hier sind insbesondere das Sommerfest in Wuttrienen und die kulturhistorischen Seminare der Bundesgeschäftsstelle zu nennen. Im allgemeinen politischen Raum, so Grigat, sei insbesondere das Ergebnis der jüngsten Parlamentswahlen in Polen erfreulich, bei der die bisherige, offen deutschfeindliche Regierung unter der PiS-Partei abgewählt wurde. Weniger positiv ist die Entwicklung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ). „Leider“, so Grigat, „laufen die Ver-

besserung der inhaltlichen Qualität und die Auflage unserer Zeitung diametral einander entgegen.“ Hauptsächlicher Grund dafür sei das Ableben der alten Stammlerschaft und der digitale Wandel, der dem Medium Zeitung insgesamt Probleme bereite. Lobend äußerte sich der Sprecher wiederum über ein hochkarätig besetztes Seminar des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) zu den deutsch-polnischen Beziehungen wenige Tage zuvor in Münster.

Im Anschluss daran folgte der Bericht von PAZ-Chefredakteur René Nehring.

Dieser widmete sich vor allem dem Ausbau des Online-Angebots der Zeitung, das in den vergangenen Monaten einen Schwerpunkt der Redaktionsarbeit bildete. Mehr dazu in Kürze in dieser Zeitung.

Nach einer Aussprache dazu sowie zu den vorab verschickten Berichten der Geschäftsführung und der Bruderhilfe gab die frisch gewählte BJO-Vorsitzende Ingrun Renker Einblicke in die aktuelle Arbeit der jungen Ostpreußen. Neben dem Seminar in Münster konnten diese in den vergangenen zwölf Monaten unter anderem auch wieder das traditionelle Adventstreffen in Osterode sowie eine Sommerfahrt nach Ostpreußen durchführen.

Auf die anschließenden Berichte des Schatzmeisters Friedrich-Wilhelm Böld und des Prüfungsausschusses sowie die Beschlüsse über den Haushaltsplan der LO und den Wirtschaftsplan der PAZ für 2024 folgte der Bericht des neuen Vorstandsvorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS), Klaus Mika. Schwerpunkte darin waren unter anderem der Wechsel an der Spitze des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen und der Sachstand beim unter anderem Immanuel Kant gewidmeten Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg.

Gedenken an 75 Jahre LO

Am Sonntagvormittag stand dann die Gedenkstunde zum 75. Jahrestag der Landsmannschaft an. Diese wurde von einem Geistlichen Wort von Pfarrer Manfred

Schekahn eröffnet, der sich unter der Wochenlosung der Herrnhuter Brüdergemeine „Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Ma 5,9) den Kriegen unserer Zeit, vor allem in der Ukraine und m Nahen Osten, widmete.

Sprecher Grigat blickte dann zunächst auf die Anfänge der Landsmannschaft in der Nachkriegszeit zurück und betonte, dass der Anlass zur Gründung dieses Opferverbandes – der millionenfache Verlust der Heimat – bis heute fortbestehe. Zudem ging er noch einmal auf die Verwerfungen unserer Tage ein und erinnerte daran, dass jeder weitere Tag Krieg weitere Opfer verursacht und neues Unrecht schafft. Mit einem erneuten Blick auf die Wahl in Polen drückte Grigat seine Hoffnung aus, dass der anstehende Regierungswechsel in Warschau auch dazu führen werde, dass die zuletzt verfügte Reduzierung des muttersprachlichen Unterrichts für die deutsche Volksgruppe rückgängig gemacht werde.

In der anschließenden Festrede würdigte dann Professor Dr. Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung die jahrzehntelange Arbeit der Vertriebenenverbände und ihrer führenden Funktionsträger für die Stabilität der bundesdeutschen Demokratie (siehe hierzu auch die Seiten 10 und 11 dieser PAZ-Ausgabe).

Zu guter Letzt sangen die Anwesenden kraftvoll das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“.

TREUESPENDE FÜR OSTPREUSSEN

Wir geben Ostpreußen Zukunft



Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der *Preußischen Allgemeinen* und des *Ostpreußenblattes*,

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeauftrag und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2023 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Dies belegt die lange Liste der Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland

und in Ostpreußen. Beispielhaft seien das Seminar „Ostpreußen – Land – Geschichte – Kultur“ (21.–23. April), das Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ (15.–17. September) oder das Seminar „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (9.–15. Oktober) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näherzubringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird.

Am 24. Juni fand auf dem Freizeitgelände Bartbo in Wuttrienen bei Allenstein das Ostpreußische Sommerfest statt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Mit ca. 800 Besuchern, darunter auch viele Kinder, war die Beteiligung besser als erwartet. Das Konzept, auf eine durchgehende Frontalveranstaltung zu verzichten und stattdessen den Begegnungscharakter in den Vordergrund zu stellen, ist aufgegangen. Zahlreiche Chöre und Tanzgruppen der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen präsentierten ihr Können. Das Sommerfest stellt für sie eine einmalige Möglichkeit dar, ihre Kultur- und Jugendarbeit einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen. Der Auftritt beim Sommerfest ist Bestätigung und Ansporn zugleich, das heimatliche Kulturgut in seiner Ursprungsregion zu erhalten und Motiva-

tion, sich in den Deutschen Vereinen zu engagieren.

Auch das Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein hat eigene Veranstaltungen durchgeführt. Hierzu zählen die Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg (15.–16. April), das Frühlingssseminar für die mittlere Generation (5.–6. Mai), die Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Osterode (26.–28. Mai) sowie das Jugendtanzseminar in Heilsberg (3.–5. November). Vor dem Hintergrund der Benachteiligung der deutschen Volksgruppe durch die polnische PiS-Regierung ist es wichtig, die Deutschen Vereine bei ihrem Bemühen zu unterstützen, ihre Vereinsstrukturen zu stärken und Nachwuchs zu gewinnen.

Ein weiterer Höhepunkt der grenzüberschreitenden Aktivitäten neben dem Sommerfest war der 14. Kommunalpolitische Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein (7.–8. Oktober). Rund 60 Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, der Kreisgemeinschaften und der deutschen Volksgruppe waren zusammengekommen, um über ihre Situation zu berichten. Von offizieller Seite waren der Minderheitenbeauftragte der Woiwodschaft Leyk und der Vorsitzende der Kommission für ethnische und nationale Minderheiten beim Sejmik Sloma vertreten. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Lands-

mannschaft Ostpreußen trotz der schwierigen politischen Großwetterlage im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist. Angesichts der politischen Spannungen zwischen der EU und Polen ist es umso wichtiger, auf kommunaler Ebene einmal geknüpfte Kontakte zu pflegen und weiterzuentwickeln. Hierzu trägt die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende aktiv bei.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv hat in den letzten 12 Monaten an Umfang und Qualität zugenommen. Aktuell stehen 141.160 Bilder, 6243 Kartenwerke und 4365 Ausschnittpläne zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Die Besucherzahlen bewegen sich mit 845.000 Zugriffen deutlich über dem Niveau des Vorjahres (680.000 Zugriffe). Das EDV-System wird permanent weiterentwickelt und an neue Technologien angepasst. Private Interessenten und Institutionen, darunter auch polnische, russische und litauische Einrichtungen, suchen den Kontakt zum Bildarchiv, um Fragen zum Thema Ostpreußen zu klären. Neue Bilder erhält das Archiv vor allem aus privaten Nachlässen, aber auch öffentliche Einrichtungen wie das Herder-Institut in Marburg kooperieren mit dem Bildarchiv. Aktuell werden die in Marburg verwahrten ostpreußischen Senkrechtluftbilder der deutschen Luftaufklärung

aus dem Jahr 1944 in den Bestand des Bildarchivs integriert.

Zentrale Veranstaltung im Jahr 2024 ist das Ostpreußentreffen am 1. Juni in der Stadthalle Wolfsburg. Die Besucher erwarten ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03 BIC: COBADEFFXXX

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 30. November

Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November

Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Kowalewski, Helga, aus Lyck, am 28. November

Meyer, Dr. Günter, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Karpowski, Herbert, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. November

Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November

Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bohlmann, Reinhold, aus Seebriicken, Kreis Lyck, am 30. November

Vogel, Hildegard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bormüller, Irmgard, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November

Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 30. November

Langner, Erika, geb. **Kaehler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. November

Loppow, Hanieli, geb. **Lask**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November

Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November

Stuhr, Herta, geb. **Krantau**, aus Liebwalde, Kreis Mohrungen, am 27. November

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Will, Waltraud, geb. **Mischel**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 26. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gellert, Gerda, aus Neidenburg, am 29. November

Kropmeier, Helen, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November

Moselowski, Edeltraud, geb. **Senff**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. November

Rospunt, Gisela, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. November

Weber, Ursilore, geb. **Nemetz**, aus Adlig Lichtstädt, Meisterwalde, Kreis Danziger Höhe, am 26. November

Zaiss, Hildegard, geb. **Spirat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Babbel, Hilde, geb. **Gawer**, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 26. November

Bartsch, Regina, geb. **Lammers**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 26. November

Czerwinski, Oswald, aus Lyck, am 27. November

Genzik, Renate, geb. **Rudzio**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. November

Heine, Elfriede, geb. **Frommer**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 27. November

Marhenke, Helene, geb. **Drott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November

Menzel, Hedwig, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. November

Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abraham, Edith, geb. **Waskow**, aus Motitten, Kreis Mohrungen, am 26. November

Ellmer, Gerhard, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Gerke, Waltraud, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 27. November

Germer, Ursel, geb. **Czychon**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 28. November

Hauptmann, Marta, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. November

Johansson, Erika, geb. **Hahn**, aus Lyck, am 28. November

Kruppa, Benno, aus Borken, Kreis Treuburg, am 28. November

Liebschner, Edith, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 29. November

Pankewitz, Hans, aus Craam, Kreis Fischhausen, am 26. November

Penning, Erika, geb. **Gabka**, aus Treuburg, am 28. November

Schmidt, Renate, geb. **Füllhaas**, aus Treuburg, am 28. November

Schneider, Klaus, aus Ortelsburg, am 25. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blaurock, Heinz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Daniel, Reinhold, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. November

Fuchs, Edith, geb. **Nitschkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 24. November

Klos, Irmgard, geb. **Schönfeld**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. November

Lange, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Lankeit, Peter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 30. November

Nummert, Fritz, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 30. November

Olschewski, Elfriede, geb. **Mozarski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. November

Rutkowski, Fritz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. November

Solka, Jost, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. November

Steiner, Ursula, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arnholz, Elfriede, geb. **Fornacon**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 30. November

Bausch, Christa Elisabeth, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 26. November

Buchholz, Helga, geb. **Noch**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 28. November

Englert, Ingeborg-Marianne, geb. **Rogalla**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 26. November

Haaszio, Bernhard, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Krüger, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 24. November

Krummel, Gisela, geb. **Döhring**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 27. November

Leske, Christa, geb. **Duddek**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. November

Mauruschat, Hans, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Mrotzek, Gerhard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 25. November

Petruck, Hedwig, geb. **Czapiewski**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 28. November

Ruschenat, Rudi, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 30. November

Schinski, Annelore, geb. **Olias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 28. November

Schlitzkus, Manfred, aus Ortelsburg, am 26. November

Schoeneck, Heide, geb. **Schöne**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 26. November

Steinbacher, Fritz, aus Walddorf, Kreis Schloßberg, am 28. November

Zacharias, Willi, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 30. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Peter, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 24. November

Barden Fr. Burdinski, Karin, geb. **Guthsmuths**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 29. November

Buxa, Gerda, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 25. November

Jahnke, Ursula, geb. **Symanzik**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 27. November



Königsberger Kunstakademie – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2024“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Arthur Degner: Samländische Landschaft aus dem Jahr 1924, kostet 24,50,- Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Jung, Wolfgang, aus Lötzen, am 25. November

Krupka, Otto, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 29. November

Puchert, Roswitha, geb. **Härtel**, aus Parmehnen, Kreis Wehlau, am 25. November

Schimkat, Lilian-Heide, geb. **Lorenz**, aus Wehlau, am 30. November

Spieshöfer, Friedrich-Karl, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. November

Störmer, Arthur, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 28. November

Syperek, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. November

Stallmach, Konrad, aus Kielen, Kreis Lyck, am 26. November

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Irene, geb. **Loß**, aus Nasawen, Kreis Ebenrode, am 30. November

Gabriel, Ulrich, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 29. November

Jahn, Irmgard, geb. **Reisenauer**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 30. November

Losch, Werner, aus Parmehnen, Kreis Wehlau, am 29. November

Staar, Meinhard, aus Timberhafen, Piplin, Kreis Labiau, am 26. November



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Königsberger Kunstakademie, Sonntagsführung** mit Jan Rüttinger. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Königsberger Kunstakademie hundert Jahre das künstlerische Zentrum Ostpreußens. Vor allem die Landschaft und die Küste Ostpreußens war für die dortigen Lehrer und Schülerinnen und Schüler eine immerwährende Inspirationsquelle. In seiner Führung wird der Kurator Rüttinger wichtige Akademie-Lehrer und Schüler vorstellen und ihre Bedeutung für die Kunst in Ostpreußen aufzeigen. Damit eng verbunden sind Künstler wie Lovis Corinth, Ludwig Dettmann, Artur Degner und Ernst Mollenhauer.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Zusendungen für die Ausgabe 49/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 49/2023 (Erstverkaufstag 8. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 28. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Warm oppm Kopp

Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschaufel
Die fleecegefütterte Strickmütze kostet : 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

PRUSSIA Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 25. November, 10.30 Uhr Einlass, 11 Uhr Beginn, 16.30 Uhr Ende, Raum Düsseldorf, B & B Hotel Duisburg Hauptbahnhof-Nord, Portsmouthplatz 5, 47051 Duisburg: ordentliche Mitgliederversammlung der PRUSSIA, Gesellschaft für Archäologie, Geschichte und Landeskunde Ostpreußens, Ost- und Westpreußens mit vorangehender Vortragsveranstaltung. Interessierte Gäste sind willkommen.

Nach einer Begrüßung werden von Henriette Piper und Jörg Naß Filmsequenzen „Stille Tage in Gertlauken - Erinnerungen an Ostpreußen“ vorgetragen mit anschließendem Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss. Um 14 Uhr referiert Dr. Winfried Daunicht über „Naturstreifzüge durch Ostpreußen. Betrachtungen aus einer einzig-

artigen Naturlandschaft“. Um 15 Uhr startet der filmische Kurzvortrag des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipeda zum Leben von Simon Dach, seiner Heimatstadt Memel und seinem Gedicht „Ännchen von Tharau“. Die Mitgliederversammlung startet um 15.30 Uhr mit folgender vorläufigen Tagesordnung: Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, Berichte des Vorstands, des Schatzmeisters, Aussprache zu den Berichten, Abstimmung über die Entlastung des Vorstands, Vorhaben und Verschiedenes.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Advents- und Weihnachtsfeier Nürnberg – Sonntag, 3. Dezember, 15 bis 16.30 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Endstation der U1 gegenüber: Advents- und Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen sowie Pommern

Seedienst Ostpreußen Ellingen – Das Kulturzentrum Ostpreußen, Dienstag bis Sonntag 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr geöffnet, Telefon (09141) 8644-0 liegt nur 50 Kilometer südlich von

Nürnberg. Bis Dezember ist im Deutschordensschloß die Ausstellung „Seedienst Ostpreußen“ zu sehen. Vom Bahnhof bis zum Schloß ist es nur ein 15-minütiger Fußweg. *Joachim Korth*

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Ost- und Westpreußen-Markt Bremen-Vahr – Donnerstag, 23. und Freitag, 24. November, während der Öffnungszeiten, Einkaufszentrum Berliner Freiheit: Markt der Ost- und Westpreußen mit Landkarten und Großfotos auf ei-

Dittchenbühne

Grünkohlessen und Weihnachtsmarkt Am 7. Dezember fährt das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zum Oldenburger Weihnachtsmarkt. Das Büro der „Dittchenbühne“ teilt dazu mit: „In unserem Bus sind noch Plätze frei!“

Die Busreise beginnt am 7. Dezember um 8 Uhr an der Dittchenbühne. Auf dem Programm in Oldenburg: ein ausführlicher Stadtpaziergang mit einem

Stadtführer, im Ratskeller „Oldenburger Grünkohl mit Pinkel, Kochwurst, Kasseler und Bratkartoffeln“ sowie natürlich der Besuch des stimmungsvollen Weihnachtsmarktes. Die Rückreise startet um 17.30 Uhr. Preis der Reise: 99 Euro pro Person.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



ner Ausstellungswand. Daneben bieten wir neue und antiquarische Bücher, Karten, selbstgebackene Thorner Katharinen, Bärenfang in kleinen Probierfläschchen und Königsberger Marzipan an. Bitte nutzen Sie unser Angebot, wenn Sie entsprechende Artikel als Geschenk oder für sich selbst benötigen.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Stunde der Begegnung Montag, 27. November, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Stunde der Begegnung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg mit der Gesangsgruppe „Im Herzen Jung“, gemeinsamem Singen, Kaffee und Kuchen. Gäste sind herzlich willkommen.

Adventsfeier Donnerstag, 30. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Berenberg-Goss-

ler-Haus (Bürgerhaus Niendorf), Niendorfer Kirchenweg 17: adventlicher Nachmittag der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung. Kaffee und Kuchen und gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung.

Mitglieder der Heimatkreisgruppen der Landesgruppe Hamburg sowie Gäste sind herzlich willkommen.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Advents- und Weihnachtsfeier Wetzlar – Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1, 35614 Aßlar: gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinzelwies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

ANZEIGE

Gehlhaar
Original Königsberger Marzipan
Pralinen, Butter- & Marzipanstollen, Edelkuvertüren & Gebäck.
Reine Handarbeit. Versand in alle Welt. Garantiert ohne Konservierungsstoffe!
Werner Gehlhaar GmbH, Klarenthaler Straße 3
65197 Wiesbaden; früher Königsberg/Preußen
Telefon 06 11 / 44 28 32 · Fax 06 11 / 44 14 13 · www.gehlhaar-marzipan.de

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Masurenreise 2023 Rinteln – Donnerstag, 30. November, 15 Uhr, Gemeindehaus der Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a (nahe Bahnhof): voradventliches Beisammensein der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln.

Bernd Pajdserski, dessen Vater in Allenstein zuhause war, und seine Gattin hatten im Frühjahr an einer Gruppenreise nach Masuren teilgenommen, die im Rundbrief der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen (GeO) angekündigt war. Er wird uns eine Auswahl seiner Fotos zeigen und seine persönlichen Eindrücke schildern.

Wir freuen uns auf ein Beisammensein bei Kaffee und Kuchen, Gäste sind uns stets willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen bitten wir alle Teilnehmer um vorherige Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder per E-mail: rebuschat@web.de.

Joachim Rebuschat

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Adventsfeier Düren – Mittwoch, 6. Dezember, 16 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen. Wir laden alle Mitglieder Gruppe Düren e.V. und Freunde der Heimat ganz herzlich ein. *Gerda Wornowski*

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-08-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de



schon jetzt ein frohes geruhames Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr sowie ein erfolgreiches gesundes Jahr 2024. Ulrich Pokraka



Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offen-seth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg - Sonntag, 26. Novem-ber, 15 Uhr, Kapelle Friedenhügel: Stilles Gedenken der pommer-schen und ostpreußischen Lands-mannschaften zum Totensonntag mit Kranzniederlegung. Den Ge-denkgottesdienst wird Pastorin Silke Wierck halten, der Flensbur-ger Oberbürgermeister Dr. Fabian Geyer hat seine Teilnahme zuge-sagt und wird zu uns am Stein des Ostens sprechen. Gäste sind stets willkommen. Michael Weber

Rück- und Ausblick

Erwitte - Liebe Neidenburger/Sol-dauer, nach unserem doch gelun-ge-nen Heimattreffen Ende August, konnten wir nicht die Hände in den Schoss legen. Viele Arbeiten und Termine warteten schon auf uns.

An dem Kommunalpolitischen Kongress in Allenstein, habe ich mit meiner Stellvertreterin Ute Kondritz teilgenommen. Wir konnten uns davon überzeugen, wie viele polnische Teilnehmer den Wahlen am 15. Oktober ent-gegenfeierten. Man spürte die Hoffnung, dass die PIS- Partei end-

lich abgewählt wird. Jetzt wissen wir, dass die Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Alle hoffen nun, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis bessert, was in den letz-ten Jahren gegenläufig war.

Die Ostpreußische Landesver-tretung tagte Mitte November. Die Tagung endete mit einer Feier-stunde zum 75-jährigen Jubiläum der Landsmannschaft Ostpreußen. Prof. Dr. Kittel hielt die Festan-sprache. Sie war sehr kurzweilig und hochinteressant. Langer Bei-fall belohnte diesen gelungenen Beitrag.

Unser Schriftleiter Wilfried Brandt, arbeitete derweil am neu-en Heimatbrief, der nun fertigge-stellt ist. Derzeit wird er gedruckt und pünktlich Anfang Dezember zur Auslieferung kommen. Alle Mitglieder, die in der Datei erfasst sind, bekommen den Heimatbrief automatisch zugeschickt. Interes-senten, die einen Heimatbrief möch-ten, melden sich bitte bei mir (siehe oben), oder beim Schriftlei-ter Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 27446 Selsingen, Telefon (04284) 1527. Es wird Ihnen dann umge-hend ein Exemplar zugeschickt. Ich denke, es ist wieder ein gelun-ge-nen Werk.

Ich wünsche allen Ostpreußen eine besinnliche Adventszeit,

Treffen in Rastenburg

Wir versuchen, für das Jahr 2024 noch einmal eine gemeinsame Bus-fahrt nach Rastenburg zu organisie-ren. Der Zeitrahmen wäre der 1. bis 12. Mai 2024. Ausgangs- und End-punkt der Fahrt wäre Magdeburg.

Damit diese Reise stattfinden kann, müssen sich mindestens 20 Personen verbindlich bis zum Jahresende anmelden. Wer Inter-esse daran hat, sollte sich umge-hend bei Rita Kalmbach, Telefon (039245) 2828 oder per E-Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden. Bitte dann individuell die Zimmer und den Zeitraum innerhalb des Zeitfen-sters vom 1. bis 12. Mai 2024 im Ho-tel Koch buchen. Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, Telefon (0048) 897511093, E-Mail: kochsportowa@wp.pl

60 Jahre Trakehner Hengstmarkt

30. November bis 2. Dezem-ber: 61. Trakehner Hengstmarkt in den Holstenhallen zu Neu-münster. Die Hengstkörung be-ginnt am Donnerstag, 30. No-vember, 12 Uhr mit der Pflaster-musterung. Am Freitagvormit-tag folgt das Freispringen, am Sonnabendmorgen das Freilauf-



Adel und Leistungsgene: Köranwärter Bahrain Arian Shah ox-Con-ernery TH 2023 Foto: Kiki Beelitz

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Hamburg - Sonntag, 26. Novem-ber, 14 Uhr, Metropolis Kino, Kleine Theaterstraße 10, Eintritt 9,- Euro, ermäßigt 7,- Euro: „Bomben auf Monte Carlo“, Deutschland 1931, 105 Minuten, Regie: Hanns Schwarz, mit Hans Albers, Anna Sten, Heinz Rühmann und anderen. Filmpräsentation mit Einführung und Gespräch im Rahmen des XX. cinefest - Internationales Festival des deutschen Filmberbes. Die Ein-führung hält der Filmhistoriker Hans-Michael Bock. Weitere Informa-tionen unter www.kulturforum.info Die Verfilmung basiert auf dem Roman des in Ostpreußen geborenen Schriftstellers Friedrich Reck-Malleczewen; er starb als Gegner des Nationalsozialismus in Dachau.

Arno Surminski - Lesung und Gespräch

Hamburg - Donnerstag, 30. Novem-ber, 19 Uhr, 18 Uhr Einlass, Atri-um HanseMerkur, Siegfried-Wedells-Platz 1: „Als die Stadt brannte. Erzählungen gegen den Krieg“. Arno Surminski musste 1945 als elf-jähriger Junge aus Ostpreußen fliehen, seine Eltern wurden in die Sowjetunion deportiert, wo sie später starben. Sein literarisches Werk ist geprägt von Aussöhnung und einer Erinnerungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die neuen Erzählungen in „Als die Stadt brannte“ stehen beispielhaft dafür, was Literatur ange-sichts von Kriegsterror und Vertreibung zeigen kann: die vielen Facet-ten des Leids, das so viele ertragen müssen. Anmeldung per E-Mail: presse@ellert-richter.de oder Telefon (040) 39847715.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a 7x7 word search grid.

Schüttelrätsel

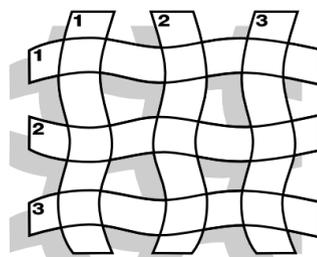
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein ländliches Hotel.

Word puzzle grid with words in the corners and a central empty space.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Schachspielfigur, Springer
2 Appetit
3 Aufbrühhilfe für Heißgetränke

Gratulation

ANZEIGE



Eine besondere Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen: Dr. iur. Dr. rer. nat. Ehrenfried Mathiak (rechts) erhält das Goldene Ehrenzeichen durch den LO-Sprecher Stephan Grigat Foto: René Nehring

Goldenes Ehrenzeichen

Dr. Ehrenfried Mathiak wurde während der Ostpreußischen Landesvertretung geehrt

Dr. iur. Dr. rer. nat. Ehrenfried Mathiak wurde am 8. April 1945 als Kind ostpreußischer Eltern in Bayreuth geboren. Nach seinem Studium der Physik und Rechtswissenschaft trat er 1980 als Regierungsdirektor in den Dienst der Bundesregierung in Bonn ein. 1988 wurde er Mitglied der LO-Kreisgruppe Bonn und engagierte sich im Kreisvorstand mit Leserbriefen und der Teilnahme an politischen Aktionen.

Im März 1995 wurde Mathiak zum Vorsitzenden der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt. Unter seiner Führung trat die Landesgruppe nachdrücklich für die Interessen und Anliegen der ostpreußischen Landsleute im Bundesland ein, das heißt: insbesondere für die Beachtung des Vertriebenenschicksals und für die kulturellen Beiträge Ostpreußens und seiner Menschen zur gesamtdeutschen Kultur. Seine besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Fortführung des Ostkundlichen Schülerwettbewerbs, der im Jahre 2023 siebzig Jahre alt wird.

Gemeinsam mit dem Landesvorstand vertiefte Mathiak durch regelmäßige jährliche Fahrten den Kontakt in das dreigeteilte Ostpreußen und zu den neu gebildeten Vereinen der Deutschen Volksgruppe.

Treffen auf Schloß Burg

Ende der 1990er-Jahre griff Mathiak einen Vorschlag der Kreisgruppe Wuppertal auf, an der Gedenkstätte der deutschen Vertriebenen jährlich ein „Kleines Ostpreußentreffen in NRW“ zu veranstalten. Die erste öffentliche Kulturveranstaltung der Landesgruppe NRW auf Schloss Burg an der Wupper fand im Juli 1997 statt und wurde ein voller und nachhaltiger Erfolg. Aufgrund einer schweren Erkrankung musste Mathiak im Jahre 2005 den Vorsitz der Landesgruppe aufgeben und wurde daraufhin zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In dieser Funktion unterstützt er – insbesondere bei Problemen – weiterhin die Arbeit der Landesgruppe und nimmt auf Wunsch des Vorstandes auch an der Erarbeitung von Beschlüssen teil.

Nach seiner Pensionierung im Jahre 2010 hat Mathiak circa fünf Jahre lang in der Geschäftsstelle der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen beratend und unterstützend mitgearbeitet und war dabei auch zeitweise als Mitglied im Stiftungsvorstand kooptiert beziehungsweise gewählt worden.

Kulturportal West-Ost

Hervorzuheben ist auch die fachliche Mitwirkung beim Aufbau der Internetplattform „Kulturportal West-Ost“. Damit konnte nachhaltig eine zeitgemäße Form des Zugangs, der Vermittlung und der Analyse des großen Reichtums des ostdeutschen Kulturgutes und nicht zuletzt auch eine Plattform für den kulturellen Austausch einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines unermüdelichen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak das Goldene Ehrenzeichen. LO



Ministerpräsident Hendrik Wüst Am Mittwoch, dem 15. November, fand im Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH) in Düsseldorf die Jubiläumsveranstaltung zum 75-jährigen Bestehen des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie zum 60-jährigen Jubiläum des Gerhart-Hauptmann-Hauses statt. Unter den rund 100 geladenen Gästen waren neben Wüst auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, die ukrainische Generalkonsulin Iryna Shum, die tschechische Generalkonsulin Kristina Larischová und der ungarische Generalkonsul Gergő Szilágyi. Ilona Gonsior, GHH

Primas ist erneut OMV-Bundesvorsitzender Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in Berlin wurde der ehemalige thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Egon Primas, mit 98,5 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Friedrich Merz gratuliert.



Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

27.11. Annahmeschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige [Formular] **Große Grußanzeige**

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

BRAUNSBURG

Eine Chronik des Schul- und Stadtlebens

In 67 „Schulheften“ wurden Informationen über Lehrer und Schüler, aber auch Ehemaligentreffen und historische Fotos gesammelt

VON BETTINA MÜLLER

Am 31. August 1963 fand zum ersten Mal ein gemeinsames Treffen der Ehemaligen aller höheren Schulen in Braunschweig statt. Für das Treffen hatte man sich die Patenstadt Münster ausgesucht. Waren bis dahin die einzelnen Schulen separat zu meist in Traditionsgemeinschaften zusammengefasst gewesen, die regelmäßig Schul- oder Klassentreffen abhielten, wollte man nun mit vereinten Kräften die Erinnerung an die untergegangene Stadt aufrechterhalten. Zirka 250 Personen erschienen, das Projekt wurde zum konkreten Plan mit dem Ziel, „mit heißem Herzen der alten Heimat zu dienen“ und so auch die kulturellen Leistungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Dazu gehörte auch die regelmäßige Herausgabe eines Mitteilungsblatts für die ehemaligen Schüler des Braunschweiger Gymnasiums, der Schlossschule (einer Oberschule in Aufbauform) und der Elisabethschule (des Städtischen Oberlyzeums für „höhere Mädchenbildung“). Die Vertrauensleute – Pfarrer Georg Grimme, Studienrat Ernst Federau, Oberstudienrat Dr. Georg Mielcarczyk und Frau M. Franzkowiak – sorgten auch für den Versand der Hefte.

Noch im selben Jahr konnte die erste Ausgabe der Zeitschrift „Höhere Schulen“ an alle Interessierte verschickt werden, die dann für zwei Hefte den moderaten Preis von 5 D-Mark überwies. Bereits 1948 hatte Mielcarczyk damit begonnen, ehemalige Schulkameraden seiner Schlossschule ausfindig zu machen, um so eine Adresskartei aller Schüler und Lehrer aufzubauen. Diese Kartei bildete die Grundlage für die Arbeit des Redaktionsteams der Zeitschrift, zu deren Texten der ersten Stunde auch der Journalist Dr. Hans Preuschhoff gehörte.

Anfangs als einmal jährlich erscheinendes Mitteilungsblatt nur für die ehe-



Eine wichtige Bildungsinstitution: Das Gymnasium Braunschweig in der Rückansicht

Foto: Sammlung Müller

maligen Schüler der Höheren Schulen Braunschweigs sowie der Lehrerinnen und Lehrer aller Schulen gedacht, wurde das Konzept geändert. Man entschloss sich dazu, auch die ehemaligen Schülerinnen und Schüler der katholischen und evangelischen Volksschule mit einzubeziehen. Ab Ausgabe Nr. 27 hieß das Heft daher „Unsere Schulen“ und wurde fortan von Ernst Matern betreut. Im Sommer 1998 jedoch wurde die Nr. 67 das letzte Heft der Reihe. Das Redaktionsteam verabschiedete sich schweren Herzens – zum Teil auch aus gesundheitlichen Gründen – von dieser langjährigen Aufgabe. Die Schulhefte waren nun selbst Geschichte.

Jahrelang hatten sie in sicher sehr mühevoller Arbeit eine Fülle von detaillier-

ten Informationen über die Schul- und Stadtgeschichte Braunschweigs, aber auch persönliche Erinnerungen Ehemaliger sowie Nachrufe auf Verstorbene dokumentiert. Hinzu kamen ausführliche Adressen- und Gefallenlisten, komplette Schülerlisten, aber auch Lehrerbiographien bis hin zur mehrteiligen Lehrerkartei des Braunschweiger Gymnasiums beginnend mit dem Jahr 1865. Berichte von Treffen und Feierstunden Ehemaliger etc. rundeten das Heft ab. Georg Mielcarczyk verfasste darin überdies mehrere Texte zur Heimat- und Stadtgeschichte, die 1983 von Ernst Federau und Ernst Matern in einem Sammelband unter dem Titel „Braunschweig und Umgebung. Ein Leben für die Heimat“ zusammengefasst und herausgegeben wurden.

Das Besondere der Hefte war jedoch, dass in jedem etliche seltene und teilweise sehr alte Schulfotos mit Namen der Abgebildeten, soweit sie noch bekannt waren, zu sehen waren, welche die Leser eingereicht hatten. Die Fülle an historischen Schulfotos aus Privatbesitz aus der Zeit von 1900 bis 1945 dürfte in dieser Form für das Ermland einzigartig sein. Es war erstaunlich, was alles die Zeit überdauert hatte und noch in einigen Privatschatullen zu finden war.

Zur Freude der Nachkommen

Überaus groß war die Freude, wenn Nachkommen in dem Heft Eltern oder Großeltern oder andere Verwandte in jungen Jahren erblicken konnten, die sie so nie vorher zu Gesicht bekommen hatten. Zu-

dem waren regelmäßig auch seltene Fotos aus dem Braunschweiger Wirtschafts-, Sport- und Freizeitleben abgedruckt. Es ist bedauerlich, dass damals noch die technischen Möglichkeiten fehlten, diese hervorragende Quelle zur Stadtgeschichte zu digitalisieren. Wie der ehemalige Herausgeber Ernst Matern der Autorin vor ein paar Jahren mitteilte, wurden die Fotos nach der Bearbeitung durch die Druckerei wieder an die Einsender zurückgeschickt und Kopien somit nicht zentral aufbewahrt.

Heute sind diese Hefte eine einzigartige Chronik des Schul- und Stadtlebens von Braunschweig. Komplettiert wurde sie vor allem 1976 auch noch durch die Veröffentlichung des Buches „Stadt Braunschweig im Ermland – ein Familienbuch“ des Verwaltungsangestellten und Heimatforschers Walter Merten, das von der Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung herausgegeben wurde. In noch internetlosen Zeiten hatte Merten in insgesamt sieben Jahren über 10.000 Briefe an ehemalige Bewohner der Stadt verschickt, auf 392 Seiten schließlich alle Familien der Stadt dokumentiert, und das sortiert nach Straßennamen. Als Ausgangspunkt hatte Merten die Volkszählung vom 17. Mai 1939 zugrunde gelegt, was zur Folge hatte, dass die ehemaligen jüdischen Familien fehlten. Das wurde gelegentlich durch die Schulfotos kompensiert, auf denen man Kinder aus diesen Familien wiederfinden konnte, so zum Beispiel aus der prominenten Apothekerfamilie Wolff.

Heute kann man die „Schulhefte“ unter anderem in der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne und im Herder-Institut Marburg ausleihen. Gelegentlich werden einzelne Exemplare bei Ebay versteigert. Eine alphabetische Namensliste der auf den Schulfotos Abgebildeten hat die Autorin auf der Seite der Kreisgemeinschaft Braunschweig bereitgestellt: <https://ermland.lima-city.de/namensliste.htm>

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Weihnachtsmarkt-Renaissance mit Defiziten

Fliegende Händler überlagern in Schlesien das traditionelle Weihnachtsgeschehen

Die deutsche Tradition der Weihnachtsmärkte hat sich jenseits von Oder und Neiße längst durchgesetzt. Die meisten Adventsmärkte in Schlesien dauern nur zwei bis drei Tage und ähneln eher einem Jahrmarkt, auf dem Händler nicht allein Weihnachtsutensilien feilbieten. Es ist keine Seltenheit, Stände mit Büstenhaltern oder Haushaltsgeräten zu finden. Es wird auch eher weniger Wert auf regionale Produkte gelegt. Die typischen Fell-Hausschuhe der Tatra-Goralen und deren geräucherten Hartkäse (Oscypek), der aussieht wie ein gelber Tannenzapfen und auch dessen Größe hat, findet man polenweit.

In der schlesischen Metropole Breslau öffnet der Weihnachtsmarkt auf dem Ring (Rynek) am 24. November und schließt am 7. Januar. Der bekannteste und größte Weihnachtsmarkt Schlesiens lockt vor allem Menschen, die es laut mögen und auf grelle Effekte Wert legen.

Ganz anders geht es auf Schloss Lomnitz [Łomnitz] in Blickweite des Riesengebirges zu. Der dortige Adventsmarkt im Gutshof findet am 2. Dezember von 11 bis 17 Uhr statt und bietet tatsächlich noch regionales Handwerk, Weihnachtsschmuck und Kulinarisches aus Niederschlesien. Kein Wunder, denn ins Leben gerufen hatte ihn die dort seit dem Zusammenbruch

der Volksrepublik wieder ansässige deutsche Familie von Köster.

Für die Berliner noch in Tagesausflugweite zählt auch Grünberg [Zielona Góra] eher zu den positiven Ausnahmen, weil es dort am 17. Dezember einen Stadtweihnachtsabend gibt. An diesem wandert der Weihnachtsmann, der in der Republik Polen in Gestalt des Nikolauses unterwegs ist, durch die Menge und verteilt Geschenke. Es gibt Weihnachtsgeschichten für Kinder, und der katholische Bischof hält zusammen mit dem Oberbürgermeister eine Ansprache. Auf der Grünberger Stadtpromenade mit dem Bacchus-Brunnen an der Straßenkreuzung ulica Kupiecka und ulica Żeromskiego wird zudem vom 15. bis zum 21. Dezember ein Weihnachtsmarkt aufgebaut. Einen zweiten Schauplatz für Weihnachtliches innerhalb der Stadtgrenzen bietet das Gelände des Freilichtmuseums Ochelhermsdorf [Ochla], ulica Ochla-Muzealna 5.

Der Weihnachtsmarkt in Hirschberg [Jelenia Góra] schert ebenfalls aus der Reihe, denn dort wird vom 15. bis zum 17. Dezember zusammen mit den tschechischen Nachbarn gefeiert. Auf dem Ring vor dem Rathaus kann man mit etwas Glück das böhmische Weihnachtsbrot – Vánočka oder Bramboráky, also Kartoffelpuffer,

probieren. Weihnachtsmarkt-Touristen werden in Niederschlesien auch am Schloss Klitschdorf [Kliczków] vom 9. bis zum 12. Dezember fündig. Des Weiteren vom 15. bis 17. Dezember auf dem Ring in Freiburg in Schlesien [Świebodzice], am 10. Dezember im Amphitheater zu Herrstadt [Wąsosz] – das liegt etwa zwanzig

Kilometer südöstlich der Stadt Guhrau [Góra], am 8. und 9. Dezember auf dem Ring in Wohlau [Wołów] oder am 9. Dezember auf dem Museumsplatz in Ludwigsdorf [Ludwikowice Klódzkie] bei Neurode [Nowa Ruda] im Glatzer Bergland. Auch in Neiße [Nysa] wird es vom 16. bis zum 23. Dezember weihnachtlich,

ebenso am 16. und 17. Dezember auf dem Namlauer [Namysłów] Ring.

In Oberschlesien hat Kattowitz [Katowice] die Nase vorn, denn dort hat der Advent bereits am 17. November angefangen. Das weihnachtliche Treiben endet in Kattowitz am 7. Januar. In Oppeln wird vom 25. November bis zum 31. Dezember der Ring zum Weihnachtsmarkt. Es folgt Neustadt O.S. [Prudnik] vom 1. bis zum 3. Dezember; auf dem Ring in Gleiwitz [Gliwice] ist der Weihnachtsmarkt vom 2. bis zum 22. Dezember geöffnet. Die Ratiborer [Racibórz] starten am 7. Dezember – allerdings auch nur für drei Tage. Wer auf der Suche nach typisch Schlesischem ist, findet dies am ehesten auf dem Schlesischen Christkindelmarkt im bundesdeutschen Teil von Görlitz. Am Eröffnungstag, dem 1. Dezember, wird um 17 Uhr bei Klängen eines Posaunenchores der schlesische Stollen angeschnitten, und am 15. Dezember werden um 18 Uhr „Joseph Wittigs Weihnachtsgeschichten“ erzählt. Wittig (1879–1949) war Theologe, Schriftsteller und Heimatforscher der Grafschaft Glatz. Das Programm des Schlesischen Christkindelmarktes, der bis zum 17. Dezember auf dem Görlitzer Untermarkt geöffnet ist, gibt es auf www.schlesischer-christkindelmarkt-goerlitz.de. Chris W. Wagner



Hier geht es eher bunt und laut zu: Christkindelmarkt in Breslau

Foto: Wagner

HEIMAT

Historische Spuren in Stettin

Stück deutsche Geschichte – Unerwartete Entdeckungen auf einem Fußmarsch zu drei Museen in Stettin

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Auf altbekannten Wegen lässt sich bei jedem Besuch der Heimatstadt immer wieder etwas Neues entdecken oder Vergessenes in Erinnerungen bringen. Empfehlenswert ist die Aussichtsplattform des Jakobikirchturmes in Stettin. Hier entdeckte ich zum ersten Mal bewusst, wie kräftig sich im Osten der Höhenzug der Buchheide aus der Landschaft erhebt. Er ist sechs Kilometer breit bei einer Länge von 14,5 Kilometern und lädt förmlich die Großstädter im Sommer zum Wandern und im Winter zum Skilaufen ein. Mit der Bahn war dieses Kleinod früher leicht über Finkenwalde, Podejuch und Hökendorf zu erreichen.

In der Lindenstraße Ecke Kirchplatz [3. Maja/Plac Zawiszy Czarnego], nicht weit entfernt von meinem Hotel Viktoria, steht das Stadthaus der Dohrns, das Carl August Dohrn 1853 erbaute. Es war geräumig genug, um seine Käfersammlung aufzunehmen. Das Erdgeschoss hatte der Entomologe, Sänger und Weltreisende für sich reserviert. Seine Familie musste sich in den oberen Etagen einrichten. Er brauchte Raum, wie er sagte, zum Auf- und Abgehen beim Nachdenken.

Sein ältester Sohn war der spätere Stadtrat Dr. Heinrich Dohrn (1838–1913). Er war der Initiator für die Gründung eines pommerschen Museums. Dieses Museum wurde 1913 eröffnet und steht beherrschend auf der Höhe der Hakenterrasse über der Oder. Das Stadtpalais der Dohrns ist heute ein Grand-Fokus-Hotel.

Bekannt Namen

Nicht zu übersehen ist das Generallandschaftsgebäude am Paradeplatz [Aleja Niepodległości]. Der neobarocke Baukörper des Gebäudes wurde 1890 bis 1892 von Emil Draws als Sitz einer Pfandbriefbank entworfen. Seit 2016 ist das Generallandschaftsgebäude der Sitz der Akademie für Kunst und Musik. Es finden hier Veranstaltungen für Studenten statt. Zurzeit wird das stattliche Gebäude saniert. Nach den Sanierungsarbeiten soll es zu einem offenen Treffpunkt für Künstler und Wissenschaftler werden.

Auffallend in der Kleinen Ritterstraße [Rycerska] am Schloss ist die Reitbahn der Pommerschen Herzöge. Das Gebäude wurde Anfang des 17. Jahrhunderts errichtet und diente als herzoglicher Stall. Das Unterteil der Reitbahn ist gemauert. Das Oberteil, das Futterlager, dagegen ist ein Fachwerkbau. In der Giebfassade sind das ursprüngliche Portal und der Schwenkkran erhalten geblieben. In der



St. Peter und Paul: Opferschlitz an der Nordseite der Kirche, eingerahmt von den in Stein gehauenen Aposteln an der ältesten Kirche Pommerns Foto: Kleszczewski

Zwischenkriegszeit war sie der Sitz der Schloss- und Mariengemeinde mit Kindergarten. Im Krieg wurde die Reitbahn zerstört und danach wieder aufgebaut. Heute beherbergt sie das Institut Germanistik von der Stettiner Universität.

Älteste Kirche in Pommern

Am Klosterhof steht die alte Peter-und-Paul-Kirche. Der Bau soll an der mutmaßlichen Stelle stehen, an der Bischof Otto von Bamberg 1124 den ersten Gottesdienst in Stettin gehalten hat. Sie ist damit die älteste Kirche in Pommern. Ihre heutige Form zur einschiffigen Kirche erhielt sie in den Jahren von 1677 bis 1683. Das Besondere an ihrer Nordseite ist ein Opferschlitz, eingerahmt von in Stein gehauenen Bildern der Apostel Peter und Paul. Im jetzigen Pfarramt erklärte man mir, dass dieser Schlitz eine „Sparkasse“ für Peter und Paul wäre.

Nicht unerwähnt soll das Hinweisschild für die Synagoge an der Mauer neben dem alten Gebäude der Stadtbibliothek an der Grünen Schanze bleiben. Hier stand seit 1835 eine Synagoge. Das Ende der Entwicklung der Stettiner jüdischen Gemeinschaft erfolgte durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933. In der „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 wurde diese Synagoge von einer nationalsozialistischen Kampfgruppe in Brand gesteckt. Von 1812 bis 1940 gab es eine jüdische Gemeinde in Stettin. Die Ruine der Synagoge wurde 1940 nach zwei Sprengungen abgetragen.

Die Museen

Wurde der ausgedehnte Fußmarsch zu drei Museen ein Erlebnis, bildete ihr Besuch eine leichte Enttäuschung, da nicht alle ihrer Räume geöffnet waren.

Im Alten Rathaus, das zur deutschen Zeit seine ursprünglich gotischen Formen unter dickem Putz verborgen hatte, fiel mir die Büste von Hugo Lemcke (1835–1925) auf. Lemcke war ein unermüdlicher Forscher pommerscher Heimatgeschichte. Seit 1894 hatte er die Funktion eines Provinzialkonservators inne. Auf seine Initiative geht eine Vielzahl von Museumsgründungen in Pommern zurück. Sein Hauptwerk bestand in der Erfassung der Bau- und Kunstdenkmäler Pommerns. In Anerkennung seiner vielfältigen Forschungen verlieh ihm die philosophische Fakultät der Universität Greifswald die Ehrendoktorwürde.

Auch im ehemaligen Provinzial-Landesmuseum [Muzeum Narodowe] in der Luisestraße waren nicht alle Ausstellungssäle zugänglich. Das Museum umfasst die Abteilungen Heimische Urgeschichte, Volks-, Siedlungs- und Wirtschaftskunde, Landesgeschichte, Stadtkultur, kirchliche Kunst, Kunst in Pommern vom 12. bis 17. Jahrhundert, besonders aus der Zeit der pommerschen Herzöge, Schmuck und Kleidungsstücke, Dokumente und Waffen. Hier entdeckte ich ein Goldarmband der Herzogin Klara von Braunschweig-Lüneburg (1574–1623), die in ihrer zweiten Ehe von 1607 bis 1623 mit Herzog August verheiratet war. Sie war eine Tochter des Herzogs Bogislaw XIII. von Pommern. Zwischen den Greifenherzögen und den Welfen kam es des Öfteren zu ehelichen Verbindungen.

Goldschmuck der Herzogin Klara

Im Museum der Stadt Stettin, das in beherrschender Lage über der Oder im Mittelpunkt der Hakenterrasse steht, waren die meisten Ausstellungsräume ebenfalls nicht zugänglich. Dieses Museum wurde erst 1913 eröffnet und war ursprünglich dazu bestimmt, sämtliche Stettiner Sammlungen aufzunehmen.

Die von Heinrich Dohrn begründete Kopiersammlung stellt eine Besonderheit dieses Museums dar. Die ausgewählte Zahl von Hauptwerken der griechischen Plastik wird hier in echtem Material, nicht in Gips, sondern in Bronze und Marmor gezeigt. Diese Sammlung konnte aufgesucht werden.

Es lohnt sich also immer wieder, eine Reise nach Stettin anzutreten. Die Natur und die Landschaft haben sich nicht verändert. Wenn auch die Menschen, die heute dort leben, die Vergangenheit unserer Heimat nicht kennen, so wurde sie ihnen ebenfalls zur Heimat. Doch das Erstaunliche ist, dass jeder, der seine Heimat liebt, auch Interesse für ihre Geschichte zeigt.

MELDUNGEN

Leuchtturm, Bücherturm und Eule

Stettin – Das Liniennetz der Stettiner S-Bahn nimmt Form an: An Stettin werden auch die Städte Pölitz, Stargard, Gollnow und Greifenhagen angebunden. Die Haltestellen auf den Strecken sollen bis März 2024 in Betrieb genommen werden. Bis 2025 soll das Projekt abgeschlossen sein. TS

Züssow – Paukenschlag auf der pommerschen Kirchenkreissynode: Die Oberkirchenrätin und einzige Kandidatin Kathrin Kühl (50) bekam in zwei Wahlrunden zur Propstwahl für die Propstei Demmin nicht die nötigen Stimmen. Mehrere Synodale beklagten die fehlende Auswahl. TS

Kolberg – Der neue Leuchtturm, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf das Gewölbe von Fort Münde gesetzt wurde, soll für 1,3 Millionen Euro saniert werden. Der alte Leuchtturm war am 13. März 1945 gesprengt worden, um den Belagerern die Orientierung beim Beschuss zu nehmen. TS

Pomellen – Zum dritten Mal innerhalb weniger Tage hat die Bundespolizei Feuerwerksschmuggler gestellt: Am 15. November handelte es sich um einen Holländer, der in seinem Auto nicht zugelassene Pyrotechnik mit einem Warenwert von etwa 4000 Euro transportierte. TS

Wollin – Glück im Unglück hatte eine Eule, die vergangene Woche in einem Kolzower Schornstein stecken blieb und sich nicht mehr selbst aus der misslichen Lage befreien konnte. Dem Ruf nach der Feuerwehr folgte eine ungewöhnliche Rettungsaktion. Das Ergebnis? Ende gut, Eule frei! TS

Prerow – Die langjährige Leiterin des Darß-Museums verlässt im März 2024 die seit 70 Jahren bestehende und seit 2020 geschlossene Einrichtung. Auslöser für ihre Kündigung könnten die gestoppten Sanierungs- und Umbaumaßnahmen sein. Wie es in Prerow weitergeht, ist unklar. TS

Stralsund – Die Hansestadt Stralsund ist die erste Stadt bundesweit, die am 14. November den von der Kinderbuchautorin Ursula Schaeffler initiierten Ehrentitel „Büchertürme – Leuchtturmstadt“ erhalten hat. Den Leuchtturm überreichte Schaeffler dabei an den Oberbürgermeister, die Leiterin der Stadtbibliothek und dem Förderverein der Stadtbibliothek. BS

STEINERNE ZEUGE

Dauerhaft in Granit gehauen

Ältester Gedenkstein Pommerns für Wartislaw I. – Der Gesteinsblock bei Grütow und seine Geschichte gaben viele Rätsel auf

Der letzte Sonntag vor dem ersten Advent ist der Erinnerung an die Verstorbenen vorbehalten. Schon Jahrhunderte, bevor dies 1816 durch eine Kabinettsorder durch König Friedrich Wilhelm III. von Preußen bestimmt wurde, ist unweit von Grütow ein Stein gesetzt worden. Die Volkssage erzählt uns, dass dieser Granitblock an den von Heiden erschlagenen Pommernherzog Wartislaw I. erinnern soll.

So sehr die eine Seite des Steins mit seinem Kreuz schon lange Zeit das Interesse weckte, so unbekannt war vielen die andere Seite, welche die Darstellung einer

menschlichen Figur zeigt. Diese erinnert uns unweigerlich an weitere bekannte heidnische Darstellungen auf wendischen Steinbildern, die beispielsweise noch in den Kirchenmauern von Altenkirchen oder Bergen auf Rügen zu finden sind. Auch dürfte nicht vielen klar sein, dass dieses auch als Wartislawstein bekannte Zeugnis als das älteste pommersche Denkmal gilt.

Rückblende: Wartislaw I. (zirka 1107–1136) war ein Fürst, der das pommersche Herzoghaus und die sogenannte „Dynastie der Greifen“ begründete. Er förderte



Steht seit dem Mittelalter: Wartislaw's Bruder Ratibor I. soll den Stein errichtet haben. Erst ab 1850 bezeichnet man ihn als Wartislawstein

früh das Christentum in Pommern. Wurde die erste Missionsreise Otto von Bamberg's noch im Auftrag des polnischen Herzogs Boleslaw III. Schiefmund in den 1121 und 1122 eroberten und bis dahin unabhängigen Gebieten durchgeführt, so erfolgte die zweite Missionsreise nach dem Ruf von Wartislaw I. im Jahr 1128. Von den Dänen bedroht, nahm Wartislaw I. 1130 zunächst die polnische Lehnsheer an. Allerdings betrachtete der polnische Herzog mit Argwohn, dass Wartislaw I. immer weiter erstarkte und sich schließlich auch aus seiner Abhängigkeit

löste. 1135 musste der polnische Herzog schließlich anerkennen, dass Wartislaw I. nun der Lehnsmann des Heiligen Römischen Reiches war.

Urkundlich beglaubigt ist, dass im folgenden Jahr, 1136, Wartislaw I. in meuchelmörderischer Weise erschlagen wurde. Nach dem Mord erklärte man ihn zum Märtyrer.

Sein Bruder Ratibor I. ließ Mitte des 12. Jahrhunderts zum Gedenken für seinen ermordeten Bruder bei Grütow den Stein und bei Stolpe/Peene eine Kirche bauen. Torsten Seeger

„Diese Regierung sitzt auf einem Vulkan“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich danke Ihnen für diesen tollen Artikel. Ich sehe das genauso, Preußen sollte heutzutage Vorbild für unserer Land sein. Ganz großes Lob an Sie.“

Joerg Fiebig, Berlin

zum Thema: Der kämpferische Islam trifft auf einen entkernten Westen (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 45

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERBOTE FÜR VERTRAUEN ZU: SCHARFE KRITIK AN FAESER AUS POTSDAM (NR. 45)

Bundesinnenministerin Nancy Faeser wäre besser beraten, die linksextreme Terrororganisation Antifa zu verbieten und offenzulegen, inwieweit die Linksextremen mit der Politik verknüpft sind, um somit wieder Vertrauen zur Demokratie erreichen. *Thomas Jänichen, Leipzig*

EINE NEUES 1789? ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE SHOW MUSS WEITERGEHEN (NR. 45)

Diese Regierung und ihre Führungseliten sitzen auf einem Vulkan. Der Zorn breiter Wählerschichten über diesen Ausbund an Inkompetenz, Borniertheit, ideologischem Fanatismus und Verantwortungslosigkeit nimmt mit jedem Tag gewaltig zu. Die Grünen sollten sich vorsehen – ihnen könnte es bald wie dem französischen Adel ergehen: Dieser hat sich einen Tag vor dem Sturm auch noch zufrieden-grinsend seinen Bällen, Intrigen und Maskeraden hingegeben. *Max Krüger, Köln*

ZWEI, DIE VERMISST WERDEN ZU: DER PREUSSE MIT DER BADEENTE (NR. 44)

Eigentlich hätte Lorient 200 Jahre alt werden müssen, wie auch Evelyn Hamann. Ich vermisse beide, die Welt ist etwas ärmer geworden, aber wir haben ja den „genialen“ Böhmermann. *Michael Holz, Blumenau/Brasilien*

OPPOSITION MUSS MITSPIELEN ZU: WETTSTREIT DER SCHEIN- LÖSUNGEN (NR. 44)

Die Richtung stimmt. Mit den geplanten gesetzlichen Änderungen zur leichteren Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern zeigt der Staat Handlungsfähigkeit.

Das muss man Bundeskanzler Scholz einfach als Pluspunkt anrechnen. Die Frage ist nur, warum das Ganze so lange gedauert hat, weiß man doch schon längst, dass die Probleme mit dem unbegrenzten Zugang und den mangelnden Rückführungsmöglichkeiten überhandzunehmen drohen. Das vorbildliche deutsche Asylrecht soll schließlich Verfolgte schützen und nicht der unkontrollierten Masseneinwanderung Tür und Tor öffnen.

Hätte Ex-Kanzlerin Merkel dieser Tatsache seinerzeit Rechnung getragen und nicht mit ihrem unverantwortlichen „Wir schaffen das!“-Amoklauf Deutschland an den Rand des Kontrollverlustes gebracht und Europa in Aufruhr versetzt, dann wäre es zur Eskalation in Sachen Flüchtlinge erst gar nicht gekommen. Somit bleiben die politischen Aufräumarbeiten halt an der sogenannten Ampelkoalition hängen, aber das hilft zum einen nichts und zum anderen ist es eben auch die Aufgabe einer amtierenden Regierung, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.

Fazit: Es bleibt zu hoffen, dass den Abschiebekompromiss nicht nur die Regierungskoalition, sondern auch die Opposition möglichst geschlossen mitträgt. Für populistische Profilierungsaktionen im Stile von CSU-Chef Söder & Co. taugen solch wichtige Maßnahmen wie die jetzt von der Regierung beschlossenen nicht. Denn am Ende muss zeitnah eine Lösung stehen, die dem Kerngedanken des Asylrechts, nämlich dem Schutz von politisch Verfolgten, und nur diesen, wieder gerecht wird. Machtspiele können wir in diesem Zusammenhang nicht gebrauchen. *Claus Reis, Schwabach*

ZWEI FRAGEN AN KURSCHUS ZU: WETTSTREIT DER SCHEIN- LÖSUNGEN (NR. 44)

Die Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, fordert, noch deutlich mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Diese Aussage wird weitere Menschen motivieren, sich in Richtung Deutschland auf den Weg

zu machen, und manch einer wird auf dem Weg sein Leben verlieren. Über die Wirkung der eigenen Worte sollte man immer gründlich nachdenken. Ganz abgesehen von den Menschen, die ihr Leben verlieren – wo sind die Arbeitsplätze für all die jungen Leute mit mehr oder weniger Schulbildung?

Wer in meinem Umfeld fordert, mehr Menschen aufzunehmen, dem stelle ich immer zwei Fragen: 1) „Wie viel Geld von Ihrem Gehalt spenden Sie für die Flüchtlingen?“ 2) „Wie viele junge Männer aus Afrika oder Asien haben Sie in Ihrem Haushalt aufgenommen?“ Das Gespräch ist dann in der Regel beendet, und hasserfüllte Blicke begleiten mich. Beide Fragen würde ich auch gern der EKD-Vorsitzenden stellen. *Karl Hahn, Bad Salzungen*

DER POLITIK FEHLT ES AN MUT ZU: DIE ZUWANDERUNGS- GESELLSCHAFT ERLEBT IHR OFFENES SCHEITERN (NR. 43)

Diese Tatsache des Scheiterns und alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme sind seit Jahren bekannt. Aber erst jetzt stellen ein großer Teil der Bevölkerung und einige Politiker fest, dass es nicht mehr fünf vor zwölf Uhr ist, sondern bereits fünf nach zwölf.

Viele Bürger haben sich davon bereseln lassen, wie gut wir doch in diesem Punkt sind. Es wurde hingegenommen, dass alle, die Zweifel haben, „ausländerfeindlich“ sind. Es ist ein Wort, das in diesem Zusammenhang falsch ist, es ist eine Unterstellung. Wenn die Politik den Kritikern der Zuwanderung schon den Stempel „Ausländerfeindlichkeit“ aufdrückt, dann sollte sie die Gruppe der Menschen benennen, um die es geht. Diesen Mut bringen sie nicht auf. Es gibt in Deutschland nicht die Ausländerfeindlichkeit. Die kritischen Stimmen richten sich nicht in erster Linie gegen die Menschen aus muslimisch geprägten Staaten, sondern gegen das Ignorieren und Verurteilen dieser Stimmen. Erst daraus entsteht, was man als feindlich oder als Hass bezeichnet.

Würde also ein neuer Kurs mit einer Großen Koalition eingeläutet? Noch ist nicht annähernd sicher, ob die SPD die erforderlichen Stimmenzuwächse erhält. Wir haben dann zwei Parteien, die maßgeblich an dieser fatalen Situation beteiligt sind. Parteien, die sich permanent gegenseitig vorwerfen, an der gegenwärtigen Situation Schuld zu haben. Während der Regierung Merkel hat es zwar Parteimitglieder gegeben, die mit der Vorgehensweise nicht einverstanden waren, aber letztlich sind sie eingeknickt oder waren dann „weg vom Fenster“.

Die Regierung Scholz hat dort weitergemacht, wo die Vorgängerregierung aufgehört hat. Sie hat sogar noch was draufgelegt. Weder CDU, SPD noch FDP haben den Mut, es knallen zu lassen. Aber genau das muss jetzt geschehen, denn die nächsten Bundestagswahlen sind noch weit weg. Merz, Söder oder Scholz als Kanzler? Wirklich wünschenswert? Die alten Parteien müssen zeigen, dass sie bereit sind, konsequent etwas durchzusetzen, auch wenn es heftigen Gegenwind, nicht nur aus dem eigenen Land, gibt.

Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass wir in Deutschland nicht nur dieses eine (Zuzugs-)Problem haben. Nahezu gescheitert ist auch schon die innere Sicherheit, die Bildungs- und Gesundheitspolitik. Die Folgen erleben wir jeden Tag. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

SCHÄDLICHE KLIMARETTER ZU: HOCHALPINE ENERGIE-GIPFEL (NR. 42)

Photovoltaikanlagen (PV) versuchen, möglichst viel Licht zu absorbieren. Ein Teil davon erzeugt elektrische Energie, der Rest ist konvektive Abwärme. Derartige PV-Anlagen sind laut einer österreichischen Studie daher primär große Konvektionsheizkörper zur Förderung des Temperaturanstiegs in der Atmosphäre.

Klimaschutz durch Klimawandel samt Abschmelzen der Gletscher, gefördert von einer Politik, die den Gesamtblick völlig verloren hat. *Jürgen Weigl, Graz*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Warum verweigern die Gesundheitsbehörden eine groß angelegte Langzeitstudie? Was haben sie zu verbergen?

Seit Jahrzehnten fordern Eltern und andere engagierte Menschen von den Regierungen und Gesundheitsbehörden eine Studie über die gesundheitlichen Folgen, die vollständig Geimpfte im Gegensatz zu Ungeimpften zu erwarten haben. Das öffentliche Gesundheitswesen hat eine derart umfassende Studie bis heute verweigert.

Studien, welche die Gesundheitsbehörden nicht durchführen wollen

Gemeinsam mit Dr. Brian Hooker machte sich Robert F. Kennedy Jr. an die Arbeit, die Zehntausende von unabhängigen Impfstoffstudien, die sich in der medizinischen Meta-Datenbank PubMed befinden, auf Forschungsarbeiten hin zu durchforsten, in denen – absichtlich oder unabsichtlich – geimpfte mit ungeimpften Bevölkerungsgruppen auf die gesundheitlichen Folgen hin verglichen werden.

Der bislang umfassendste Vergleich zwischen geimpften und ungeimpften Bevölkerungsgruppen

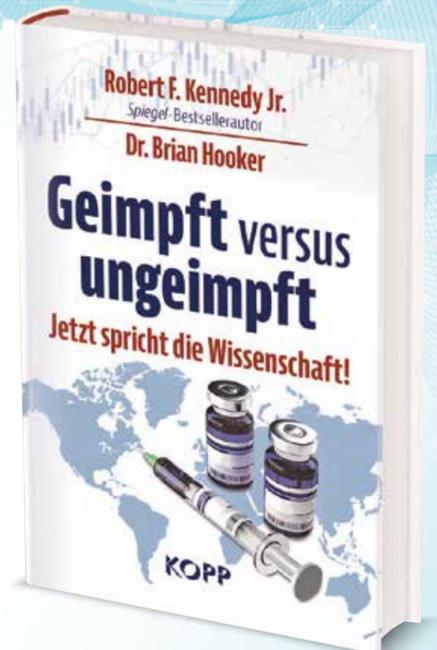
Dieses Buch stützt sich auf über hundert dieser von Experten überprüften Fachstudien, in denen geimpfte mit ungeimpften Populationen verglichen werden. Jede dieser Studien wird auf die gesundheitlichen Unterschiede zwischen geimpften und ungeimpften Säuglingen, Kin-

dern und Erwachsenen hin analysiert und eingeordnet. Die Ergebnisse bestätigen allesamt, dass geimpfte Bevölkerungsgruppen weniger gesund sind als ihre ungeimpften Pendanten.

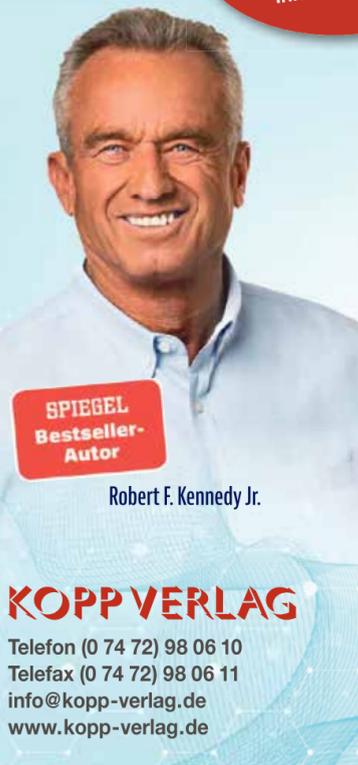
Die viele Milliarden Dollar schwere Impfindustrie zählt darauf, dass die Öffentlichkeit über die oft verheerenden Wirkungen von Impfstoffen und deren Langzeitfolgen weiterhin im Dunkeln gelassen wird.

Der Leser findet hier Informationen zu: • Gesundheitsfolgen bei der Impfung von Säuglingen und Kindern • Quecksilber in Impfstoffen • Lebendvirusimpfstoffen: MMR (Masern/Mumps/Röteln), Polio und Rotavirus • Impfungen gegen humane Papillomaviren (HPV) • Impfungen und dem Golfkriegssyndrom • Impfungen gegen Influenza (Grippe) • der Hepatitis-B-Impfung • der Covid-19-Impfung • Impfungen während der Schwangerschaft.

Angesichts des massiven Drucks, die gesamte Weltbevölkerung zu impfen, ist diese wichtige Arbeit von Robert F. Kennedy Jr. und Dr. Brian Hooker für jeden, der informierte Entscheidungen für sich und seine Familie treffen will, ein Muss.



Robert F. Kennedy Jr. & Dr. Brian Hooker:
Geimpft versus ungeimpft • gebunden • 351 Seiten
zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 990 300 • 22,99 €



Robert F. Kennedy Jr.

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

KRIMITOUR

Eine Region schmückt sich blutrot

Wo Inspektor Gamache skurrile Mordfälle aufklärt – Auf den Spuren der Autorin Louise Penny durch die herbstliche Provinz Quebec

VON DETLEF BERG

Es sind kleine Städte und schön herausgeputzte Dörfer mit Holzhäusern, die den Charme dieser hügeligen Landschaft vor den Toren von Montreal ausmachen. In den liebevoll gepflegten Gärten leuchten die Herbstblumen in allen Farben, und überall sind Kürbisse kunstvoll zur Dekoration aufgetürmt. Die Landschaft lässt an Neuengland denken, das ja nur wenige Kilometer weit entfernt ist und im Herbst zur Laubfärbung von Touristen regelrecht überlaufen wird. Die Eastern Townships aber – so der wenig verhelfungsvolle Name der Region im südöstlichen Quebec – sind wenig bekannt. Einige Besucher haben sich hierher verirrt, um ein Dorf zu suchen, das es gar nicht gibt und das dennoch weltweit berühmt ist.

Three Pines heißt der an sich eher beschauliche Ort, der aber immer wieder durch mysteriöse Morde in Aufruhr gerät. Three Pines ist der fiktive Schauplatz der Kriminalromane von Louise Penny, einer Erfolgsautorin. Gerade ist ihr neuestes Buch in deutscher Sprache erschienen. Es trägt den bezeichnenden Titel „Unruhe im Dorf“ und ist bereits ihr 17. Krimi.

Louise Penny lebt in Knowlton, einem kleinen Städtchen, das Three Pines zum Verwechseln ähnlich ist. Profunde Kenner ihrer Krimis begeben sich deshalb auf Spurensuche. Sie entdecken im nahen Georgeville Mr. Bellevue's General Store, die St.-Thomas-Kirche und das mystische Hadley House, von dem sich Penny zu ihrem Krimi „Das verlassene Haus“ inspirieren ließ.

Georgeville liegt am Lac (See) Memphremagog. In der Sprache der Abenakis, der indianischen „First Nation People“, heißt der See „wunderschönes Wasser“. Und der See ist wirklich schön. Er ist 44 Kilometer lang und erstreckt sich von Newport in Vermont bis nach Magog. Lange bevor europäische Siedler ins Land kamen, jagten und fischten die Abenakis hier, allerdings ohne an den Ufern des Sees sesshaft zu werden. Später waren Ausflugsdampfer auf dem See unterwegs.

Am anderen Ufer, inmitten der Hügel der Green Mountains, liegt die berühmte Abtei Saint-Benoît-du-Lac. Auch die 1912 von Benediktinermönchen aus Frank-



Im Farbenrausch des Indian Summer: Das Hotel Manoir Hovey am Lac Massawippi

Foto: Tourist Office Quebec

reich erbaute Abtei ist den Krimi-Lesern wohl bekannt. Sie erinnern sich daran, dass in einem der Bücher der von den Mönchen selbsterzeugte Käse serviert wird, und nicht zu vergessen – die stimmungsvollen gregorianischen Gesänge der etwa 30 Mönche. Beides kann man heute vor Ort nachempfinden, und wer auf der Suche nach innerem Frieden ist, quartiert sich auf bestimmte Zeit im Gästehaus der schweigsamen Mönche ein.

Jeder könnte der Mörder sein

In Knowlton mit seinen schönen viktorianischen Häusern, kleinen Cafés und Restaurants fällt es kundigen Lesern nicht schwer, in „Brome Lake Books“ Myrna's Bookstore zu erkennen. Über 8000 Bücher und Paperbacks stehen in den Regalen, und von Louise Penny gibt es nicht nur alle Bücher, sondern auch Souvenirs. Manchmal ist die in Toronto geborene Schriftstellerin sogar selbst vor Ort, liest aus ihren Büchern und erzählt, wie wichtig ihr das Zusammengehörigkeitsgefühl

der Menschen in ihrer Wahlheimat Eastern Townships ist. „Weil jeder jeden im Ort kennt, sind meine Geschichten besonders brisant. Jeder kennt das Opfer, und jeder im Ort könnte Mörder sein.“

Wer sich noch nicht intensiv mit den Krimis von Louise Penny beschäftigt hat, kann sich einer geführten Three-Pines-Tour anschließen. Auf den Fußspuren des Serienhelden Inspektor Armand Gamache wird dabei noch Sarah's Boulangerie besucht. Dort kommen wunderbare Delikatessen aus der Region auf den Tisch, etwa edler Käse und kräftiger Wein – ganz wie es auch der Inspektor mag.

Ausgezeichnetes Essen bietet auch das Manoir Bellechasse. Dort feiert Gamache mit seiner Frau Reine-Marie jedes Jahr den Hochzeitstag und genießt im Feinschmecker-Restaurant Le Hatley ein mehrgängiges Menü. Das charmante Hotel heißt in der Realität Manoir Hovey und wurde vor rund 120 Jahren in Anlehnung an den einstigen Landsitz von George Washington in Mount Vernon erbaut. Heute

bietet das am Ufer des Lac Massawippi gelegene Ensemble 39 Zimmer, Suiten und Villen – viele davon mit Himmelbett, offenem Kamin und Ausblick auf den See.

Die wohl schönste Jahreszeit für einen Besuch der Eastern Townships ist der Herbst. Im September und Oktober leuchten die Wälder im Farbenrausch des Indian Summer. Die Laubwälder strahlen blutrot und in leuchtendem Orange. Allein 20 verschiedene Ahorn- und neun Eichenarten zählt die kanadische Flora – und jede von ihnen prunkt im Herbst mit unterschiedlichen Farbnuancen. In den Dörfern mit ihren weißen Kirchen stehen Bäume wie flammende Fackeln. Der Herbst ist auch die Zeit der Apfelerte. Das Obst wird zum Cidre, einem moussierenden Apfelwein, gekeltert.

Flüssiges Ahorn-Gold

Eine Reise zu Louise Penny wäre unvollständig ohne einen Besuch der Hauptstadt Quebec City. Unterwegs lohnt ein Stopp in einer Ahornsirup-Hütte. In der

Sucrerie de la Montagne zum Beispiel erfahren die Besucher von Unternehmensgründer Pierre Faucher und seinem Sohn Stefan, wie das flüssige Gold hergestellt wird. „Nur im Frühling, wenn es nachts friert und am Tag schon angenehm warm wird, spendet der Baum Saft mit der richtigen Süße. Es bleiben uns nur wenige Wochen für die Ernte“, erklärt Stefan.

Aufgefangen wird der Saft in Blechbehältern, deren Inhalt jeden Morgen eingesammelt wird. Um Sirup zu erhalten, köchelt der Saft stundenlang in Metallbottichen. Das Geschmacksgeheimnis ist die richtige Temperatur – bei einem Holzfeuer keine leichte Sache. Doch die Fauchers kennen sich aus, betreiben das Handwerk seit 1978. Gleich vor Ort kann probiert werden – am besten passt der Sirup zu dünnen Pfannkuchen.

Quebec City schließlich fühlt sich mit seinen gepflasterten, winkligen Gassen, steinernen Stadttoren und trutzigen Bastionen wie ein Stück Europa in Nordamerika an. Die zweigeteilte Altstadt ist seit 1985 Weltkulturerbe der UNESCO und blieb von Wolkenkratzern und Verkehrschaos verschont. Auch auffällige Logos von Restaurant- und Modeketten sucht man vergebens – sie müssen sich dem gediegenen Stil der Altstadt anpassen. Unverwechselbares Wahrzeichen von Quebec City ist das Château Frontenac, ein schlossähnliches Hotel mit Türmen und einem unverwechselbaren Kupferdach in der Oberen Stadt. Vor dem Château liegt Dufferin Terrace, eine 670 Meter lange Promenade mit Lauben, die zum Flanieren einlädt. Der Blick auf die Untere Stadt und den mächtigen St.-Lorenz-Strom ist ein beliebtes Fotomotiv.

Begeisterte Louise-Penny-Leser entdecken auch in Quebec City Schauplätze der Krimis. Im sechsten Band „Heimliche Fahrten“ ist Gamache im eiskalten Winter in Quebec City auf der Suche nach einem Mörder. Die Leiche wurde im Keller des Morrin Centers gefunden, das einst ein Gefängnis war und später in eine Bibliothek umgewandelt wurde. Es bleibt wie immer spannend. Nur eins sei verraten: Der Inspektor findet den Mörder.

● Louise Pennys „Gamache“-Serie erscheint im Züricher Verlag Kampa www.kampaverlag.ch

TOTENSONNTAG

Blumenschmuck und Leichenschmaus

Vom Handwerks- zum Dienstleistungsberuf – Die Erfahrungen eines Bestatters in Duisburg

Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne: So weiß es der Volksmund zu berichten. „Ich bin noch nie im Blaumann im Betrieb herumgelaufen und habe den Hobel geschwungen“, berichtet Ulrich Kretschmer. Der Duisburger ist nicht nur ausgebildeter Tischlermeister, er führt auch – zusammen mit seinem Bruder Martin – in Duisburg das Bestattungsinstitut Kretschmer als Familienbetrieb.

Das Unternehmen wurde von Vater Heinrich Kretschmer im Jahre 1963 gegründet. Seit dem Jahre 1968 führte er es zusammen mit seiner Frau Ingrid – beide hatten zu der Zeit geheiratet. 2004/2005 stiegen dann die Söhne in das Unternehmen ein, Martin als Kaufmann, Ulrich als Schreinermeister. 2017 übernahmen sie das Beerdigungsinstitut Geschwister Surmund. Monika Herbrand leitete damals das Traditionsunternehmen. Da es keinen Nachfolger gab, verkaufte sie das Famili-

enunternehmen an die Kretschmers. „Wir haben jetzt einen weiteren Standort und die Arbeitnehmer behalten. Dieser Standort kann jetzt sein 125-jähriges Bestehen feiern“, sagt der Bestatter.

Über lange Zeit waren kirchliche Bestattungen in Holzsärgen üblich. Da hat es vermeintlich oder tatsächlich Sinn ergeben, Ahnung von der Tischlerei beziehungsweise Schreinerei zu haben. Doch im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist die Gesellschaft säkularer und „bunter“ geworden. Immer mehr Menschen treten aus den großen Volkskirchen aus, die Zahl muslimischer und andersgläubiger Menschen hat spürbar zugenommen. „Muslimische Bestattungen mache ich nicht“, berichtet Kretschmer, „da gibt es andere Beerdigungsriten.“

Auch die Beerdigungen als solche durchlaufen derzeit nach Kretschmers Worten einen Wandel: „Der Dienstleis-



Auch der Tod hat seinen Preis: Sargangebot bei einem Bestattungsinstitut

tungspart hat deutlich zugenommen. Wir erledigen beispielsweise Behördengänge und führen Trauerfeiern durch. Der Bestatter entwickelt sich vom Handwerks- zum Dienstleistungsberuf. Wenn der Computer nicht funktioniert, kann ich fast schon nach Hause gehen.“

Ein weiterer, neuer Trend ist dann auf dem Friedhof zu sehen. Nach Kretschmers Erfahrung gibt es immer mehr Feuerbestattungen, zum Teil aus Kostengründen, zum Teil aber auch aus Überzeugungssache. Bei den traditionellen Familiengräbern geht man die Verpflichtung ein, sich um die Grabstelle zu kümmern. Familien leben heute weit verstreut. „Da fehlt einfach die Tante, die drei bis vier Mal die Woche auf den Friedhof geht und die Blumen gießt“, so Kretschmer.

Es gebe immer mehr pflegefreie Beerdigungen, wie Kretschmer berichtet. Was ist darunter zu verstehen? Rasengräber,

Baumgräber sowie Gemeinschaftsgräber nennt der Bestatter als Beispiele. Tischler stellen Möbel, Fenster und Türen (und eben auch Särge) her. „Wir haben allerdings nie Särge gebaut. Das liegt an den Lagerkapazitäten und an den Spezialmaschinen, die für uns zu teuer sind“, so Kretschmer, „wir beziehen unsere Särge von einer Spezialfirma in Kamp-Lintfort.“

Um den individuellen Vorstellungen der Kunden gerecht zu werden, gibt es am Standort einen Ausstellungsraum, in dem Mustersärge besichtigt und ausgewählt werden können. „Es gibt unterschiedliche Gesichtspunkte, auf die unsere Kunden Wert legen wie Blumenschmuck oder den Leichenschmaus“, sagt der Bestatter. Die hauseigene Trauerhalle sowie die Abschiedsräume sind eigene Angebote für Trauernde, die das Unternehmen bereithält, um einen würdevollen Abschied gewährleisten zu können. *Andreas Rüdiger*

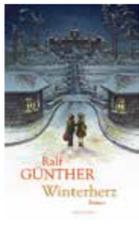
● FÜR SIE GELESEN

Im Stil der Nachkriegszeit

In seinem Roman „Winterherz“ erzählt Ralf Günther eine erbauliche Coming-of-Age-Geschichte aus der Nachkriegszeit. Sie handelt von dem 14-jährigen herzkranken Wilhelm, der zur Kur in ein Dresdener Sanatorium eingewiesen wird und zusammen mit seinen drei ebenfalls herzkranken Zimmergenossen versucht, sich unter den gegebenen Umständen selbst zu behaupten.

Kalt ist es draußen in den Wochen vor Weihnachten, und auch die Atmosphäre in der Klinik ist unterkühlt. Es wird auf die strikte Einhaltung der zahlreichen Vorschriften und Verbote geachtet. Nur die freundliche 18-jährige Schwesternschülerin Ilona setzt sich für die Jugendlichen ein, wenn ihre diversen Eskapaden und Regelverstöße auffliegen. Denn die jungen Leute haben trotz ihrer schweren Erkrankung dieselben Wünsche und Neigungen wie gesunde Heranwachsende.

Wilhelm und Ilona gefällt das Jugendbuch „Die rote Zora“, und sie verlieben sich ineinander. Nachdem bereits in der Berliner Charité keine organische Ursache für Wilhelms Erkrankung gefunden wurde, stehen auch die Ärzte im Sanatorium hinsichtlich der Diagnose vor einem Rätsel. Jedoch gibt der Autor Hinweise darauf, dass bei dem Jungen ein psychosomatisches Leiden aufgrund eines familiären Hintergrunds vorliegen könnte. Das lässt auf ein gutes Ende schließen. Obwohl der etwas betuliche Erzählton eher dem Stil der Zeit entspricht, in der die Handlung spielt, dürfte der Roman sein Publikum finden. Dagmar Jestrzemska



Ralf Günther: „Winterherz“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 140 Seiten, 18 Euro

Von Flucht und Ankommen

Amir Gudarzi ist ein iranisch-österreichischer Autor und Dramatiker, der den Iran in der Zeit nach den Protesten anlässlich der iranischen Präsidentschaftswahl 2009 verlassen hat.

In seinem Debütroman „Das Ende ist nah“ verarbeitet er eindrucksvoll seine Erlebnisse als Flüchtling in Österreich. Der Romanheld A. verbringt eine entbehrungsreiche Zeit in einer Asylunterkunft in der Nähe eines Dorfs. Dort begegnet er Gewalt und Erniedrigungen, vor denen er von zu Hause geflüchtet war. Von den Dorfbewohnern geächtet, zieht es ihn immer wieder in die Großstadt Wien. Dort lernt er die Studentin Sarah kennen, die sich in ihn verliebt. Sie unterstützt ihn bei Behördenangelegenheiten und hilft ihm auch finanziell. Doch A. kann sich ihr nicht öffnen, spürt eine Verlorenheit und Entfremdung, die depressiv machen. Sarah betrachtet A. als Studienobjekt und erträgt dessen vermeintliche Zurückweisung nicht. Die Beziehung endet in einer Katastrophe. MRK



Amir Gudarzi: „Das Ende ist nah“, dtv Verlag, München 2023, gebunden, 415 Seiten, 25 Euro

HEIMATGESCHICHTE



FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN

Bewahrer der Geschichte

Mit dem Buch „Ostpreußens Schätze“ trägt Henryk Mondroch in Wort und Bild zur Erinnerung an vergangene Zeiten bei, wie im Bild Prostken nach dem Ersten Weltkrieg, und schafft gleichzeitig Verbindungen zur Gegenwart

Identitätspflege Mit seinem umfangreichen historischen Reiseführer „Ostpreußens Schätze“ möchte der Diwitzer Hobbyhistoriker Henryk Mondroch dazu beitragen, dass neben den Naturschönheiten auch die reichhaltige Geschichte des Ermlandes und Masurens den Menschen in Erinnerung bleiben, und die Leser dazu ermuntern, selbst aktiv zu werden, um sich der historischen Wahrheit anzunähern. Seine Informationen schöpfte er aus den unterschiedlichsten Quellen. Schon früh begann er, sich für alte Dinge zu interessieren und Zeitzeugen zu befragen. Später bemerkte er, dass die historische Wahrheit oft ideologisch verbogen wird. Er begann, sich selbst ein Bild zu machen und wurde aktiv.

Seinem Buch stellt er einen allgemeinen Abriss der Geschichte voran. Es folgen Kapitel, die den Besonder-

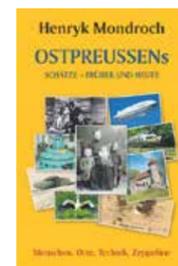
heiten der Region gewidmet sind oder auch dem täglichen Leben, der Mentalität, dem Glauben sowie der allgemeinen Haltung der Bewohner seiner Heimat.

Mondroch geht auf die Urgeschichte genauso ein wie auf die Zeit der Prußen, des Deutschen Ordens, die beiden Weltkriege sowie die Vertreibung der Deutschen. Reich bebildert berichtet er über einzelne Orte sowie über Bauwerke wie den Oberländischen Kanal oder die masurische Pyramide.

Das letzte Kapitel ist den „Diwitzer Luftschnitten“ gewidmet. Hierzu konnte Mondroch selbst einiges zur Aufklärung beitragen. Im Jahr 2006 entdeckte er im Wald von Diwitten Reste der Infrastruktur eines Luftschiffhafens. Er dokumentierte seinen Fund fotografisch. Bei den Betonblöcken mit runden Metallbügeln

handelte es sich um eine Vorrichtung zum Verankern der Luftschnitte. 2012 wurde am Ort seiner Entdeckung ein Lehrpfad mit Erläuterungstafeln eingerichtet.

Manuela Rosenthal-Kappi



Henryk Mondroch: „Ostpreußens Schätze – früher und heute. Menschen, Orte, Technik, Zeppeline“, Selbstverlag, Allenstein 2023, gebunden, 304 Seiten, 26,90 Euro zuzügl. Versand, Bezug: smokownik@interia.pl, Telefon (0048) 89 512 06 46

GESCHICHTE

Von großer Vielfalt in Mitteleuropa

Simon Winder legt mit der „Habsburg-Saga“ den zweiten Teil seiner Trilogie vor

VON KARLHEINZ LAU

Der Autor Simon Winder wurde 1963 in London geboren. Er ist Cheflektor des englischen Verlags Penguin Books und zählt zu den bekannten englischen Historikern, die sich mit deutscher Geschichte auseinandersetzen. Dazu gehören unter anderem Ian Kershaw oder Christopher Clark. Die „Habsburg-Saga“ ist der zweite Band von Winders Mitteleuropa-Trilogie. Schon der Titel sagt, dass es kein gewöhnliches Buch über die Geschichte der Habsburger Monarchie ist. Zwar wird in den 15 Kapiteln die Chronologie vom Anfang im ausgehenden Mittelalter und bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eingehalten, die zahlreichen Überschriften aber zeigen die einzelnen, persönlichen Impressionen des Autors zum jeweiligen historischen Gegenstand an.

Nach eigenem Bekunden hat er zur Recherche für sein Buch alle Gebiete und Territorien, die im Laufe der Jahrhunderte Habsburger Besitz waren oder unter seinem Einfluss standen, besucht und erlaufen. Das ist schon eine Mammut-Aufgabe gewesen. In der Bibliografie auf 13 Seiten aufgelisteten Quellen waren mit Sicherheit unentbehrliche Ratgeber. Fünf Karten aus verschiedenen Epochen der Geschichte des Geschlechtes vermitteln einen Eindruck.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation oder die Doppelmonarchie

mit den Gebieten, die von Wien oder von Budapest aus regiert wurden, oder die heutige Republik Österreich vermitteln ein Bild vom Umfang der Territorien, die im Kern Mitteleuropa umfassen.

Alle Territorien erlaufen

Es waren aber nicht nur unterschiedliche, auch politisch geformte Gebiete mit eigener Kultur und nicht nur Deutsch als einziger Umgangssprache. Bekannt ist die Vielfalt der Sprachen der Völker in Ost-Mitteleuropa und auf dem Balkan wie Polnisch, Russisch, Türkisch, Ungarisch und Jiddisch und nicht zu vernachlässigen die vielen Dialekte, denen der reisende Autor begegnete.

Eindrucksvolles Beispiel für die Vielseitigkeit der Aspekte, mit denen er sich auseinandersetzen musste, ist das Kapitel „Die Sieben Burgen“, gemeint ist Siebenbürgen. Auch der Abschnitt „Das andere Europa“ zeigt Winders Arbeitsweise. Die vielseitigen Eindrücke, die er auf den Reisen gesammelt hat, seine historischen und kunstgeschichtlichen Kenntnisse, seine Interpretationen mit Bezügen zur gegenwärtigen Situation in den besuchten Gebieten vereinigen sich zu interessanten Darstellungen mit oft überraschenden und bisher unbekannt Details.

Ein Beispiel bietet das Kapitel „Zipser und Piasten“. Hier geht es um die Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen. Überhaupt werden gemäß dem chronologischen Grundmuster die wichtigs-

ten, in der Regel Geschichtsinteressierten bekannten Ereignisse der Habsburger behandelt: die Gefahr durch die Türken, die Reformation, der Dreißigjährige Krieg, das Ende des Heiligen Römischen Reiches, das Ende der Habsburger Monarchie 1918, wie auch das Schicksal der österreichischen Republik bis zum Ende des Kalten Krieges.

Im Schlusskapitel reflektiert er seine mehr als 15 Jahre währende Arbeit an diesem Buch in allen Facetten. Er konzentriert sich auf das 20. Jahrhundert mit seinen häufig brutalen Veränderungen in den ehemaligen Territorien der Habsburger und den Schicksalen der Menschen. Er spricht von rotem Terror und nationalsozialistischem Terror, von den deutschen Vernichtungslagern in Polen, er nennt deutsche Städte ohne Deutsche, polnische Städte ohne Polen.

Blick auf das 20. Jahrhundert

Das Attentat in Sarajewo 1914 führte nicht nur zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, sondern es begann an den Rändern der Doppelmonarchie zu brodeln mit den Ergebnissen, dass Polen und Tschechen, Slowaken, Rumänen, Slowenen und Italiener mit stellenweise extremem Nationalismus ihre Interessen als selbstständige politische Einheiten formulierten. Der Kalte Krieg schaffte dann nach dem Zweiten Weltkrieg neue Realitäten.

Winder hat ein tiefes, ausgeprägtes Interesse an der Dynastie der Habsburger

und ihrer im Laufe der Jahrhunderte gewonnenen oder verlorenen Territorien mit ihren Menschen, Kulturen und Sprachen. Gleich am Anfang der Darstellung steht eine Liste der Titel Franz Josephs I. nach 1867. Es sind insgesamt 17 zuzüglich zahlloser Herzog-, Grafen- und Markgrafen-Titel. Allein dies zeigt die große Vielfalt in Mitteleuropa, deren Erbe in den Nachfolgestaaten nicht verloren gehen darf. Bezogen auf Mittel- und Osteuropa findet eine gewisse Asymmetrie in den Kenntnissen statt, in Deutschland durchaus ausgeprägt, daher möchte der Autor durch sein Buch auch zu größerem Detailwissen und Verständnis beitragen.

Winder legt in gut leserlicher und lockerer Form ein hoch interessantes Buch vor, das durch die Fülle der Aspekte und den Umfang beeindruckt. Hilfen könnten eine Zeittafel und Fotos über beschriebene repräsentative Bauwerke, Klosteranlagen und Ähnliches sein. Es ist kein konventionelles Geschichtsbuch, sondern eine Liebeserklärung an einen Teil Europas mit wichtiger historischer Bedeutung.



Simon Winder: „Die Habsburg Saga. Kreuz und quer durch die Geschichte der Donaumonarchie“, Pantheon-Verlag, München 2023, broschiert, 719 Seiten, 20 Euro

REICHSENDER KÖNIGSBERG I

Wie der Rundfunk nach Ostpreußen kam

In den 1920er Jahren wurde die Ostmarkenrundfunk AG gegründet – Ihre große Zeit erlebte sie in den 1930ern

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 1. September 1922 begann der Drahtlose Wirtschafts-Rundspruchdienst auf Initiative des Auswärtigen Amtes mit der Ausstrahlung erster regelmäßiger Radiosendungen für Deutschland. Anschließend ermunterten der Diplomat Ernst Ludwig Voss und der Staatssekretär für das Telegrafien-, Fernsprech- und Funkwesen im Reichspostministerium Hans Bredow private Investoren dazu, regionale Gesellschaften für den sogenannten „Unterhaltungsrundfunk“ ins Leben zu rufen. Daraus resultierte die Gründung der Ostmarken Rundfunk AG (ORAG) in Königsberg. Diese geht vor allem auf die Bemühungen des ortsansässigen Elektrohändlerkaufmanns Walter Zabel zurück und erfolgte am 2. Januar 1924 in einer Baracke der Deutschen Ostmesse am ehemaligen Festungsgraben. Dabei fungierte die Reichspost als größter Aktionär.

Der reguläre Sendebetrieb startete am 14. Juni 1924. Die Ausstrahlung des Programms, das anfänglich nur aus zwei Nachrichtensendungen um 10 und 14 Uhr sowie dem Zeitzeichen und den Börsenmitteilungen bestand, erfolgte zunächst mit 0,5 Kilowatt Leistung über einen 45 Meter hohen Sendemast auf den Pregelwiesen vor dem Sackheimer Tor.

Im Mai 1925 schloss sich die ORAG mit acht weiteren regionalen Rundfunkgesellschaften in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Münster, Stuttgart, München, Leipzig und Breslau zur Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH (RRG) zusammen. Jede dieser Gesellschaften trat 51 Prozent ihrer Unternehmensanteile und drei Aufsichtsratsstellen an das Reichspostministerium, das Reichsinnenministerium und die dem Auswärtigen Amt nahestehende Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Un-



Reichssender Königsberg: Blick in den großen Sendesaal

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

terhaltung mbH ab. Dafür erhielten die Mitglieder der RRG 60 Prozent des Rundfunkgebührenaufkommens derjenigen Oberpostdirektionsbereiche, für die sie Programme ausstrahlten. Der monatliche Beitrag betrug damals zwei Mark pro Teilnehmer.

Um eine größere Reichweite zu erlangen, nahm die ORAG am 22. Dezember 1926 den Mittelwellensender Königsberg-Amalienau an der Alten Pillauer Landstraße mit 1,5 Kilowatt Leistung in Betrieb. Der verfügte zunächst nur über eine zweifache T-Antenne an 30 Meter hohen Holzmasten, welche im März 1927 durch eine Dreifachantenne ersetzt wurde. Diese hing an zwei 80 Meter hohen Türmen

aus Fichtenholz, die 100 Meter auseinander standen.

Verkauf an die Stadt Königsberg

Weil die ORAG trotz der Ausstrahlung von bezahlter Werbung keinen Gewinn machte, verkaufte die Königsberger Messegesellschaft ihre Anteile 1929 an die Stadt. Damit avancierte die ostpreussische Provinzhauptstadt zur ersten deutschen Kommune, die am Betrieb eines Rundfunksenders beteiligt war.

Nach der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der ORAG entstand 1932/33 am Hansaring gegenüber dem Land- und Amtsgericht das „Neue Funkhaus“ nach Plänen des bekannten

Architekten Hanns Hopp. Das Gebäude hatte insgesamt sieben Senderäume und überstand die Wirren des Zweiten Weltkrieges sowie der darauffolgenden Zeit.

Von der gewachsenen Bedeutung der ORAG zeugte die Gründung eines eigenen Orchesters mit 59 Mitgliedern, das nicht zuletzt durch Werke zeitgenössischer Komponisten mit ostpreussischem Bezug wie die „Kurische Suite“ oder die „Bernsteinkantate“ auf sich aufmerksam machte.

Zum 1. Januar 1933 wurde die ORAG in eine GmbH umgewandelt und geriet kurz darauf infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung unter die Kontrolle des Propagandaministers Joseph Goebbels.

Der ernannte Eugen Hadamovsky zum „Reichssendeleiter“, welcher dann die Gleichschaltung des deutschen Rundfunks betrieb. In diesem Zusammenhang kam es auch insofern zu einer Vereinheitlichung, als die regionalen Sender künftig allesamt als „Reichssender“ firmierten, weswegen die ORAG nun den Namen „Reichssender Königsberg“ führte.

Dieser erhielt zum 15. Januar 1935 eine Halbwellen-Eindraht-Antenne, die in einem 100 Meter hohen Holzturm hing, wobei die Sendeleistung zwei Kilowatt betrug. Damit erfolgte die Ausstrahlung des Rundfunkprogramms „Königsberg II“, während das Programm „Königsberg I“ ab 1930 vom Großsender Heilsberg verbreitet wurde, dessen Sendeleistung ab 1935 bei beachtlichen 100 Kilowatt lag.

Zusätzlich zu seinem üblichen Programm produzierte der Reichssender Königsberg ab 1940 noch Inhalte für das sogenannte „Radio Königsberg“. Hierbei handelte es sich um zwanzigminütige Beiträge in schwedischer Sprache, die bei etwa einem Zehntel der Bevölkerung des Königreiches Schweden auf Interesse stießen.

Zum letzten Male war der Reichssender Königsberg am 7. April 1945 über die Antenne in Amalienau zu hören. Dann erfolgte deren Zerstörung in der Schlacht um die ostpreussische Hauptstadt. Bereits einige Wochen zuvor, am 31. Januar 1945, hatte die Wehrmacht bei ihrem Rückzug die Anlage in Heilsberg gesprengt. Zu den Mitarbeitern des Reichssenders Königsberg, welche die Flucht nach Westen antreten mussten, gehörte auch Ruth Geede, die dann später als Mitarbeiterin des „Ostpreußenblatts“ beziehungsweise der „Preussischen Allgemeinen Zeitung“ zur allseits geschätzten „Mutter der Ostpreussischen Familie“ avancierte.

REICHSENDER KÖNIGSBERG II

„Die Marjell vom Dienst“

Auszug aus einem Artikel von Ruth Geede über „Die Geschichte des Reichssenders Königsberg“ – die letzten Tage

Es war eben damals alles sehr unkompliziert, und wir waren ein eingearbeitetes Team, auf das Verlass war. Es geschah nicht selten, dass ich ein Manuskript erst am Morgen des Sendetages abliefern musste. Es wurde vervielfältigt, dann begannen die Proben, und zur Sendezeit stand alles. Natürlich wurde live gesendet – na ja, da gab es schon manchmal Versprecher, zumal manche Kopien kaum leserlich waren. Ich erinnere mich noch an einen, über den wir sehr gelacht haben: Ein neuer, sehr junger Sprecher frisierte im Landfunk „Baconschweine“ zu „Balkonschweinen“ um ...

Die politische Redaktion unterstand dem Intendanten. Seit 1929 saß der ehemalige Generalmajor Siegfried Haenicke auf dem Intendantensessel. Er wurde sehr populär als Initiator der Sendereihe „Kamerad, ich rufe Dich!“ Auch damals, lange Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, versuchten ehemalige Kriegskameraden Verbindung miteinander zu bekommen. Obgleich Haenicke in Goebbels einen Fürsprecher hatte, musste er 1938 seinen Platz räumen, den nun Dr. Alfred Lau einnahm. Der gebürtige Insterburger war durch seine launigen, oft sehr derben Dialektpoeme bekannt geworden. Lau hatte sich schon früh mit dem Rundfunk befasst, so redigierte er bereits 1924 die Programmzeitschrift „Der

Königsberger Rundfunk“. Als Intendant öffnete er das Funkhaus, diesen repräsentativen Neubau mit sieben Senderäumen und einer für die damalige Zeit hervorragenden Kantine, für interessierte Besucher. In einem Stadtführer von 1938 findet sich unter „Sehenswürdigkeiten“ folgender Hinweis: „Reichssender Königsberg, Adolf-Hitler-Straße 21/25“ – so war der Hansaring umgetauft worden –, „Intendant Dr. Lau, Eintritt 20 Pfennig, Voranmeldung erforderlich.“

Es fehlen noch viele Namen in diesem Rückblick auf die Glanzzeiten des Reichssenders Königsberg. Da es persönliche Erinnerungen sind, habe ich vor allem diejenigen genannt, mit denen ich zusammengearbeitet habe oder sogar befreundet war. Und wenn ich erst jetzt Erich Börschel nenne, der das Tanz- und Unterhaltungorchester leitete – Dirigent des Rundfunkorchesters war Eugen Wilken – und der durch seine Kompositionen wie das „Spatzenkonzert“ in ganz Deutschland bekannt wurde, hat das einen Grund. Denn er und seine Frau Ruth schrieben das Schlusskapitel des Reichssenders Königsberg, als der große Orlog begann.

Ruth Börschel hat mir ihre Aufzeichnungen über die letzten Tage des Reichssenders Königsberg überlassen, die wir bereits im Ostpreußenblatt veröffentlicht-

ten. So soll hier nur noch kurz der Endweg verfolgt werden.

In den letzten Tagen des sterbenden Königsberg hing jeder in der Heimat Verbliebene an einem noch funktionierenden Rundfunkgerät. Von Anfang Februar bis Mitte März 1945 herrschte Funkstille, dann wurde bis Anfang April wieder gesendet. Während der Unterbrechung hausten Börschels, deren Wohnung im Maraunenhof unter Beschuss lag, im Keller der Kantinenwirtin des Senders in der Dieffenbachstra-



In jungen Jahren: Ruth Geede

ße westlich der Zwillingseiche, zusammen mit zwei weiteren Musikern. Der größte Teil der Orchestermittglieder war eingezogen worden. Das Orchester konnte nur existieren, weil es Börschel gelungen war, französische und belgische Musiker aus einem Gefangenenlager zu verpflichten. Der Saxophonist, der wie die meisten Männer noch im Februar zum Volkssturm eingezogen worden war, fiel bei der Verteidigung des Gutes von Gauleiter Koch. Unter größten Schwierigkeiten gelang es Börschels, ihren Freund auf dem Luisenfriedhof unter militärischen Ehren beisetzen zu lassen.

Als die Pillauer Landstraße wieder freigezogen worden war, wurde beschlossen, den Sender noch einmal in Betrieb zu nehmen, und Börschels zogen in den Keller des Funkhauses. Ruth Börschel, die bisher für ein Nachrichtenbataillon gekocht hatte, wurde für Ansagen eingeteilt. Ende März fanden sich die Mitglieder des Soldatensenders Danzig ein, die sich mit ihrem Tonstudio in den Kellerräumen etablierten.

Dann kam das Ende: Am 7. April begaben sich die im Sender Verbliebenen mit dem Ü-Wagen und drei Lastwagen auf die Flucht. Der Konvoi gelangte unter den größten Schwierigkeiten nach Pillau. Von der Gauleitung in Neutief musste ein

Marschbefehl geholt werden. Ruth und Erich Börschel setzten zusammen mit Dr. Tank, dem Leiter des Soldatensenders Danzig, nach Neutief über. Dr. Tank erhielt den Befehl, alle wichtigen Sendegeräte und Tonbänder im Postamt Flensburg zu deponieren.

Der Transport ging ohne den Ü-Wagen nach zehn endlosen Tagen des Wartens auf dem Seeweg nach Swinemünde. Von dort zogen die Börschels unter den schwierigsten Umständen bis nach Plön. Sie gaben die bis dahin geretteten Musikbänder dem Soldatensender mit, der sich in Hamburg melden sollte. Getreu ihrer Zielvorgabe brachten Börschels dann die Kiste mit den Sendegeräten zum Flensburger Postamt – sie ward nie wieder gesehen. Genau wie die Musikbänder. Das war das endgültige Ende des Reichssenders Königsberg.

Aber die Erinnerung lebt. Das merke ich immer wieder, wenn ich irgendwo lese oder spreche, und ehemalige Mitglieder der Rundfunkpielschar kommen auf mich zu und singen das Kinderstundenlied. Andere Landsleute erzählen von ihren Erlebnissen mit dem Reichssender Königsberg, denn bei den vielen Außenaufnahmen hat ja halb Ostpreußen mitgewirkt.

Ruth Geede (*16.02.1916 Königsberg, †17.04.2028 Hamburg), aus dem „Ostpreußenblatt“ vom 1. Januar 2000)

● AUFGESCHNAPPT

Immer mehr ukrainische Kriegsflüchtlinge ziehen von Polen nach Deutschland um. Dadurch hat die Bundesrepublik ihren östlichen Nachbarn als Hauptaufnahmeland für Ukrainer, die seit Kriegsbeginn ihr Land verlassen haben, abgelöst. So leben laut dem Europäischen Statistikamt Eurostat derzeit 1,2 Millionen ukrainische Flüchtlinge in Deutschland und nur noch 960.000 in Polen. Nach den Gründen befragt gaben die Betroffenen höhere Löhne, höhere Sozialleistungen sowie eine bessere ärztliche Versorgung in Deutschland an. Insbesondere die besseren Sozialstandards scheinen einen wichtigen Impuls für den Umzug zu geben. Polen hat seine Sozialleistungen für die Kriegsflüchtlinge schon vor Monaten massiv gekürzt. Dass geflüchtete Ukrainer hierzulande sofort Anspruch auf Bürgergeld haben, könnte zudem die Neigung zur Arbeitsaufnahme dämpfen. Mit knapp 20 Prozent ist der Anteil jener Ukraine-Flüchtlinge, die sich in Beschäftigung befinden, in Deutschland weitaus geringer als in den Nachbarländern. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ralf Schuler geißelt auf „Nius.de“ (20. November) die gerade vom Bundesverfassungsgericht abgestrafte Finanzpraxis der Ampel:

„Nur in der Politik darf mit Steuerzahler-Milliarden fröhlich jongliert werden, weil der Staat in der Theorie nicht pleitegehen kann. In der Praxis kann er das Volksvormögen durchaus verschleudern und die arbeitenden Menschen ärmer machen. Es spricht viel dafür, dass wir dem gerade beiwohnen.“

Klaus-Rüdiger Mai fasst auf „Tichys Einblick“ (17. November) die verfahrenre Lage der Ampel nach der gescheiterten Zweckentfremdung der Corona-Kreditlinien so zusammen:

„Die Koalitionäre haben haushälterisch Russisch Roulette gespielt und verloren. Was die Ampel noch zusammenhält, ist die pure Not: Neuwahlen will keine der drei Parteien. Der Kanzler verteidigt sich mit Inhaltsleere und Lindner bleibt, obwohl er gehen müsste ... Man könnte sehr verkürzt formulieren: Eher bricht Deutschland als die Ampel-Koalition.“

Karin Stögner, Professorin für Soziologie an der Universität Passau, weist gegenüber der „Welt“ (17. November) den Vorwurf, Israel verübe im Gaza-Streifen ein „Genozid“, entschieden zurück:

„Der Genozid-Begriff wird völlig ausgehöhlt. Die Maßstäbe der Beurteilung sind aus den Angeln gehoben, wenn das israelische Vorgehen genozidal genannt wird. Ebenso willkürlich wird der Apartheid-Begriff verwendet. In Israel sitzen arabische Parteien im Parlament, eine war bis vor Kurzem in der Regierung. Es gibt die Tendenz, Begriffe nur noch nach politischer Opportunität zu füllen. Sie haben nichts Verbindliches mehr.“

Ralf Moeller, Schauspieler und früherer Bodybuilder, äußert sich gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ (15. November) zu seinen jahrelangen Erfahrungen in der Jugendarbeit:

„Die Jungs wollen irgendwas mit Internet machen, und die Mädchen möchten Models werden. Am liebsten würden sie ihren Job von zu Hause oder vom Urlaubsort aus machen wollen. Das Leben wird ihnen zu einfach gemacht. Es ist an der Zeit, dass man da wieder anders rangeht.“

Anna Gleichmann verzweifelt an der Untätigkeit ihrer deutschen Landsleute angesichts der radikal-islamischen Herausforderung durch Immigranten. Auf „Ansa.org“ (20. November) appelliert sie:

„Wir müssen uns von dieser Lethargie befreien. Denn es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unserer Kinder. Wollen wir, dass sie als – dann tatsächlich diskriminierte – Minderheit im eigenen Land leben müssen, in dem dann irgendwann die Scharia statt des Grundgesetzes gilt?“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Schreien und zappeln

Was die Ampel fassungslos macht, und wieso uns manche Überraschung erspart bleiben könnte

VON HANS HECKEL

Der Schlag hat gesessen, Schrecken und Hilflosigkeit sind mit Händen zu greifen. Mit dem Urteil aus Karlsruhe hatten sie nicht gerechnet, bei „Hart aber fair“ verliert Kevin Kühnert völlig die Fassung und Katrin Göring-Eckardt steht bei „Anne Will“ ins Gesicht geschrieben, dass sie das Urteil zur Rechtswidrigkeit der Ampel-Finanztricks in eine Welt katapultiert hat, in der sie sich schlichtweg nicht zurechtfindet.

Es ist nämlich die Welt der Erwachsenen. Dort, wo man am Ende des Tages die Rechnung präsentiert bekommt für die Art, wie man mit dem Geld umgegangen ist. Und sich im Falle des völligen Versagens bestenfalls beim Schuldnerberater, schlimmerenfalls vor Gericht wiederfindet.

Die Welt der Ampel funktionierte hingegen eher so wie das süße Leben von verwöhnten Kindern reicher Eltern, die jederzeit damit rechnen, dass ihre Wünsche vom Familienvorstand bezahlt werden – schließlich „ist es ja nur Geld“, wie es Wirtschaftsminister Habeck mit Blick auf die Staatsfinanzen selbst formuliert hat.

Und die Wünsche schossen in Windeseile dermaßen in die Höhe, dass selbst ein alter Politikertrick nicht mehr funktionierte. Der besteht darin, den Leuten erst das Geld aus der Tasche zu ziehen, um ihnen danach einen deutlich kleineren Teil davon als „staatliche Hilfe“ oder „sozialen Ausgleich“ zurückzugeben – damit alle glücklich und dankbar auf ihre großzügigen, fürsorglichen Regierenden blicken. Nun aber waren die Wünsche so titanenhaft herangewachsen, dass Hunderte von Milliarden Extrageld hermussten, die man sich durch beispiellose und gesetzesbrecherische Mogeleyen zusammen-„wummste“.

Alles gigantische Schulden, die das Land bald unter Wasser drücken würden, warnten Kritiker. Aber nein, hielt Habeck dagegen: Bloß eine „Brückenfinanzierung“, bis wir über die Subventionsbrücke hinweg das rettende Ufer der „klimaneutralen“ Wirtschaft mit wieder richtig günstigen und zuverlässigen Energiequellen wie Wind, Sonne und Wasserstoff erreicht hätten.

Dummerweise entpuppte sich die Brücke immer unübersichtlicher als Seebrücke. Die unterscheidet sich von der Ufer-zu-Ufer-Brücke dadurch, dass sie an keine Gegenküste führt, sondern mitten im tosenden Wasser

endet. Wobei das Wasser mit jedem Meter tiefer wird, den man auf der Seebrücke vorankommt.

Nun ist nicht der versprochene „Wumms“ eingetreten. Stattdessen ist die Seebrücke mit einem lauten „Rumms“ zusammengekracht. Jetzt werden alle nass, aber wäre sie später eingestürzt, wären wir alle in noch viel tieferes Wasser gefallen. Hat demnach auch sein Gutes, also der Zeitpunkt zumindest.

Wie es weitergegangen wäre, wenn die Brücke erst später unter der Last des Gesetzesbruchs kollabiert wäre, hat uns dankenswerterweise Kanzler Scholz höchstselbst vorgeführt, damit wir es nicht vergessen: Fast zeitgleich mit dem explosiven Richterspruch aus Karlsruhe hat Scholz dem steinreichen Ölstaat Nigeria noch schnell vier Milliarden Euro für den Aufbau einer Wasserstoffproduktion versprochen – es ist ja nur Geld.

Jetzt zappeln sie im Wasser und schreien herum. Robert Habeck ist besonders wütend und zetert wie ein Mafiaboss, der nach seiner rechtskräftigen Verurteilung nicht etwa Reue und Einsicht zeigt, sondern rachsüchtig nach dem „Verräter“ fahndet, der ihn der Justiz ausgeliefert hat. Habeck ist schnell fündig geworden: Für die Mehrkosten bei Verbrauchern und den immensen Schaden für die Wirtschaft mögen sich die Betroffenen bei der Opposition „bedanken“.

Rasch die Regeln ändern?

Dass diese horrenden Mehrkosten und die zerstörerischen Belastungen nur durch die Ampelpolitik überhaupt entstanden sind, kommt in dieser Erzählung natürlich nicht vor. Welcher Angeklagte macht schon Angaben, die ihn selbst belasten. Aber so ist es nun einmal: Die Ampel hat, nach guter Vorbereitung durch die Merkel-Regierung (Atomausstieg 2011), das Energieangebot in Deutschland brutal heruntergeknüpelt. Zuletzt, indem sie selbst nach Ausbruch des Ukraine-Krieges auf der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke bestand und das Wiederhochfahren von (noch) betriebsbereiten Meilern verbissen blockiert hat.

Verbunden mit mehr Auflagen und Bürokratie wurde Energie durch die gewollte Angebotsverknappung bestialisch teuer. Und nicht, weil die Regierung am Rechtsbruch gehindert wird. Nun sind wir wirklich gespannt, wie sich die Ampelleute da wieder rauswühlen wollen. Ihr erster Gedanke war bezeichnenderweise darauf gerichtet, die Gesetze zu

ändern, um wie gehabt weitermachen zu können. Träumt nicht jeder Verkehrssünder davon, dass man die Straßenverkehrsordnung seinem Fahrstil anpasst, als dass er sich an die Regeln halten muss? Aber dazu müsste die Union mitspielen, wegen der notwendigen Zweidrittelmehrheit, die für eine Aufhebung der Schuldenbremse notwendig wäre, weil die ja im Grundgesetz steht. Die Schwarzen aber haben mit der Haushaltsklage ja gerade erst angefangen, als Opposition zu arbeiten, wie es ihre Aufgabe ist. Daher dürften die wohl nicht mitmachen.

„Es ist ja nur Geld“:
Scholz hat Nigeria schnell noch vier Milliarden zur Produktion von Wasserstoff geschenkt

Halbwegs kompetente Haushaltsexperten weisen jetzt darauf hin, dass man das Desaster lange hätte kommen sehen müssen, weil die Rechtswidrigkeit der Ampelwirtschaft doch klar ins Auge stach. Ja, hätte! Aber wer hinlänglich ideologiegeladigt ist, der sieht nur noch das Bild, das er sich von der Realität macht, während der die wahre Realität als finstere Erzählung böser Feinde verachtet.

Das gilt für viele andere Bereiche gleichermaßen: So war uns auch der Hinweis auf muslimischen Antisemitismus immer höchst verdächtig, derweil wir die Behauptung, es gebe sogar einen genuin linken Judenhass, als geradezu unmoralisch verworfen haben. Daher die große Überraschung angesichts von Linken, die plötzlich öffentlich gegen die Juden und Israel zu Felde ziehen.

Doch auch diese Überraschung hätten wir uns ersparen können. Michael Klonovsky weist in seinem Blog „Acta diurna“ auf eine Studie der Uni Bielefeld aus dem Jahre 2017 hin. Damals haben die Forscher Juden gefragt, die in Deutschland Opfer antisemitischer Übergriffe geworden waren, von wem diese Attacken ausgegangen seien.

Dabei sagten 81 Prozent aus, körperliche Angriffe aus antisemitischen Motiven seien von muslimischen Gruppen oder Einzelpersonen ausgegangen, 25 Prozent von Linksextremisten und 19 Prozent von Rechtsextremisten – also mehr von links- als von rechtsaußen. Vergleichen Sie diese Zahlen mal mit den medialen Darstellungen darüber, von welcher Ecke der Gesellschaft die größere Gefahr für Juden in Deutschland ausgehe.

Eigentlich hätte linker Antisemitismus längst einen Schwerpunkt der Debatte bilden müssen, nach dem muslimischen natürlich. Aber diesen Antisemitismus konnte man eben längst nicht so gut gebrauchen wie den von rechts. Ergo schlug das Bild die Realität, bis die Realität die Straße eroberte.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Es geht nicht um EUCH. Es geht um UNS ... Ihr verspielt die Zukunft Deutschlands.“

Peter Tiede ruft die Ampelregierung in der „Bild“-Zeitung vom 21. November auf, sich zu besinnen – oder abzudanken.